



300 Jahre Wiener Porzellanmanufaktur

Vater mit Kind und Affe, Wien, um 1765, Ausführung: Kaiserliche Porzellanmanufaktur Wien; Porzellanmaler: Christoph Dreischarf

Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Landsleute,

mit 1. Juli übernimmt Österreich – zum dritten Mal nach 1998 und 2006 – den Vorsitz des Rats der Europäischen Union. Am 30. Mai kommt es zu einem Gipfeltreffen von Bulgariens Ministerpräsident Borissow und Bundeskanzler Kurz und zur symbolischen Übergabe des Ratsvorsitzes in Schladming. Die folgenden sechs Monate werden, angesichts der vielfältigen Probleme, harte Arbeit von unserer Staatsspitze und den vielen Institutionen abverlangen...

*Liebe Grüße aus Wien
Michael Mössmer*

Der Inhalt der Ausgabe 175

Bundespräsident reiste nach Bulgarien und Estland	3	Leistbares Wohnen im Fokus	50
Verantwortung übernehmen und Rechtsstaat stärken	6	Delegation des Deutschen Bundestages zu Gast	51
Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus in Wien	10	Frauenagenden: Dunst übergibt Zepter an Eisenkopf	52
KZ Mauthausen: Über 10.000 gedachten der Befreiung	12	Neuer LK-Präsident bei Landeshauptmann Niessl	53
Fest der Freude auf dem Wiener Heldenplatz	14	Gols: Neue Infrastruktur	54
Österreich und der Ratsvorsitz	16	Bürgerbudget sucht Ideen	55
Gipfeltreffen für den Klimaschutz	19	Eisenstadt: Schmetterlingswiesen	56
Europatag: SchülerInnen aus 28 EU-Mitgliedsstaaten	23	Mattersburg wird Zentrum für Literatur und Weiterbildung	57
Hochrangige Asien-Konferenz	24	-----	
Vienna+25 – internationale Expertenkonferenz »Vienna+25«	25	Österreich bekommt eine Digitalisierungsagentur	58
Der Sommerurlaub naht		Wirtschaft wächst kräftig	59
BMEIA: Die wichtigsten Vorkehrungen bei Auslandsreisen	26	Rückgang des Wachstumstempos	60
La Biennale di Venezia	27	Produktionsstart der neuen Mercedes Benz G-Klasse in Graz	62
22. Eisenstädter Europatage	31	8,82 Mio. ÖsterreicherInnen	64
Infineons Milliardeninvestition stärkt Kärnten	32	ÖBB: Service für die Semmering-Bergstrecke	65
Das niederösterreichische Verkehrsprojekt »Europaspange«	33	Pionierleistung der Luftfahrt	67
Oö. Landtag am Westkap	34	Bundeskanzler lud zu Geburtstagsempfang für Marko Feingold	68
Salzburg: Lösungen für Europa? Am besten gemeinsam	35	24 Jahre Bürgermeister Häupl	69
Europäische Großübung »ModEX« am Erzberg	36	NÖ: Großer Empfang für H. Penz	71
Euregio: Geschlossenheit beim Brenner-Transit-Gipfel	37	OÖ: Gold für General Commenda	71
Vorarlberg: Chancen nutzen, die Europa seinen Regionen bietet	38	Salzburg: Ehrung für W. Porsche	72
Wien: Willkommensfeier für neue StaatsbürgerInnen	39	Ehrenring für LH a.D. Voves	72
Weltbund-Tagung –Auslands-österreichertreffen 2018		Ehrung für Karateka Plank erhält	73
6. bis 9. September in Innsbruck	40	Hohe Auszeichnung Prof. Zeilinger	73
Sehe mich stark liberal geprägt		Katholische Kirche Steiermark ehrt Superintendent Miklas	74
Interview mit Bundeskanzler und ÖVP-Chef Sebastian Kurz	43	Österreicher lieben Milchkaffee	75
Umbau der Sozialversicherung	46	Fenster in die Vergangenheit	76
		»Bellsters« widerlegten Einstein	77
»Burgenland Journal«		Quanteninformation mit Schall übertragen	78
Vom Reden ins Tun – »Standortdialog Burgenland 2021«	48	Gesichtersforschung: Neue Wege	79
Beste Lehrlinge im Tourismus	49	Kometen. Die Mission Rosetta.	80
		300 Jahre Wr. Porzellanmanufaktur	81
		The place to be. Salons als Orte der Emanzipation	85
		Feuer – Sonderausstellung im Tiroler Volkskunstmuseum	88
		ÖJ-Rätsel	90



Gegen Gewalt und Rassismus

6



Österreichs EU-Präsidentschaft 2018

16



Interview mit Bundeskanzler S. Kurz

43



Fenster in die Vergangenheit

76



Salons als Orte der Emanzipation

85

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schober-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Lektorat: Maria Krapfenbauer. jede Art der Veröffentlichung bei Quellenangabe ausdrücklich erlaubt. Fotos S. 1: MAK / Mika K. Wisskirchen; S. 2: Parlamentsdirektion / Thomas Topf; BKA / Dragan Tatic; ORF.at / Lukas Krummholz; Lorna Tilley, Australian National University; Jüdisches Museum Wien

Bundespräsident reiste nach Bulgarien und Estland

Alexander Van der Bellen sichert Bulgarien österreichische Unterstützung bei Schengen-Beitritt zu – In Estland fordert das Staatsoberhaupt ein engeres Zusammenrücken der 27 EU-Staaten



Foto: HBF / Peter Lechner

Präsident Rumen Radew begrüßte Bundespräsident Alexander Van der Bellen am St. Alexander Nevski-Platz mit militärischen Ehren in Sofia.

Der bulgarische Präsident Rumen Radew, dessen Land derzeit den EU-Vorsitz innehat, hat am 2. Mai anlässlich seines Treffens mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen eine „viel flexiblere“ EU in Sachen Migrationspolitik gefordert. Grundsätzlich verspüre Bulgarien derzeit aber „weniger Druck“ bei Ankünften von Asylwerbern, wie Radew bei einer gemeinsamen Pressekonferenz in Sofia mitteilte.

Europa müsse in seiner Migrationspolitik „viel flexibler, bestimmender und proaktiv“ werden, appellierte Radew, der gleichzeitig auch Verbesserungen in der Zusammenarbeit Europas würdigte. Von der „Flüchtlingskrise“ 2015/2016 war Bulgarien erstaunlich wenig tangiert. Mit ein Grund dürfte der relativ frühe Bau eines Zaunes an der bulgarisch-türkischen Grenze sein. Schon damals wollte das ärmste Land der EU „effektiven Außengrenzschutz“ demonstrieren und so für einen Schengen-Beitritt werben, der nun kurz bevorstehen dürfte.

Österreich unterstütze den Beitritt Bulgariens zum Schengen-Raum und „wir würdigen auch die Bemühungen bezüglich des Außengrenzschutzes der EU“, betonte Bun-

despräsident Van der Bellen in seinem Statement. Generell seien die Beziehungen zwischen den beiden Ländern sehr eng. Österreich und Bulgarien hätten erstaunlich viele Ähnlichkeiten – nicht nur Einwohnerzahl, Fläche oder Topografie des Landes – auch die Prioritäten der beiden Ratspräsident-

schaften seien „fast ident“, lobte der Bundespräsident.

Migration ist eines der Schwerpunktthemen der bulgarischen Ratspräsidentschaft, aber auch jener Österreichs, das am 1. Juli den Vorsitz übernehmen wird. Im Rahmen dessen wird an einer Reform der europäi-



Foto: HBF / Peter Lechner

Vier-Augen-Gespräch der beiden Staatsoberhäupter

Österreich, Europa und die Welt

schen Asylpolitik – Stichwort Dublin-System – gearbeitet, außerdem wird immer wieder die Wichtigkeit des gemeinsamen, effektiven Außengrenzschatzes erwähnt. Die Brexit-Verhandlungen und der Mehrjährige Finanzrahmen sind weitere Schwerpunkte.

Zu Mittag traf Bundespräsident den bulgarischen Regierungschef Bojko Borissov und setzte am Nachmittag seinen Bulgarien-Besuch in der Donaustadt Russe an der bulgarisch-rumänischen Grenze fort. Dort nahm er tags darauf gemeinsam mit Staatspräsident Radew und dem rumänischen Präsidenten Klaus Johannis an einer Konferenz zu nachhaltiger Entwicklung teil. Vor der Konferenz fand ein trilaterales Treffen zwischen Van der Bellen, Radew und Johannis statt, bei dem es vor allem um die EU-Ratspräsidentschaft gegangen war.



Foto: HBF / Peter Lechner

Trilaterales Arbeitstreffen mit dem Staatspräsidenten von Bulgarien, Rumen Radew und mit dem Präsidenten von Rumänien, Klaus Johannis in der Universität Russe

Staatsbesuch in Estland



Foto: HBF / Carina Karlovits

Estlands Präsidentin Kersti Kaljulaid empfing Bundespräsident Alexander Van der Bellen mit militärischen Ehren in Tallin.

Rund vier Wochen später, am 31. Mai, traf Bundespräsident Alexander Van der Bellen zum Auftakt seines offiziellen Besuchs in Estland Präsidentin Kersti Kaljulaid und den estnischen Premierminister Jüri Ratas. Zentrales Thema des Besuchs war die Vorbereitung des am 1. Juli beginnenden österreichischen EU-Ratsvorsitzes. Eine besondere Rolle spielten aber auch estnische Wurzeln des Bundespräsidenten.

Bundespräsident für effizientere EU-Außenpolitik

Der Bundespräsident hat in einem Interview mit dem estnischen Fernsehsender ETV ein engeres Zusammenrücken der 27 EU-Staaten vor allem in punkto Außenpolitik gefordert. Er mahnte angesichts der weltpolitischen Situation außerdem zur Eile. Es sei nicht genug, wenn es nur manchmal gelinge, zu einer gemeinsamen Position zu finden.

In dem – teilweise – am 31. Mai ausgestrahlten Interview machte sich Alexander Van der Bellen angesichts der politischen Entwicklung in den USA, Rußland und China Sorgen darüber, daß die gemeinsame Entscheidungsfindung der EU zu langsam sein könnte. „Es wird uns in naher Zukunft auf den Kopf fallen, wenn wir nicht darüber nachdenken, wie wir die EU staatsähnlich machen können. Wir brauchen eine gemein-

Österreich, Europa und die Welt

same Außenpolitik. Manchmal erreichen wir sie, dann wieder haben wir 27 verschiedene Meinungen. Das ist künftig nicht genug“, zitierte der Sender den Bundespräsidenten.

Der nahm in dem Interview weiters Stellung zu den Plänen der österreichischen Bundesregierung, verpflichtende Deutschkenntnisse für Asylwerber einzuführen. Daß diese Pläne zum Streit mit der EU führen könnten, sehe er nicht. Nur Englisch zu sprechen, reiche zwar für Top-Manager und höher qualifizierte Jobs aus, für den Rest sei es aber wichtig, mittel- oder langfristig die Landessprache zu beherrschen, das sei „offensichtlich“.

Gefragt darüber, was bei seinem Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin kommende Woche bei dessen Österreich-Besuch zur Sprache kommen werde, sagte Alexander Van der Bellen, man werde sehen, worüber Putin bereit sei, zu sprechen. Falls die Frage der EU-Sanktionen wegen des Ukraine-Konflikts aufkomme, werde er „keinen Zweifel“ daran lassen, daß sich Österreich weiterhin an die EU-Linie halten werde.

Bundespräsident: Strache-Vorstoß zur Personenfreizügigkeit chancenlos

Bundespräsident Alexander Van der Bellen glaubt nicht, daß der Vorschlag von Vizekanzler Heinz-Christian Strache in Bezug auf eine Abschwächung der EU-Personenfreizügigkeit umsetzbar ist, wie er in einem gemeinsamen Pressegespräch mit seiner estnischen Amtskollegin Kersti Kaljulaid in Tallinn erklärte.

Würde man diesen Vorschlag ernst nehmen, müßte man angesichts der Bedeutung von Personenfreizügigkeit als eine der vier Säulen der EU europäisches Recht massiv verändern, sagte er. „Ich sehe absolut keine Chance, dass dieser Vorschlag umgesetzt werden könnte und das ist gut so“, erklärte der Bundespräsident.

Bundespräsident nahm an estnischen Jubiläumsfeiern teil

Bundespräsident Alexander Van der Bellen auch an einer symbolträchtigen Zeremonie teilgenommen. Anlässlich des 100jährigen Jubiläums der estnischen Unabhängigkeit gemeinsam mit seiner Amtskollegin Kersti Kaljulaid eine von 100 Eichen im Kleinstädtchen Tamsalu gepflanzt.

Van der Bellen war am Vormittag über holprige Landstraßen eigens in den etwa 100 Kilometer östlich von Tallinn gelegenen Ort gereist, dessen Name sich mit „Eichenhain“



Handshake mit der estnischen Präsidentin Kersti Kaljulaid im Kadriorg Palast in Tallinn



Fotos: HBE / Carina Karlovits

Offizielle Eröffnung des »Representational Oak Forest of Estonia's 100 oaks« mit Pflanzung jener Eiche durch den Bundespräsidenten und Staatspräsidentin Kersti Kaljulaid

übersetzen läßt. Tamsalu sei symbolisch der beste Ort für einen von knapp 30 landesweiten „Eichenwäldern“ mit jeweils 100 Eichen, mit denen an die estnische Unabhängigkeit erinnert werde, sagte Staatssekretär Heiki Loodi. Eichen gelten in Estland seit vorchristlicher Zeit als heilige Bäume, mit Eichenwäldchen war hier bereits in den späten 1930er-Jahren die Eigenstaatlichkeit gefeiert worden.

Bei der Pflanzung des Baumes durch Präsidentin Kersti Kaljulaid und Bundespräsident Alexander Van der Bellen wurde daran erinnert, daß die Eltern des Bundespräsidenten

ten bis 1941 in Estland gelebt hatten. „Ich finde, daß es eine schöne symbolische Geschichte ist, an diesem Tag eine Eiche zu pflanzen. Eichen werden sehr alt und ich wünsche jeder dieser Eichen ein sehr langes Leben – als Schutzschild über Estland“, sagte das österreichische Staatsoberhaupt anschließend vor lokalen Journalisten.

Am späten Nachmittag hielt der Bundespräsident eine Festrede auf der Lennart Meri Konferenz in der estnischen Hauptstadt Tallinn, die sich traditionell mit Außen- und Sicherheitspolitik beschäftigte. ■

<http://www.bundespraesident.at>

Verantwortung übernehmen und Rechtsstaat stärken

Gedenkveranstaltung in der Hofburg – Nationalratspräsident und Bundesrat zum Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus – Sobotka: Der Respekt vor dem Menschen und seiner Würde ist das unverzichtbare Fundament unserer Demokratie.



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Gedenkveranstaltung gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus im Zeremoniensaal der Hofburg

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und der Präsident des Bundesrates, Reinhard Todt, luden am 4. Mai zur Gedenkveranstaltung gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus in den Zeremoniensaal der Hofburg. In ihren Reden sprachen sich beide für eine massive Stärkung der Demokratie und des Rechtsstaates aus.

„Wir tragen die Verantwortung, daß Abgrenzung und Ausgrenzung nicht noch einmal die Oberhand in unserer Gesellschaft gewinnen. Wir tragen die Verantwortung, den sozialen Zusammenhalt aller Menschen in Österreich zu stärken und ein gutes, würdevolles Leben für alle einzufordern. Wir tragen die Verantwortung uns zu erinnern, wozu wir einst fähig waren, und in dem Wissen zu handeln, daß wir auch heute noch dazu fähig sind. Mit diesen mahnenden Worten

spannte Bundesratspräsident Reinhard Todt in seiner Rede einen zeitgeschichtlichen Bogen zur gemeinsamen Verantwortung für die Gegenwart und Zukunft.

Gedenken an Albrecht Konecny und Otto Felix Kanitz

Er erinnerte in seiner Begrüßungsansprache auch an die beiden Bundesräte Albrecht Konecny und Otto Felix Kanitz. „Albrecht Konecny erinnerte uns immer wieder: Es gab eine Zeit, da konnte in Österreich alleine der Bundesrat seine Stimme zur Erhaltung der Demokratie erheben. Denn der Nationalrat war zu diesem Zeitpunkt vom Austrofaschismus ausgeschaltet.“

„Otto Felix Kanitz wiederum hat mit den Kinderfreunden die ersten großen Ferienkolonien zur Erholung für arme Kinder, für Arbeiterkinder mitbegründet. Mit dem Pro-

jekt der Kinderrepublik gab er den Kindern in diesen Ferien Mittel der Demokratie zur Partizipation und zur Selbstbestimmung. Damit war Otto Felix Kanitz zu einer Zeit weit vor der Verschriftlichung der Kinderrechte ein absoluter Vorreiter. Als der österreichische Nationalrat bereits am Zusammentritt gehindert wurde, setzte sich Kanitz im Bundesrat vehement dafür ein, daß das frei gewählte Parlament in einer Demokratie zusammentreten können muß. Kanitz warnte im Bundesrat vor der Zerstörung der Demokratie. Er machte dabei deutlich: ‚Eine Diktatur macht dort nicht halt, wo ihrer Macht ausübung Schranken gesetzt werden.‘ Es geht nicht nur um die Wahrung der Verfassung, sondern auch um die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit.“

Todt zitierte Kanitz aus dem stenographischen Protokoll der 204. Sitzung des Bundes-

Österreich, Europa und die Welt



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Begrüßung durch Bundesratspräsident Reinhard Todt



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Ansprache von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

rates der Republik Österreich am 27. Oktober 1933: „Wo Demokratie und Selbstbestimmung ausschlaggebend sind, dort ist keine Erschütterung des Staatsgefüges zu beobachten; aber dort, wo Unterdrückung und Tyrannei sich breitmachen, dort kommt es zu Gegenaktionen, dort kommt es zu Explosionen, dort kommt es zu revolutionären Erscheinungen.“

Am 17. Februar 1934 wurde auch der Bundesrat als letztes Relikt der verfassungsmäßigen Ordnung der Republik aufgelöst. Otto Felix Kanitz, der sozialdemokratische Bundesrat und Jude war, wurde, wie viele Millionen Menschen, Opfer des Nationalsozialismus.

Kanitz wurde im Konzentrationslager Buchenwald ermordet.

Todt: Wir tragen die Verantwortung, den sozialen Zusammenhalt zu stärken

Mit den Worten Albrecht Konecny aus dem Buch „Der Tod eines Bundesrates“ warnte Todt klar vor der auch heute spürbaren Ausgrenzung: „Ob Haßparolen gegen jüdische Mitbürger, Program-Aufrufe gegen Ausländer, Ausgrenzung und Abwertung von Minderheiten (..) mit dem Gebot der ‚Reinheit des deutschen Blutes‘ oder dem nur scheinbar ‚biederen‘ Wunsch, Österreicher wollten ‚unter sich bleiben‘, begründet werden, ist bedeutungslos. Bedeutungslos in den Auswirkungen, bedeutungslos auch für die seelische Verfassung derer, die den zunächst so eingängig klingenden Parolen zu folgen bereit sind. ‚Deutschland über alles‘ oder ‚Österreich zuerst‘, was wäre dies ande-

res als eine Aussage, die jeder, der sich der jeweiligen nationalen Gemeinschaft zurechnet, gutheißen kann. Aber welche Verbrechen wurden im Namen der ersten Parole – und der vielen, die von ihr abgeleitet wurden, begangen.“

Und abschließend manifestierte Todt erneut die Verantwortung jeder und jedes Einzelnen: „Wir tragen die Verantwortung, daß Abgrenzung und Ausgrenzung nicht noch einmal die Oberhand in unserer Gesellschaft gewinnen. Wir tragen die Verantwortung, den sozialen Zusammenhalt aller Menschen in Österreich zu stärken und ein gutes, würdevolles Leben für alle einzufordern. Wir tragen die Verantwortung uns zu erinnern, wozu wir einst fähig waren, und in dem Wissen zu handeln, daß wir auch heute noch dazu fähig sind.“

Sobotka: Wir müssen den antisemitischen Bodensatz bekämpfen

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka warnte in seiner Ansprache vor dem Aufkeimen eines neuen Antisemitismus in Europa und der Welt. Das dürfe man „nicht achselzuckend zur Kenntnis nehmen, sondern man muss diesen Bodensatz bekämpfen“. Sobotka erinnerte an den Übergriff auf eine jüdische Seniorin in Frankreich und auch an die kürzlich getätigten Aussagen des palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas.

„Wir dürfen den Bodensatz des Antisemitismus nicht nähren, sondern müssen dagegen ankämpfen. Dieses Gedenken 2018 muß weiterhin als Mahnung gelten, ein ‚niemals vergessen‘ zu einem ‚niemals wieder‘ zu verändern. Antisemitismus darf in Österreich und in ganz Europa keinen Boden finden“, brachte Sobotka die Warnung klar zum Ausdruck.

Wenn „Gedenken“ über das formalisierte Ritual hinaus Sinn und Bedeutung für Gegenwart und Zukunft behalten soll, dann sei es notwendig, das Geschehene selbst nicht nur unmißverständlich beim Namen zu nennen, sondern auch mit klarem und schonungslosem Blick die Essenz des Geschehenen im Lichte der Gegenwart stets aufs Neue zu begreifen. „Tatsächlich ist es unumgänglich tiefer zu gehen, Quellen und Motive ebenso wie Mechanismen und Wirkungszusammenhänge im Herrschafts- und Machtgefüge des Dritten Reiches zu beleuchten und zu begreifen, denn nur auf der Grundlage ernsthafter und wahrhaftiger Einsicht läßt sich ein ‚niemals vergessen‘ auch in ein wirkliches ‚niemals wieder‘ übersetzen. Die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte erschöpft sich nicht in der Erfüllung

Österreich, Europa und die Welt

von Formalismen. Man muß die Dinge schon auch beim Namen nennen und greifbare Konsequenzen für das Hier und Jetzt daraus ableiten.“

Mit Entschlossenheit gegen Entmenschlichung

Sobotka thematisierte außerdem die Entmenschlichung des NS-Regimes: „Im pervertierten Denken der Nazis galt es, die rassische Qualität des eigenen Kollektivs unter ‚Ausmerzungen‘ der angeblich Unwerten zu heben. Begleitet wurde die Entmenschlichung einerseits vom Anschein der Rechtsstaatlichkeit – etwa über das Reichsbürgergesetz oder das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre – andererseits von beispielloser Brutalität und Terror, beides Instrumente und Wegbereiter der totalen Gleichschaltung und letztlich der Aushebelung von Demokratie und Rechtsstaat. Heute, im Jahr 2018, muß daher klar sein: Die Entmenschlichung stand am Beginn dieser Unrechtsherrschaft und so gilt es heute, in aller Schärfe und Entschlossenheit darauf zu reagieren, wenn Menschen als Individuen oder in Gruppen klassifiziert, bewertet werden, wenn gegen sie gehetzt wird, sie letztlich ihrer Menschlichkeit beraubt werden. Es steht niemandem zu, die ‚Nützlichkeit‘ eines Menschen zu beurteilen. Es ist vielmehr die bunte Vielfalt des Mensch-Seins, die unserer Gesellschaft ihre Seele verleiht.“

Es gelte außerdem in aller Schärfe und Entschlossenheit darauf zu reagieren wenn das Vertrauen in den Rechtsstaat gezielt und opportunistisch unterminiert wird, unterstrich Sobotka und appelliert zugleich an alle im Nationalrat vertretenen Parteien: „Man kann es sich nicht aussuchen, wann einem der Rechtsstaat gefällt und wann nicht – und ich erwarte, daß man – bei aller tagespolitischen Aufgeregtheit – mit fundamentaler Kritik sehr behutsam vorgeht. Eine Mahnung, die wir – gerade und vor allem in der Tagespolitik – Ernst nehmen müssen.“

Untersuchung zum Antisemitismus in Auftrag geben

„Der Nationalrat wird die Bundesregierung mit der Durchführung einer umfassenden Untersuchung zum Antisemitismus beauftragen. Einerseits soll die historische Dimension seit dem späten 19. Jahrhundert und andererseits die aktuelle Situation dargestellt werden. Schließlich wollen wir Handlungsfelder für Maßnahmen der Prävention, also für die Zukunft, ableiten“, so der Nationalratspräsident.



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Die Direktorin der KZ-Gedenkstätte Mauthausen Barbara Glück

Brücke zur heutigen Jugend

Nach Reden von Nationalratspräsident und Bundesratspräsident stand die Gedenkveranstaltung dann ganz im Zeichen des generationsübergreifenden Gedenkens.

Glück: Überlassen wir der nächsten Generation ein Buch, das sie weiterschreiben kann

„Nach 73 Jahren, die zwischen uns und der Befreiung des KZ Mauthausen liegen, stehen wir nun vor einem Generationenwechsel und es stelle sich die Frage, was wir weitergeben wollen“, sagte die Direktorin der KZ-Gedenkstätte Mauthausen. „Überlassen wir der nächsten Generation keine Last, die wir vor uns herschieben. Überlassen wir ihnen kein leeres Blatt Papier, sondern geben wir Ihnen ein Buch mit, an dem sie weiterschreiben.“

Glück stellte das Jugendprojekt „Dialog des Erinnerns – Geschichten brauchen Stimmen“ vor, das im Herzen der Gedenkveranstaltung stand. Das Projekt ziele auf das Gedenken dieser neuen Generation ab und führe damit die Aufgabe der Gedenkstätte fort, betonte Glück. Das Projekt sei dem Aufruf gewidmet, Verbündete zu finden, um der Generation eine eigene Art des Gedenkens entwickeln zu lassen. Fünf Jugendliche waren diesem Aufruf gefolgt. Im Rahmen des Projekts besuchten sie das Konzentrationslager, setzten sich mit Biografien von Opfern des KZ Mauthausen auseinander und faßten ihre Gedanken in literarische Texte.

„Wir dürfen nicht vergessen, daß die Spirale der Geschichte sich immerzu weiterdreht und ein jeder von uns ihre Ausrichtung verändern kann.“



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Junge AutorInnen übergeben Zeitzeugin Lucia Heilman ihre Texte zum Gedenktag

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zimmer



Schriftsteller Michael Köhlmeier hielt die diesjährige Gedenkrede.

Ein Film über das Projekt begleitete die Jugendlichen bei ihrem Besuch im KZ Mauthausen und hielt auf berührende Weise ihre Gedanken und Eindrücke fest. Die Jugendlichen setzten sich in weiterer Folge mit Biografien von Opfern auseinander. Ihre Gedanken faßten die jungen AutorInnen in Texte, die sie heute vortrug und die den Originalbiografien gegenübergestellt wurden.

Während Andrej Haring einen Dialog zwischen zwei KZ-Insassen in Jugendsprache vorlas, setzte sich Oliver Wittich mit der Inakzeptanz transsexueller Menschen auseinander, die im Zweiten Weltkrieg nicht nur ausgeschlossen, sondern sogar vernichtet wurden. Bernadette Sarman erzählte die bedrückende Geschichte von Ida Strohmer, die den Hinrichtungsbescheid ihres Ehemanns in Händen hielt. Hannah Oppolzer und Elodie Arpa schlußfolgerten in ihren Texten auf unterschiedliche Weise, daß die Opfer ihrer Zukunft beraubt wurden, während diese den AkteurInnen ihrer Geschichte noch offen stünde.

Elodie Arpa trug am Ende das von ihr stammende Gedicht „Vergessen Wir?“ vor. Darin mahnt sie, nicht zu vergessen, was war und was sein kann. „Wir dürfen nicht vergessen, daß die Spirale der Geschichte sich immerzu weiterdreht und ein jeder von uns ihre Ausrichtung verändern kann.“

Zeitzeugin Heilman: Mut und Courage gehören schon zum Beginn eines richtigen Weges

Ein beeindruckender Film zeigte ein Interview mit der Zeitzeugin Lucia Heilman. Im Gespräch mit Hannah Lessing, Generalsekretärin des Nationalfonds der Republik Öster-



v.l.: Direktorin KZ-Gedenkstätte Mauthausen Barbara Glück, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Generalsekretärin des Nationalfonds und des Allgemeinen Entschädigungsfonds Hannah Lessing, Komponist Walter Arlen, Michael Köhlmeier, Zeitzeugin Lucia Heilman, und Bundesratspräsident Reinhard Todt

reich für Opfer des Nationalsozialismus, schilderte sie ihre Erinnerungen, bevor es zur Verfolgung der Juden kam. Sie spielte mit anderen Kindern, unabhängig davon, ob sie jüdischen oder christlichen Glaubens waren. Heilman erinnerte in dem Interview an Reinhold Duschka, den besten Freund ihres Vaters. Dieser hatte den beiden ein Versteck zur Verfügung gestellt, in dem sie während des gesamten Krieges ausharrten. Über ihn sagte Heilman: „Schon ohne daß man noch irgendetwas gemacht hat, aber das ist schon ein Zeichen von Mut und Courage – das gehört schon zum Beginn eines richtigen Weges.“

Heilman erzählte auch von ihrer Gedenkarbeit mit Jugendlichen, die sie unter anderem mit TeilnehmerInnen der Demokratie-

werkstatt des Parlaments leistet. Sie sei keine Illusionistin, aber „wenn ich in einer Klasse nur einen Einzigen erwische, nur ein Einziger mir zugehört hat – das genügt doch“. „Uns hätten Sie erreicht“, sagte Elodie Arpa zu Heilman am Ende der Gedenkveranstaltung. Als Dank überreichte ihr Arpa die Texte der Jugendlichen mit den Worten: „Möge ihre Stimme eine Stimme für jene sein, die keine Stimme mehr haben.“

Köhlmeier: Ich möchte den Opfern in die Augen sehen können – und auch mir selbst

Ein Plädoyer für das Gedenken in der heutigen Zeit hielt der Schriftsteller Michael Köhlmeier, der die diesjährige Gedenkrede hielt. Er schloß sich im Gedenken an die Opfer des NS-Regimes den Jugendlichen zuvor an und schlug eine Brücke zur Gegenwart. „Ich möchte den Opfern, die mithilfe der

Recherchen und der Erzählungen dieser jungen Menschen und mit Ihrer und meiner Einbildungskraft zu mir und zu Ihnen sprechen und mir zuhören, ihnen möchte ich in die Augen sehen können – und auch mir selbst.“ Die Betroffenheit müsse heute über Aussagen wie „Nie wieder!“ oder „Nie vergessen!“ hinausgehen, um der Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken. Köhlmeier mahnte, Antisemitismus nicht mit Philosemitismus zu begründen, und warnte vor „kleinen“ Schritten hin zu einem großen Bösen, zu dem es nie durch einen großen Schritt kommen würde. Für seine Rede erhielt Köhlmeier Standing Ovation des Publikums. ■

<http://www.parlament.gv.at>

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus in Wien

Bundeskanzler Sebastian Kurz: Jüdisches Leben in Österreich aktiv unterstützen und entschieden gegen jede Form des Antisemitismus ankämpfen.

Als Bundesregierung wollen wir in diesem speziellen Gedenkjahr auch an die dunklen Seiten unserer Geschichte erinnern. Deswegen veranstalten wir heuer erstmals diesen Gedenktakt für die Opfer des Nationalsozialismus, vor dem Mahnmal gegen Krieg und Faschismus“, sagte Bundeskanzler Sebastian Kurz am 6. Mai bei der gemeinsamen Kranzniederlegung mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Vizekanzler Heinz-Christian Strache beim Mahnmal gegen Krieg und Faschismus von Alfred Hrdlicka im 1. Wiener Gemeindebezirk. „Nur wer sich erinnert, kann die Schrecken der Geschichte anerkennen. Nur wer sich erinnert, kann aus den Fehlern der Vergangenheit lernen. Nur wer sich erinnert, kann es heute und in Zukunft besser machen“, so der Kanzler weiter.

„Achten wir darauf, daß Grund- und Freiheitsrechte, einschließlich der Medienfreiheit nicht Schritt für Schritt beschnitten werden“, so Bundespräsident Alexander Van der Bellen in seiner Ansprache. „Hier an dieser Stelle wurde 1945 ein Haus zum Massengrab. Es wurde von einer Bombe getroffen und rund 300 Menschen fanden den Tod. Auch sie, diese 300 Menschen, waren Opfer eines von den Nazis mutwillig vom Zaun gebrochenen Angriffskrieges, der zum größten Sterben in der Geschichte der Menschheit geführt hat“, so der Bundespräsident. „Bis heute sind wir fassungslos angesichts der Zahl von Opfern, die mit dem Handeln und Morden der Nationalsozialisten verbunden ist.“ Unter den Tätern seien auch ÖsterreicherInnen gewesen. Dutzende Millionen Tote waren es insgesamt. 13 Millionen alleine durch gezielte Ermordung. Davon sechs Millionen JüdInnen. „Wenn wir uns heute zusammenfinden, um des Kriegsendes 1945 zu gedenken, so denken wir also an einen Freudentag, an die Befreiung vom Nationalsozialismus.“ Es sei aber auch ein Tag, um innezuhalten und sich zu fragen, wie eine solche Katastrophe stattfinden, ja wie sie willentlich habe herbeigeführt werden können.

Eine der partiellen Antworten sei, daß bereits viele Jahre vor Entfesselung des Zwei-



Foto: BKA / Andy Wenzel

Bei der Kranzniederlegung in Wien (v.l.): Bundeskanzler Sebastian Kurz, Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Vizekanzler Heinz Christian Strache

ten Weltkrieges Feindbilder und Sündenböcke konstruiert worden seien, daß Polarisierung zur Grundfeste der damaligen Politik gemacht worden war“, so das Staatsoberhaupt. Das gelte für Deutschland, für Österreich und für einige andere Staaten auch.

„Ein weiterer Schlüssel ist der Antisemitismus. Hitlers Vernichtungsmaschinerie gegen JüdInnen, Juden und deren Kinder ist ohne den teils latenten, teils manifesten Antisemitismus nicht zu verstehen“, so Van der Bellen. Hitler habeden Antisemitismus nicht

erfunden, er habe ihn aber Schritt für Schritt auf seine mörderische Spitze getrieben. Durch Diskriminierung von JüdInnen und Juden, durch systematische Einschränkung und Beseitigung ihrer Grund- und Freiheitsrechte.

„Weder Auschwitz noch Mauthausen sind vom Himmel gefallen, in vielen kleinen Schritten wurde der Boden dafür bereitet. Westeuropa hat nach 1945 einige Lehren gezogen, ich nenne nur drei: Erstens die Aus-söhnung der ehemaligen Erzfeinde Frank-

Österreich, Europa und die Welt

Foto: HBF / Carina Karlovits



Bundespräsident Alexander Van der Bellen bei seiner Ansprache (im Hintergrund v.l.: Bundeskanzler Sebastian Kurz, EU-Minister Gernot Blümel und Finanzminister Hartwig Löger)

reich und Deutschland. Zweitens die Garantie von Menschen- und Freiheitsrechten in der Europäischen Menschenrechtskonvention, die in Österreich in Verfassungsrang steht. Drittens, die langsame Entwicklung einer gemeinsamen, friedlichen politischen Struktur, wie sie heute die Europäische Union darstellt“, so Van der Bellen, der aufrief, darauf zu achten, daß es so bleibe. „Achten wir darauf, dass Juden, Christen, Muslime und Menschen ohne religiöses Bekenntnis einander mit Respekt begegnen. Achten wir darauf, dass Grund- und Freiheitsrechte – einschließlich der Medienfreiheit – nicht Schritt für Schritt beschnitten werden“, so der Bundespräsident abschließend.

Vizekanzler Heinz Christian Strache betonte in seiner Rede: „Ich verneige mich vor all jenen, die in dieser Zeit ein furchtbares Schicksal tragen mußten und schon die Erinnerungen an diese Zeit schlagen unvergeßlich tiefe Wunden. Dieser Ort hat eine besondere Symbolik. Vor uns steht das Tor der Gewalt. ‚Das Tor der Gewalt‘ ist aus Mauthausener Granit gehauen. Dieser erinnert an tausende Häftlinge, die im Steinbruch des Konzentrationslagers Mauthausen auf der berüchtigten Todesstiege ihr Leben lassen mußten.“

Bundeskanzler Sebastian Kurz nahm in seiner Rede vor dem Mahnmal auch auf die Befreiung des KZ Mauthausen Bezug: „Ge-

stern vor 73 Jahren wurde das Konzentrationslager Mauthausen befreit. Mauthausen ist jener Ort, wo der Nationalsozialismus in Österreich wahrscheinlich sein häßlichstes Gesicht gezeigt hat.“

„Niemand dürfen wir vergessen, dass die Bedingungen in Mauthausen als besonders unmenschlich galten. Niemand dürfen wir vergessen, daß dort fast 100 000 Menschen getötet wurden. Menschen mit Behinderung, Roma und Sinti, Homosexuelle, Menschen mit unterschiedlicher politischer Einstellung und Widerstandskämpfer. Vor allem aber dürfen wir niemals vergessen, daß es eine große Anzahl jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger war, die in Mauthausen auf grausamste Weise gequält und umgebracht wurden. Ich erinnere mich noch sehr genau an meinen ersten Besuch in der Gedenkstätte Mauthausen. Ich bin heute noch erschüttert vom Ausmaß der Grausamkeit, das den Menschen dort widerfahren ist. Das ehemalige KZ Mauthausen ist ein Schicksalsort für Österreich. Es erinnert uns daran, daß Österreicherinnen und Österreicher zwischen 1938 und 1945 Opfer, aber genauso auch Täter waren“, so der Kanzler weiter. „Erst wenn alle Menschen auf der Welt in Freiheit leben können, ist das Denkmal der Überlebenden aus Mauthausen fertig gebaut“, sagte der Bundeskanzler abschließend in seiner Rede vor dem Mahnmal gegen Krieg und Faschismus.

Im Anschluß nahmen der Bundeskanzler und Regierungsmitglieder an der Internationalen Gedenk- und Befreiungsfeier in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen teil. ■

https://de.wikipedia.org/wiki/Mahnmal_gegen_Krieg_und_Faschismus

Foto: HBF / Carina Karlovits



Kranzniederlegung beim Mahnmal gegen Krieg und Faschismus

KZ Mauthausen: Über 10.000 gedachten der Befreiung

Über 10.000 Menschen, darunter Überlebende des ehemaligen Konzentrationslagers, aus dem In- und Ausland nahmen am 6. Mai an der Befreiungsfeier teil.



Foto: MKÖ / Sebastian Philipp

Die Internationale Befreiungsfeier im KZ Mauthausen stellt die weitaus größte Gedenk- und Befreiungsfeier weltweit dar.

In Erinnerung an die Befreiung der Häftlinge aus dem Konzentrationslager Mauthausen am 5. Mai 1945 wurde am 6. Mai im Rahmen der alljährlichen internationalen Befreiungs- und Gedenkfeier gedacht. Mehr als 10.000 BesucherInnen aus dem In- und Ausland nahmen auch dieses Jahr, am 73. Jahrestag, teil. Veranstaltet wurde die Internationale Gedenk- und Befreiungsfeier vom Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ) in enger Zusammenarbeit mit der Österreichischen Lagergemeinschaft Mauthausen (ÖLM) und dem Comité International de Mauthausen (CIM). Im Gedenkjahr 2018 widmen sich die Gedenk- und Befreiungsfeiern dem Thema „Flucht und Heimat“ und der Auslöschung Österreichs im Jahr 1938. Schon im August 1938 trafen die ersten Häftlinge in Mauthausen ein und es wurde mit der Er-

richtung des Konzentrationslagers begonnen. Im Dezember 1938 waren bereits knapp 1.000 Häftlinge interniert.

Schwerpunktthema »Flucht & Heimat«

Zwischen 1933 und 1945 flohen Millionen von Menschen vor den Gräueltaten des nationalsozialistischen Regimes und seinen Verbündeten. Die nationalsozialistische Terrorherrschaft schuf in den 1930er Jahren neben politischen, religiösen oder wirtschaftlichen Ursachen ein neues Motiv der Flucht: Rassismus. Bis heute ist die Geschichte Europas immer wieder von Fluchtbewegungen gekennzeichnet. Kriege im ehemaligen Jugoslawien, im Irak, in Afghanistan oder in Syrien sowie fundamentalistischer Terror sind Ursachen für Flucht und den Verlust der Heimat.

Willi Mernyi, Vorsitzender des Mauthausen Komitee Österreich, schlägt eine Brücke zur Gegenwart: „Menschen, die vor 80 Jahren in ein anderes Land flüchten mussten, haben alles verloren. Ihre Heimat wurde zu einem fremden Ort. Auch heute müssen Menschen flüchten. Es liegt an uns, ihnen zumindest ihre Würde zu erhalten.“

Seit 2006 sind die Gedenk- und Befreiungsfeiern in Mauthausen jedes Jahr einem speziellen Thema gewidmet, das zur Geschichte des ehemaligen KZ-Mauthausen bzw. zur NS-Vergangenheit Österreichs in Beziehung steht. Der Gegenwartsbezug bildet bei jedem Jahresthema einen essentiellen Bestandteil und soll vor allem für junge Menschen die Auseinandersetzung mit der Zeit und Ideologie des Nationalsozialismus erleichtern.

Österreich, Europa und die Welt

Internationale Beteiligung an der Gedenk- und Befreiungsfeier

Die Gedenkfeier in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen begann mit einem ökumenischen Wortgottesdienst mit Diözesanbischof Manfred Scheuer, Pfarrerin Hannelore Reiner und Erzpriester Ioannis Nikolitsis von der griechisch-orthodoxen Metropolie. Gefolgt von der Verlesung des Mauthausenschwurs in mehr als 20 verschiedenen Sprachen – ein wichtiges Ritual an einem Ort wie dem ehemaligen KZ-Mauthausen, wo von 1938 bis 1945 Deutsch die einzig erlaubte Sprache war.

Im Anschluß begrüßte Mernyi die tausenden TeilnehmerInnen, insbesondere die KZ-Überlebenden und die zahlreichen Jugendlichen. Im Zuge der gemeinsamen Befreiungsfeier erfolgten die Kranzniederlegungen unter anderem durch Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Bundeskanzler Sebastian Kurz, Nationalratspräsidenten Wolfgang Sobotka, Staatssekretärin Karoline Edtstadler, Bundespräsident a.D. Heinz Fischer, IKG-Präsident Oskar Deutsch, Altbischof Maximilian Aichern sowie internationalen und nationalen Delegationen und Jugendorganisationen und weitere. Während der Kranzniederlegung hielten die VertreterInnen der Opferorganisationen aus Deutschland, Polen, Rußland und Ungarn ihre Gedenkreden in den jeweiligen Landessprachen.

Kurze Videobeiträge von ZeitzeugInnen, die aufgrund der Verfolgung des nationalsozialistischen Terrorregimes aus Österreich fliehen mußten, wurden während der gemeinsamen Feier eingespielt. Auch dieses Jahr wurde die Internationale Befreiungsfeier von den Schauspielerinnen und Moderatorinnen Mercedes Echerer und Konstanze Breitenberger mehrsprachig begleitet.

Den Höhepunkt des Festakts bildete der gemeinsame Auszug – ähnlich der ersten Befreiungsfeiern der KZ-Überlebenden – aller TeilnehmerInnen am Ende der Feierlichkeit. Auch dieses Jahr wurde der Auszug von den KZ-Überlebenden Dušan Stefancic, Yauhen Chrol, Nikolai Kireev, Shaul Spielmann, Andrew Sternberg und weitere mit Jehuda Gurvich an der Spitze angeführt, begleitet von den Zeutzeugen Anna Hackl und Tommy Frankl, GlS der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika und SchülerInnen der NMS Mauthausen. Damit wurde die Befreiung der KZ-Inhaftierten im Jahr 1945 symbolisiert.

Die Internationale Befreiungsfeier stellt die weitaus größte Gedenk- und Befreiungsfeier weltweit dar. Auch dieses Jahr wurde



Foto: MKÖ / Sebastian Philipp

Bei der Kranzniederlegung (v.l.): Bundespräsident a.D. Heinz Fischer, Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Bundeskanzler Sebastian Kurz und Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer

ein beeindruckendes Zeichen für ein „Nie-mals wieder“ gesetzt.

Statements

Bundespräsident Alexander Van der Bellen: „An Mauthausen zu erinnern, bedeutet Trauer und Fassungslosigkeit angesichts eines Symbols für Terror, Leid und Unmenschlichkeit. Es bedeutet aber auch, ganz entschieden die Verantwortung für die Fundamente unseres Staates heute zu übernehmen: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Toleranz und Menschenwürde!“

Bundespräsident a. D. Heinz Fischer: „Die Befreiungsfeier in Mauthausen am 6. Mai hat eine jahrzehntelange und zum Symbol gewordene Tradition. Mauthausen ist, so wie viele andere ehemalige Konzentrationslager zu einem Erinnerungsort geworden, an dem den Opfern des Nationalsozialismus, der Menschenverachtung und Menschenvernichtung gedacht wird. Ich bin dankbar, daß diese Tradition des Gedenkens und Erinnerns jetzt schon seit über zwei Generationen aufrechterhalten wird. Verschiedene alarmierende Signale und Entwicklungen in Europa zeigen, wie wichtig das ist.“

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka: „Die Gedenkstätte Mauthausen ist auf ewig ein Ort der Verantwortung. Ein Ort, der uns stets daran erinnern wird, zu welchen Verbrechen Menschen fähig sind und warum wir unter keinen Umständen zulassen dürfen, daß nationalsozialistische Denke auch nur im Ansatz geduldet oder unwidersprochen zur Kenntnis genommen wird.“

Zweite Nationalratspräsidentin Doris

Bures: „Heutige Generationen haben noch das Privileg, das Geschehene aus dem Mund jener zu hören, die es selbst erlebt haben. Es muss den Zeugen dieser schrecklichen Zeit unermessliche Kraft kosten, das Erlebte immer wieder zu erzählen und damit auch immer wieder zu durchleben. Unermesslich ist daher auch der Dank, den wir Ihnen dafür schulden!“

Über das Mauthausen Komitee Österreich

Die Überlebenden des KZ-Mauthausen übergaben im Jahr 2000 dem Mauthausen Komitee Österreich offiziell ihr Vermächtnis. Dieses Vermächtnis der KZ-Überlebenden bildet die Grundlage der Aktivitäten des MKÖ. Neben der Gedenkarbeit für die Opfer der Verbrechen des NS-Regimes, insbesondere jene, die im KZ-Mauthausen und in den Außenlagern gefangen gehalten wurden, sind Aktivitäten gegen Rechtsextremismus sowie die engagierte anti-faschistische und anti-rassistische Arbeit vor allem mit jungen Menschen weitere wichtige Schwerpunkte. In den vergangenen Jahren führte das MKÖ mit mehr als 100.000 Jugendlichen Zivilcourage-Trainings, Begleitungen durch die KZ-Gedenkstätte Mauthausen sowie an Orten ehemaliger Außenlager, die Vor- und Nachbereitung der KZ-Gedenkstättenbesuche, Anti-Rassismus-Workshops wie den Workshop „Wir sind alle“ sowie die neuen thematischen Rundgänge „denk mal wien“ sowie diverse anlaß- und themenbezogene Jugendprojekte durch. ■

<https://www.mkoe.at>

Fest der Freude

Über 7.000 Menschen feierten am 8. Mai auf dem Wiener Heldenplatz die Befreiung vom Nationalsozialismus.



Foto: Fest der Freude / Andy Wenzel

Ein Blick auf den Wiener Heldenplatz, auf dem über 7.000 Menschen den Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus feierten.

Über 7000 BesucherInnen trotzten dem starken Gewitter und hörten die Worte des KZ-Überlebenden und Zeitzeugen Rudolf Gelbard, führender Politiker sowie das Konzert der Wiener Symphoniker am 8. Mai am Wiener Heldenplatz. Das vom Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ) in Kooperation mit den Wiener Symphonikern zum sechsten Mal veranstaltete Fest der Freude war jenem Tag vor genau 73 Jahren gewidmet, an dem der nationalsozialistischen Herrschaft in Österreich ein Ende gesetzt wurde. Im Gedenkjahr 2018 lag der thematische Schwerpunkt zusätzlich zum Tag der Befreiung auch auf dem Jahr 1938 und fokussiert auf die Schicksale von Menschen, die zu dieser Zeit vor der nationalsozialistischen Todesmaschinerie fliehen mußten.

Willi Mernyi, Vorsitzender des Mauthausen Komitee Österreich, betonte die Bedeutung des Fests der Freude: „Am 8. Mai fand

der Nazi-Terror sein Ende. Das ist ein Tag zum Feiern, aber auch zum Gedenken an die Millionen Opfer, die das nationalsozialistische Regime forderte. Ein Tag an dem wir uns zu einem ‚Niemals wieder‘ verpflichten!“

Zeitzeuge Rudolf Gelbard teilt seine Erlebnisse im KZ-Theresienstadt

Die musikalische Eröffnung fand mit dem eigens für das Fest der Freude komponierten Stück „Hier und jetzt“ des österreichischen Komponisten Kurt Schwertsik statt. Im Anschluß wurden kurze Videostatements der Zeitzeuginnen Elsie Slonim und Gertrud Weinber, die mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten aus Österreich flüchten mußten, gezeigt. Ansprachen von Willi Mernyi und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka eröffneten die Veranstaltung am Wiener Heldenplatz. Die Worte des KZ-Überlebenden und Zeitzeugen Rudolf

Gelbard waren der Höhepunkt des diesjährigen Fests der Freude.

Rudolf Gelbard wurde 1942, im Alter von 12 Jahren, aufgrund seiner jüdischen Herkunft mit seinen Eltern ins KZ-Theresienstadt deportiert. In seinem Bericht vom Leben im KZ-Theresienstadt erzählte Gelbard von den Gräueltaten im Konzentrationslager und der Deportation. Von etwa 15.000 Kindern, die nach Theresienstadt deportiert wurden, überlebten nur knapp 200 die nationalsozialistische Terrorherrschaft. Gelbard ist noch heute als Zeitzeuge und Freiheitskämpfer tätig und engagiert sich aktiv für Demokratie und Menschenrechte.

Die Wiener Symphoniker setzten ein musikalisches Zeichen

Eröffnet wurde das Konzert mit dem Zweiten Satz aus der Komposition „Three Pictures of Chassidic Life“ von Ernest Bloch.

Österreich, Europa und die Welt

Im Zentrum des Programms standen außerdem Werke von Leonard Bernstein, der 2018 seinen 100. Geburtstag gefeiert hätte. Neben dem „Waltz“ aus dem „Divertimento for Orchestra“ und der Ouvertüre zur Operette „Candide“ spielten die Wiener Symphoniker mit dem Konzertchor Wien und einem Wiener Sängerknaben als Solisten auch das dreiteilige Chorwerk „Chichester Psalms“, für das Bernstein hebräische Psalmentexte verarbeitet.

Der gefeierte Violinist Julian Rachlin trat im Anschluß als Solist im Zweiten und Dritten Satz aus Pjotr Iljitsch Tschaikowskis Konzert für Violine und Orchester in D-Dur in Erscheinung.

Zum Finale wurde das Publikum am Heldenplatz Teil des Konzerts und sang gemeinsam, begleitet von den Wiener Symphonikern, Ludwig van Beethovens große Freudenhymne „Ode an die Freude“ aus der Neunten Symphonie. Geleitet wurde das diesjährige Konzert zum Fest der Freude von dem Ersten Gastdirigenten der Wiener Symphoniker Lahav Shani, der selbst Enkel von Überlebenden des Holocaust ist.

Statements

Bundespräsident Alexander Van der Bellen: „Das Ende der Terrorherrschaft des Nationalsozialismus jährt sich heuer zum 73. Mal. Ich danke allen, die auf den Wiener Heldenplatz gekommen sind, um gemeinsam daran zu erinnern und sich zu freuen. Es ist wichtig, dabei auch an konkrete Schicksale jener zu erinnern, die am eigenen Leib erfahren haben, was die schreckliche Zeit vor der Befreiung bedeutet hat.“

Bundespräsident a.D. Heinz Fischer: „Am 8. Mai 1945 feiern wir nicht nur das Ende des Zweiten Weltkriegs, sondern auch das Ende eines menschenverachtenden Regimes – beides ist Grund für eine große gemeinsame Freude. Jüngste Entwicklungen zeigen aber, wie wichtig es ist, unsere Vergangenheit stets in mahnender Erinnerung zu behalten. Deshalb begehen wir nun schon zum sechsten Mal diesen Tag der Befreiung als Fest der Freude und setzen damit auch ein Zeichen für ein würdiges Gedenken an die Opfer der Shoah und an alle anderen Opfer des Nationalsozialismus.“

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka: „Das Ende des Krieges war eine Befreiung für Österreich und Europa. Wohin Rassenvahn und Vorurteil führen, muß uns zu jedem Zeitpunkt bewußt sein. Alleine schon vor diesem Hintergrund ist es zentral, kommenden Generationen die maßgebliche Er-



Foto: MKÖ / Sebastian Philipp

Rudolf Gelbard ist noch heute als Zeitzeuge und Freiheitskämpfer tätig und engagiert sich aktiv für Demokratie und Menschenrechte.



Foto: MKÖ / Sebastian Philipp

Ein Blick auf die ersten Reihen mit den zahlreichen Gästen des Festes der Freude. Im Hintergrund: das Wiener Rathaus.

rungschaft der europäischen Einigung bewußt zu machen – das größte und erfolgreichste Friedensprojekt aller Zeiten.“

Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures: „Die Geschichte zeigt: diktatorische und faschistische Kräfte haben besonders leichtes Spiel, wenn sie auf eine schwache Demokratie stoßen. Deshalb ist es unser Auftrag, für eine starke Demokratie und einen lebendigen Parlamentarismus Sorge zu tragen. Ja, die Demokratie muss in unserem Geist und in unseren Herzen sein, um zu leben!“

Amtsführender Stadtrat für Kultur, Wissenschaft und Sport in Wien, Andreas Mailath-Pokorny: „Das heurige Gedenkjahr erinnert an unsere Verantwortung gegenüber

unserer Geschichte und ist zugleich ein Auftrag, Forschungs-, Aufklärungs- und Vermittlungsarbeit zu leisten. Dies umso mehr, als sich wieder antisemitische und rassistische Töne in den gesellschaftspolitischen Diskurs einschleichen und diese als Einzelfälle bzw. Mißverständnisse verharmlost werden. Umso wichtiger ist es, den 8. Mai als Freudentag zu begehen, markiert er doch das Ende der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft und den Beginn eines Neuanfangs für alle Österreicherinnen und Österreicher. Unablässig für demokratische Werte, Weltoffenheit und Solidarität einzutreten, ist uns Auftrag und Bedürfnis zugleich.“ ■

<http://www.festderfreude.at>

<https://www.mkoe.at>

Österreich und der Ratsvorsitz

Österreich übernimmt ab 1. Juli 2018 – zum dritten Mal nach 1998 und 2006 – den Vorsitz des Rats der Europäischen Union.



Foto: BKA / Dragan Tatic

Die österreichische Bundesregierung ist am 28. Mai im niederösterreichischen Mauerbach zu einer Klausur zusammengekommen, um sich unter anderem den Detailvorbereitungen für den bevorstehenden österreichischen EU-Ratsvorsitz ab 1. Juli 2018 zu widmen.

Rat der Europäischen Union und Ratsvorsitz

Der Rat der Europäischen Union ist das Organ, in dem die Regierungen der Mitgliedsstaaten vertreten sind. Er wird informell auch EU-Rat oder Ministerrat genannt und ist das Gremium, in dem die nationalen Ministerinnen und Minister aller EU-Mitgliedstaaten zusammentreten, um Gesetze zu erlassen und politische Maßnahmen zu koordinieren.

Aufgaben des Rates der Europäischen Union

Der Rat der Europäischen Union verhandelt und erläßt Rechtsakte meistens gemeinsam mit dem Europäischen Parlament im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens, auch Mitentscheidung genannt. Der Rat ist für die Koordinierung der Politik der Mitgliedsstaaten in zahlreichen Politikbereichen zuständig. Des Weiteren übernimmt der Rat nach Maßgabe der vom Europäischen Rat vorgegebenen Leitlinien die Festlegung und Umsetzung der Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Der Rat beauftragt die Kommission, im Namen der EU Abkommen zwischen der EU und Drittländern bzw. internationalen Organisationen

auszuhandeln. Der Rat stellt den Haushaltsplan der EU fest, gemeinsam mit dem Parlament.

Die Ratsformationen

Der Rat trifft sich in zehn verschiedenen Ratsformationen, mit denen sämtliche Politikbereiche der EU abgedeckt werden – von „Wirtschaft und Finanzen“ über „Landwirtschaft und Fischerei“ bis hin zu „Umwelt“. An den Tagungen dieser Ratsformationen in Brüssel oder Luxemburg nehmen die jeweils fachlich zuständigen Vertreterinnen und Vertreter der 28 Mitgliedsstaaten auf Ebene der MinisterInnen oder StaatssekretärInnen teil. Sie sind befugt, für die Regierung ihres Landes verbindlich zu handeln und das Stimmrecht auszuüben. Der Rat beschließt – je nach Sachgebiet – mit einfacher Mehrheit, mit qualifizierter Mehrheit oder einstimmig.

Der Ratsvorsitz

Der Vorsitz im Rat (auch „Ratsvorsitz“ oder „Ratspräsidentenschaft“ genannt) wechselt nach einer festgelegten Reihenfolge alle sechs Monate zwischen den 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Während dieser sechs Monate leitet der Vorsitz die Sitzungen

und Tagungen auf allen Ebenen des Rates und sorgt für die Kontinuität der Arbeit der EU im Rat.

Die Aufgaben des Ratsvorsitzes

Die Aufgaben des Ratsvorsitzes sind vielfältig und anspruchsvoll. Der Vorsitz ist dafür verantwortlich, die Beratungen des Rates über EU-Rechtsvorschriften voranzubringen und für die Kontinuität der Agenda der EU, den ordnungsgemäßen Verlauf der Gesetzgebungsverfahren und die Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten zu sorgen. Dabei muß er als ehrlicher und neutraler Vermittler auftreten.

○ Planung und Leitung der Tagungen des Rates und seiner Vorbereitungsgremien:

Der Vorsitz leitet die Tagungen der verschiedenen Ratsformationen (mit Ausnahme des Rates „Auswärtige Angelegenheiten“) und der Vorbereitungsgremien des Rates, zu denen die ständigen Ausschüsse wie der Ausschuß der Ständigen Vertreter (AStV) sowie Arbeitsgruppen und Fachausschüsse zählen. Der Vorsitz sorgt dafür, daß die Beratungen ordnungsgemäß verlaufen und daß die Geschäftsordnung und die Arbeitsmethoden des Rates korrekt angewandt werden. Er

Österreich, Europa und die Welt



Foto: European Union

EU-Ratspräsident Donald Tusk und Bundeskanzler Sebastian Kurz – Ratsvorsitzender ab 1. Juli, anlässlich eines Ratstreffens in Brüssel

organisiert zudem verschiedene formelle und informelle Tagungen in Brüssel und im eigenen Land.

○ Vertretung des Rates gegenüber den anderen EU-Organen:

Der Vorsitz vertritt den Rat gegenüber den anderen EU-Organen, insbesondere gegenüber der Kommission und dem Europäischen Parlament. Seine Aufgabe ist es, in Trilog, informellen Verhandlungen und Sitzungen des Vermittlungsausschusses auf eine Einigung über Gesetzgebungsvorhaben hinzuwirken.

Der Vorsitz erfüllt seine Aufgaben in enger Abstimmung mit dem Präsidenten des Europäischen Rates und der Hohen Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik.

Der „Trio-Ratsvorsitz“

Um die Kontinuität der Arbeit des Rates zu gewährleisten, arbeiten die aufeinanderfolgenden Ratspräsidenten in Dreiergruppen als sogenannter „Dreivorsitz“ (oder „Trio-Ratspräsidentenschaft“) zusammen. Jeder Dreivorsitz verabschiedet ein gemeinsames Programm, in dem die Schwerpunkte und Ziele für die 18 Monate der drei aufeinanderfolgenden Vorsitze festgelegt werden.

Österreich befindet sich mit Estland (Vorsitz im 2. Halbjahr 2017) und Bulgarien (Vorsitz im 1. Halbjahr 2018) in der Trioratspräsidentenschaft. Für die Gesamtzeit der 18 Monate gibt es ein gemeinsames Arbeitsprogramm.

Nach Estland, Bulgarien und Österreich übernehmen die drei Länder Rumänien (1.

Jahreshälfte 2019), Finnland (2. Jahreshälfte 2019) und Kroatien (1. Jahreshälfte 2020) den neuen „Trio-Ratsvorsitz“.

Informationen

zum Rat der Europäischen Union:

<http://www.consilium.europa.eu/de/council-eu>

und zum Vorsitz im Rat der Europäischen Union:

<http://www.consilium.europa.eu/de/council-eu/presidency-council-eu/>

Österreichs Ratsvorsitz

Österreich übernimmt am 1. Juli 2018 zum dritten Mal – nach 1998 und 2006 – für ein halbes Jahr den Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Die Übernahme des Ratsvorsitzes stellt für Österreich sowohl inhaltlich wie auch organisatorisch eine besondere europäische Aufgabe dar.

In Österreich sind während des Ratsvorsitzes rund 300 Veranstaltungen geplant – von informellen Tagungen auf Ebene der MinisterInnen und MinisterInnen und Fachkonferenzen über Tagungen von ExpertInnen bis hin zu kulturellen Events. Österreich freut sich, in den sechs Monaten für rund 48.000 Delegierte Gastgeber sein zu können.

Österreichs Prioritäten

Österreich rückt Sicherheit und Migration, Sicherung des Wohlstands und der Wettbewerbsfähigkeit durch Digitalisierung sowie Stabilität in der Nachbarschaft ins Zentrum seines EU-Ratsvorsitzes.

Das Motto des österreichischen EU-Ratsvorsitzes lautet: „Ein Europa, das schützt“. Den Zugang, den Österreich gewählt hat, um dieses Ziel zu erreichen, ist eine Verstärkung des Subsidiaritätsprinzips. Die Europäische

Union soll sich auf die großen Fragen konzentrieren, die einer gemeinsamen Lösung bedürfen, und sich in kleinen Fragen zurücknehmen, in denen die Mitgliedsstaaten oder Regionen selbst besser entscheiden. Dadurch soll dem Motto der EU „In Vielfalt geeint“ Rechnung getragen werden.

In diesem Sinne wird der österreichische Ratsvorsitz die effektive Schutzfunktion der EU insbesondere in drei Schwerpunktbereichen in den Vordergrund stellen:

- Sicherheit und Migration,
- Sicherung des Wohlstands und der Wettbewerbsfähigkeit durch Digitalisierung und
- Stabilität in der Nachbarschaft – Heranführung des Weltbalkans/Südosteuropas an die EU.

Österreich versteht seine Rolle während des EU-Ratsvorsitzes als die eines neutralen Maklers. Mit seinem Ratsvorsitz wird Österreich bestrebt sein, gemäß seiner traditionellen Rolle des Brückenbauers zur Einheit in der EU beizutragen.

Green Presidency

Dem österreichischen EU-Ratsvorsitz sind Nachhaltigkeit und Umweltschutz ein großes Anliegen. Österreich ist seit vielen Jahren in Europa Vorreiter beim Thema nachhaltiger Veranstaltungsorganisation. Auf Initiative des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus (BMNT) wurden bereits während Österreichs EU-Ratsvorsitz im ersten Halbjahr 2006 unter dem Titel „Greening the Presidency“ nachhaltige Kriterien bei der Organisation berücksichtigt.

Österreich, Europa und die Welt

Österreichisches Umweltzeichen für Green Meetings und Green Events

Mit dem Österreichischen Umweltzeichen für Green Meetings und Green Events wurde 2010 das erste europäische Zertifizierungssystem für nachhaltige Veranstaltungen entwickelt.

Das Österreichische Umweltzeichen soll dazu beitragen...

- Umweltbelastungen bei Veranstaltungen zu verringern,
- die regionale Wirtschaft zu berücksichtigen,
- soziale und kulturelle Akzente zu setzen
- und die öffentliche und mediale Aufmerksamkeit zur Bewußtseinsbildung zu nutzen.

Nachhaltiges Veranstaltungsmanagement während des EU-Ratsvorsitzes

Aufbauend auf dieser Tradition der letzten Jahre strebt der österreichische EU-Ratsvorsitz auch 2018 ein nachhaltiges Veranstaltungsmanagement an. Das Austria Center Vienna (ACV), Hauptveranstaltungsort des österreichischen EU-Ratsvorsitzes in Wien und damit Permanentes Konferenz- und Medienzentrum, bietet beste Voraussetzungen für die Organisation von „Green Presidency“-Veranstaltungen. Die nach dem Österreichischen Umweltzeichen zertifizierte Veranstaltungs-Location verfolgt einen ganzheitlichen Managementansatz, der neben ökonomischen und sozialen Belangen umfassende

Maßnahmen im Umweltbereich umsetzt, zum Beispiel:

- Strom zu 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen,
- die Verwendung einer thermischen Solaranlage,
- LED-Beleuchtung,
- Maßnahmen zur Abfallvermeidung und -trennung,
- wassersparende Sanitäranlagen,
- eine sehr gute Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln,
- Tankstellen für Elektroautos,
- das Angebot eines zertifizierten Cateringunternehmens mit saisonalen, regionalen und Bio-Produkten.

<https://www.acv.at>

TeilnehmerInnen an Tagungen während des österreichischen Ratsvorsitzes werden mit Hilfe eines Leitfadens ermutigt, die Bemühungen um nachhaltige Veranstaltungen zu unterstützen. Ihnen wird beispielsweise nahegelegt:

- zur Anreise nach Österreich öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen,
- sich für ein umweltzertifiziertes Hotel zu entscheiden,
- das Angebot getrennter Abfallsammlung im Konferenzzentrum zu nutzen,
- vor Ort den öffentlichen Verkehr zu verwenden oder zu Fuß zu gehen
- oder im Sinne der „e-presidency“ digitale Materialien statt Papierausdrucke zu verwenden.

Einen wesentlichen Beitrag leistet das „Presidency Portal for Informal Events“ (PPI), das erstmals während des österreichischen EU-Ratsvorsitzes zum Einsatz kommt und den Dokumentenaustausch über ein Online-Portal ermöglicht.

Die im Rahmen des österreichischen EU-Ratsvorsitzes stattfindende internationale Konferenz „Events for a Greener Europe – Green Events Austria Conference 2018“ (5. und 6. Juli 2018) nimmt die Thematik des umweltschonenden Veranstaltungsmanagements auf und setzt sich zum Ziel, europäische Politiken zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung des Sektors zu diskutieren.

Website und Social Media-Kanäle des Ratsvorsitzes

Neben der Website des österreichischen EU-Ratsvorsitzes unter

<http://www.eu2018.at>

ist der österreichische EU-Ratsvorsitz auch auf diversen Social Media-Kanälen aktiv:

Twitter:

<https://twitter.com/eu2018at>

Facebook:

<https://www.facebook.com/EU2018AT/>

Instagram:

<https://www.instagram.com/eu2018at/>

Flickr:

<https://www.flickr.com/photos/eu2018at>

Vimeo:

<https://vimeo.com/eu2018at>



© Austria Center Vienna – IAKW-AG / Foto: <http://www.pov.at>

Das Austria Center Vienna ist Hauptveranstaltungsort des EU-Ratsvorsitzes in Wien und damit Permanentes Konferenz- und Medienzentrum.

Gipfeltreffen für den Klimaschutz

R20 Austrian World Summit mit 120 RednerInnen und mehr als 1.200 TeilnehmerInnen aus über 70 Nationen



Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Monika Langthaler-Rosenberg, Direktorin von R20 Austria & EU auf der Bühne

120 RednerInnen und mehr als 1.200 TeilnehmerInnen aus über 70 Nationen folgten der Einladung Arnold Schwarzeneggers zum zweiten R20 Austrian World Summit in Wien am 15. Mai. Die Konferenz war Österreichs größtes Zusammentreffen von international führenden Klima-Expertinnen und Experten aus Politik und Wirtschaft.

„Unsere Konferenz bietet die ideale Plattform, um eine positive Dynamik für die COP24 in Polen aufzubauen. Es ist klar, daß die Gespräche auf allen Ebenen intensiviert werden müssen, um am Ende des Jahres in Katowice zu einem positiven Ergebnis zu kommen,“ erklärte R20 Austria & EU Direktorin und Organisatorin Monika Langthaler.

Aus allen Regionen der Welt kamen Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Start-ups, InvestorInnen und KlimaexpertInnen sowie Ver-

treterInnen von Regionen und Städten – darunter UN-Generalsekretär António Guterres, die norwegische Premierministerin Erna Solberg, EU Vizepräsident Maroš Šefčovič, Vizebürgermeister Sui Zhenjiang aus Peking, UN-Friedensbotschafterin Jane Goodall und Flugpionier Bertrand Piccard. Sie alle arbeiteten gemeinsam in der Wiener Hofburg an einer nachhaltigen Zukunft. Ziel ist es, sich mit noch mehr Kraft für unseren Planeten einzusetzen.

Arnold Schwarzeneggers Engagement für den Klimaschutz ist seit 15 Jahren ungebrochen und er wünscht sich bei diesem Thema „less talk and more action“ (*weniger reden und mehr tun*). Unter dem Ehrenschild und mit der Unterstützung von Bundespräsident Alexander Van der Bellen initiierte er 2017 den R20 Austrian World Summit. Heuer ging die Konferenz in die zweite Runde und zielt darauf ab, aufzuzeigen, was kon-

kret getan werden kann und was schon getan wird. Es gibt weltweit genügend Beispiele, die belegen, daß der nachhaltige Weg auch ein wirtschaftlich profitabler Weg ist.

Die Veranstaltung im Festsaal der Wiener Hofburg war mit Unterstützung der Wiener Sängerknaben eröffnet worden. Zuerst waren sie auf einer Videowall zu sehen, wo sie in einem riesigen Ozean in einem Boot ruderdend gezeigt wurden – Stichwort „Anstieg der Meeresspiegel“ – und anschließend live mit einem kurzen Bühnenauftritt, ehe die insgesamt vier Hauptredner ans Pult traten.

Bundeskanzler: Billiger jetzt zu investieren, als später zu reparieren

„Wir haben beim Klimaschutz große Verantwortung zu tragen. Es geht heute nicht nur darum, was gesagt, sondern auch darum, was tatsächlich getan wird“, sagte Bundeskanzler Sebastian Kurz. Es gelte aber klar-

Österreich, Europa und die Welt

zulegen, daß es keinen Widerspruch zwischen Wirtschaft und Klimaschutz geben müsse. „Beides ist notwendig. Die Gesellschaft braucht eine starke freie Wirtschaft, die den Wohlstand sichert und damit die Grundlagen des Sozialstaates schafft.“ Dies dürfe aber nicht auf Kosten von Klima und Umwelt gehen. „Denn es nützt uns der größte wirtschaftliche Erfolg nichts, wenn wir unseren Lebensraum zerstören“, so der Kanzler weiter. Die Wirtschaft könne jedoch im Bereich des Klimaschutzes eine extrem positive Rolle spielen, da hier viele Partner das gleiche Ziel verfolgen, nämlich Innovation zustande zu bringen. „Wirtschaftlicher Erfolg kann nur gelingen, wenn er nachhaltig ist. Es braucht daher nicht entweder Wachstum oder Nachhaltigkeit, sondern nachhaltiges Wachstum“, so der Bundeskanzler.

Bundespräsident: »Nach 50 Jahren Diskussion muss etwas geschehen«

Bundespräsident Alexander Van der Bellen, der wieder den Ehrensitz des Gipfels innehatte, erinnerte daran, daß es bei allen Veränderungen die Pioniere seien, „die voran gehen, bis aus einer Vision eine Bewegung wird, die nicht mehr aufzuhalten ist“ – und diese brauche es, um den Wandel des Weltklimas zu stoppen.

Der Pariser Klimavertrag sei zwar historisch, „ob er reicht, ist aber nicht sicher“, stellte Van der Bellen fest. Der Umstieg von fossilen auf CO₂-neutrale Energien sei leicht gesagt, „aber nicht weniger als eine neue industrielle Revolution“, eine Revolution die man schaffen müsse und schaffen werde.

„Aber wir sind an einem Wendepunkt angelangt“, führte der Bundespräsident weiter aus. Es ginge nicht um heißere Tage, um eine größere Zahl an Unwettern, intensivere Gewitter oder längere Trockenperioden. „Es geht darum, die letztlich irreversiblen Folgen des Klimawandels zu verhindern“, und nach etwa 50 Jahren der Diskussion müsse etwas geschehen, denn „was wir nicht jetzt tun, wird uns später viel mehr auf den Kopf fallen.“

Österreich habe den Kampf gegen den Klimawandel als kleines Land genau so mitzutragen, „wir können noch viel besser werden. Die österreichische Klimastrategie solle ein Vorbild für die EU werden.“ Van der Bellen lobte abschließend die Idee für einen CO₂-Mindestpreis und prophezeite mit Blick in Richtung der UN-Klimakonferenz 2018 in Kattowitz unter österreichischer EU-Ratspräsidentschaft: „Das wird ein hartes Stück Arbeit.“



Bundeskanzler Sebastian Kurz



Ex-Gouverneur Arnold Schwarzenegger



UN-Generalsekretär António Guterres

UN-Generalsekretär: Kein Problem ist so groß wie der Klimawandel

UN-Generalsekretär António Guterres betonte, daß es auch um die nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) ginge, mit denen sich die UN-Staaten bis 2030 dazu verpflichteten, die Lebensumstände ihrer Bevölkerung und ihr Umweltverhalten zu verbessern, und dass die in Paris festgelegten Ziele nicht ausreichen werden. „Jeden Tag sehe ich die Probleme der Welt, aber keines ist so groß wie der Klimawandel.“

Hier zu scheitern, würde auch alle anderen Ziele obsolet machen, daher brauche man alle Ressourcen, um die Klimaziele zu erreichen. Dafür brauche es Führungsqualitäten und Innovationskraft, forderte der UN-Generalsekretär in seiner Ansprache. Rund ein Fünftel der Energie werde bereits durch Erneuerbare geliefert, die Preise dafür in den vergangenen Dekaden gesunken und die Investitionen in diesen Sektor steigen, sagte er weiter. „Grüne Energie macht nicht nur aus klimatischen Überlegungen Sinn, sondern auch aus wirtschaftlicher Hinsicht“, argumentierte Guterres.

Schwarzenegger gegen »Opferrolle« beim Kampf gegen fossile Energien

Arnold Schwarzenegger, ehemaliger Gouverneur von Kalifornien, sah bei seinen MitstreiterInnen gegen den Klimawandel zu oft die Opferrolle eingenommen. „Man muß aufzeigen, was bereits hier und jetzt passiert“, sagte er angesichts von Millionen Toten durch Luftverschmutzung.

„Das sind mehr Tote als durch Aids, als durch Tuberkulose, mehr als durch Kriege getötet werden“ – über diese täglichen Tragödien müsse man sprechen. Schwarzenegger bezog sich auf eine kürzlich publizierte Studie der WHO, wonach mehr als 90 Prozent der Menschen verschmutzter Luft ausgesetzt und rund sieben Millionen Menschen daran jährlich sterben. Mit Optimismus solle man den Kampf gegen die fossilen Energieformen bestreiten: „Ihr könnt Euch nicht verstecken, wir sind die Gewinner.“

Köstinger: Klimaschutz hört nicht bei unseren Grenzen auf

Der erste der beiden Fachdialoge im Festsaal widmete sich anschließend dem Thema der Zielerfüllung. Als die Schwierigkeit, „den Widerspruch zwischen Innovation, Wachstum und Klimaschutz aufzulösen“, bezeichnete Umweltministerin Elisabeth Köstinger die Aufgabe, eine integrierte Klima- und Energiestrategie zu erstellen.

Österreich, Europa und die Welt



Foto: HBF / Carina Karlovits

Bei der Eröffnung von R20 Austrian World Summit in der Wiener Hofburg (v.r.): Bundeskanzler Sebastian Kurz, der ehemalige Gouverneur von Kalifornien, Arnold Schwarzenegger, Bundespräsident Alexander Van der Bellen, UN-Generalsekretär António Guterres und Schwarzeneggers Begleiterin Heather Milligan

„Europa macht sich auf den Weg in eine dekarbonisierte Zukunft und Österreich wird mit der Klima- und Energiestrategie seinen Beitrag dazu leisten. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um eine Allianz mit Mitgliedsstaaten zu bilden, um einen CO₂-Mindestpreis auf EU-Ebene einzuführen. Es freut mich, hier mit Frankreich einen wichtigen Partner gefunden zu haben“, so Köstinger. Österreich sei, was die ökologische Erzeugung von Strom betrifft, international ein Vorbildland. Schon jetzt werden 70 Prozent aus erneuerbaren Energieträgern erzeugt, bis 2030 sollen 100 Prozent erreicht werden. „Klimaschutz hört aber nicht bei unseren Grenzen auf. Wir müssen hier auch europaweit und international agieren. Nationale Alleingänge sind da keine dauerhafte Lösung, wir brauchen hier eine gemeinsame europäische Vorgehensweise“, so Köstinger.

Solberg und Sefcovic

Die norwegische Premierministerin Erna Solberg betonte den Lenkeffekt von CO₂-Steuern, denn obwohl das Land weiterhin fossile Energie produziere, falle hier ein relativ kleiner Fußabdruck an.

Der Transformationsprozeß zu den Erneuerbaren sei auch Ziel der EU, hielt Kommissions-Vizepräsident Maros Sefcovic fest. Neben entsprechenden Gesetzen und Finanzierung müsse man den Bürgern „aber auch die Vision vor Augen führen“. „Wir müssen zeigen, daß wir etwa anzubieten haben, daß es keinen Grund gibt, sich Sorgen zu machen – auch während des Übergangs.“



Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Ex-Geouverneur Arnold Schwarzenegger bei der Aufnahme einer Videogrüßbotschaft mit dem Smartphone



Foto: HBF / Carina Karlovits

... und begrüßt die britische Verhaltensforscherin und Naturschützerin Jane Goodall

Drei Schwerpunkte

Ein Ziel des Gipfels war es, das Bewußtsein zu schärfen und die gemeinsame Expertise zu nutzen, um die Weichen für die Zukunft zu stellen, von der alle in der globalen Gesellschaft profitieren. Eine gesunde Umwelt betrifft alle Aspekte der Gesellschaft, deshalb baut der R20 Austrian World Summit neue Brücken zwischen den Hauptakteuren, die sich auf die folgenden drei Schwerpunkte konzentrieren:

Eine neue Ära der Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen

Im Rahmen des R20 Austrian World Summit wurden innovative Finanzierungsmechanismen zur Beschleunigung von Klimaschutz- und Umweltprojekten diskutiert. Die Ermöglichung nachhaltiger Investitionen und der Zugang zu Finanzierungsinstrumenten für lokale und regionale Gebietskörperschaften werden für die Steuerung des Investitionskapitals von entscheidender Bedeutung sein. Finanzinstitute und private Stiftungen können wesentlich zur globalen Bewegung des Klimaschutzes beitragen .

Den Weg für neue Lösungen ebnen

Städte und Regionen sind führend bei der Bereitstellung neuer Lösungen in vielen Bereichen: Vom Bau der Städte der Zukunft über Konzepte für die Mobilität der Zukunft bis hin zu intelligenten Lösungen für neue Energieversorgungsmodelle. Die Zusammenarbeit auf subnationaler Ebene wird zu einem wichtigen Motor für den Wandel im Klimaschutz und bei der Bekämpfung der Umweltverschmutzung.

Der Kampf gegen die Umweltverschmutzung

Nach aktuellen wissenschaftlichen Untersuchungen verursacht die Luftverschmutzung weltweit neun Millionen Todesfälle pro Jahr. Damit ist sie das weltweit größte Umwelttrisiko. Rechtliche Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität werden daher zu einem entscheidenden Element bei der Umsetzung von Regulierungsmaßnahmen und -normen.

Zahlreiche weitere Fachdialoge standen beim „Austrian World Summit“ noch am Programm, die „R20 Movie Night“ im Gartenbaukino beendete dann den zweiten Gipfel in Wien. Die Arbeit der Initiative geht hingegen weiter. „Wir sind kein Eintages-Showbusiness-Event“, hielt Monika Langthaler-Rosenberg, Direktorin von R20 Austria & EU fest, da R20 ganzjährig an grünen Projekten mitwirkt.

Österreich, Europa und die Welt

Gemeinsam für nachhaltige Zukunft

Im Jahr 2010 gründete Arnold Schwarzenegger die internationale Klimaschutzorganisation R20 – Regions for Climate Action. Ganz nach dem Motto: „Less Talk – More Action“ hat sie sich als internationaler „Matchmaker for Green Solutions“ etabliert.

Der R20 Austrian World Summit ist ein jährlicher Klimagipfel zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens und der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen, organisiert von R20 Austria & EU. Die Ergebnisse der Konferenz werden in die nächste Klimaschutzkonferenz der UN im Dezember im polnischen Katowice eingebracht.

Der R20 Austrian World Summit arbeitet mit vielen wichtigen Partnern aus der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft zusammen. So waren heuer nicht nur erneut die UN (United Nations) ein Partner, sondern auch das Städte-Netzwerk C40 (Cities Climate Leadership Group), die Regioneninitiative ICLEI (International Council for Local Environmental Initiatives), das Langenburg Forum, das Vienna Energy Forum, die Versammlung der Regionen Europas und viele mehr.

Einen ganz besonderen Mehrwert hat der R20 Austrian World Summit durch seine enge Vernetzung mit der Klimaschutzinitiative des französischen Präsidenten Macron – dem One Planet Summit – und der Initiative des kalifornischen Gouverneurs Jerry Brown, dem Global Climate Action Summit.

Im Sinne des Talanoa-Dialogs 2018, des traditionellen Prozesses der partizipativen und transparenten Konversation pazifischer Inselstaaten wie Fidschi, wird der Gipfel Ideen, Fähigkeiten und Erfahrungen durch Geschichtenerzählen, angewandtes praktisches Wissen und Spitzentechnologie austauschen, um Pioniere zu inspirieren, die für eine nachhaltige Zukunft arbeiten.

<http://www.austrianworldsummit.com/>



Foto: BKA / Dragan Tatic

v.l.: UN-Generalsekretär António Guterres, Bundesministerin Elisabeth Köstinger, Arnold Schwarzenegger, Bundeskanzler Sebastian Kurz, Niederösterreichs Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Norwegens Premierministerin Erna Solberg



Foto: R20 / Martin Hesz

Arnold Schwarzenegger mit Wiener Sängerknaben, die das Gipfeltreffen eröffneten



Foto: R20 / Martin Hesz

Bundeskanzler Sebastian Kurz und Arnold Schwarzenegger im Blitzlichtgewitter der internationalen PressevertreterInnen

Europatag: SchülerInnen aus 28 EU-Mitgliedsstaaten

Bundespräsident Alexander Van der Bellen fragt sich, ob EU-Staaten »genug Klebstoff« haben – Schüler fordern mehr politische Bildung: »Wir sind 20 Prozent der Bevölkerung, aber 100 Prozent der Zukunft«



Foto: Carina Karlovits / HBF

Schülerinnen und Schüler aus 28 EU-Mitgliedsstaaten waren am Europatag zu Gast bei Bundespräsident Alexander Van der Bellen.

Bundespräsident Alexander Van der Bellen hat zum Europatag am 9. Mai je eine Schülerin oder einen Schüler aus jedem Mitgliedsstaat der Europäischen Union zu einem Gespräch in der Hofburg empfangen. Ganz ruhig sei er nicht, wenn er an die Zukunft der EU denke, eröffnete er die Diskussion mit den 28 Jugendlichen. „Was meinen Sie? Haben wir genug Klebstoff, genug Dinge, die uns zusammenhalten?“

Mehr politische Bildung in Schulen und eine umfassendere Klimapolitik – das sind die Hauptforderungen der SchülerInnen, die gemeinsam mit dem Vertreter der EU-Kommission in Österreich, Jörg Wojahn, an der Diskussion teilnahmen. Die Eingangsfrage des Präsidenten nach dem Zusammenhalt der EU-Staaten bejahten sie, doch sie kritisierten das mangelnde Engagement der nationalen Politiker für den europäischen Einigungsprozess.

Doch es stehe viel Arbeit bevor. Immer wieder nennen sie das Beispiel Brexit für die Entwicklung in die falsche Richtung. „Die Jungen haben aber gegen den Austritt gestimmt. Die wissen, was gut wäre“, sagte der

Slowene Darin Lovric. Die jungen BritInnen gingen aber nicht zur Wahl. Der Schlüssel liege in besserer Bildung, meinen die SchülerInnen. Sie wollen ein Fach Politische Bildung. Man müsse mehr darüber lernen, wie Politik funktioniert und wer da in Brüssel sitzt. „Wir sind 20 Prozent der Bevölkerung, aber 100 Prozent der Zukunft“, unterstrich die Rumänin Benita Leonte. Da müsse mehr investiert werden.

Und von den VertreterInnen in Brüssel fordern die Jugendlichen weniger Nationalismus. „Malta verhindert Regulierungen zum Thema Korruption, Irland zum Thema Steuerflucht. Sowa sollte es nicht geben, das verlangsamt die Entwicklung der Union“, sagte Elias Debono aus Malta. Er zeigte sich enttäuscht, daß es heute keine PolitikerInnen gibt, die wirklich für die EU brennen und mehr vorwärtstreiben.

Auch das Thema Flüchtlinge kam immer wieder auf. Man müsse für mehr Solidarität eintreten und Menschen fairer verteilen. In Zukunft werde das immer wichtiger, da sich vor allem wegen den Auswirkungen des Klimawandels in den nächsten Jahrzehnten noch

viele Menschen auf den Weg nach Europa machen werden, sagte Fiona Bogensberger, die Österreich bei dieser Diskussion vertrat. Hier habe die EU eine wichtige Rolle, mehr im Kampf gegen die Erderwärmung zu machen, vor allem in erneuerbare Energie müsse viel investiert werden. Die einzelnen Nationalstaaten engagierten sich da nicht ausreichend.

Gemeinsam sei man stärker, ließen die SchülerInnen immer wieder durchklingen. Das gelte auch für die Weltbühne. Hier müsse man nicht nur aktiver auftreten, die Europäische Union sei auch ein wichtiges Vorbild für viele ähnliche Bündnisse rund um den Globus. „Zusammenschlüsse gibt es ja auch in anderen Teilen der Welt“, sagte die Schwedin Moa Lyth Brand. Diese würden beobachten, was in der EU passiere.

Außerdem wünschen sich die SchülerInnen, daß dem Europatag am 9. Mai größere Bedeutung zugemessen wird. „Der Nationalfeiertag am 26. Oktober wird gefeiert. Es sollte am Europatag Volksfeste in der ganzen Union geben“, sagte die Rumänin Leonte. ■ <http://www.bundespraesident.at>

Hochrangige Asien-Konferenz

Sicherheitsherausforderungen in Europa und Asien – Zukunftsperspektiven für effektiven Multilateralismus? Außenministerin Karin Kneissl: »Österreich setzt auf effektiven Multilateralismus um globale Herausforderungen anzugehen.«



Foto: BMEIA / Mahmoud

v.l.: CTBTO-Chef Lassina Zerbo, UNIDO-Generaldirektor Yong LI, Generaldirektor der Vereinten Nationen in Wien, Yury Fedotov, Botschafter Andreas Riecken, Leiter Sektion III – EU und Multilaterale Angelegenheiten im BMEIA, Außenministerin Karin Kneissl, OSZE-Generalsekretär Thomas Gremlinger und die und der Leiterin des Regionalzentrums für vorbeugende Diplomatie der UNO für Zentralasien, Natalia Gherman

Die regelbasierte internationale Ordnung ist massiv unter Druck geraten, besonders im eurasischen Raum. Einseitigkeit, Undifferenziertheit und populistischer Eigenzentrismus sind Gift für Sicherheit, Stabilität und Wohlstand. Hier wollen, ja hier müssen wir gegensteuern – und das geht nur gemeinsam“, so Außenministerin Karin Kneissl am 16. Mai bei der Konferenz zum Thema „Effective Multilateralism in a Globalized World – The Case of Europe and Asia Pacific“, die sie gemeinsam mit dem OSZE-Generalsekretär Thomas Gremlinger, dem Generaldirektor der Vereinten Nationen in Wien, Yury Fedotov, UNIDO-Generaldirektor Yong LI, CTBTO-Chef Lassina Zerbo und der Leiterin des Regionalzentrums für vorbeugende Diplomatie der UNO für Zentralasien, Natalia Gherman eröffnet hat. Hochrangige VertreterInnen zahlreicher internationaler Organisationen, allen voran der UNO und der OSZE, sowie aus den Bereichen Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft, befaßten sich darin mit zentralen Herausforderungen für die Sicherheit Europas und Asiens.

Zunehmende politische Instabilität, Unsicherheit sowie geopolitische Rivalitäten gefährden mehr denn je eine auf Zusammenarbeit beruhende Sicherheitsarchitektur. Man konzentrierte sich deshalb darauf, Wege für eine effektivere multilaterale Zusammenarbeit dieser beiden Regionen auszuloten.

„Als traditioneller Ort des Dialogs setzt Österreich auf effektiven Multilateralismus



Foto: BMEIA / Mahmoud

Außenministerin Karin Kneissl bei ihrer Eröffnungrede

um globale Herausforderungen anzugehen. Während der bevorstehenden EU-Ratspräsidentschaft wird Österreich in der zweiten Jahreshälfte alles daran setzen, den Multilateralismus wieder in den Vordergrund zu rücken“, betonte Kneissl.

Als Mitglied der OSZE-Troika und Vorsitz der Asien-Kontaktgruppe engagiert sich Österreich derzeit besonders im Bereich der Sicherheits- und Vertrauensbildung mit Fokus auf die asiatische Region und fördert hierbei das Konzept der umfassenden Sicherheit der OSZE.

„Der aktuelle Vorsitz in der Asien-Kontaktgruppe der OSZE deckt sich perfekt mit

der erhöhten geopolitischen Bedeutung, die das Außenministerium der asiatisch-pazifischen Region beimißt. Wir sind uns der beschleunigten geopolitischen Veränderungen, der zunehmenden Bedeutung dieser Region auf der Weltbühne bewußt. Es ist eine Notwendigkeit für uns, über unsere traditionelle außenpolitische Ausrichtung hinauszugehen und diese Region zu einer vollwertigen Priorität zu machen – nicht nur als eine Region von enormen wirtschaftlichen Möglichkeiten, sondern auch von politischer und sicherheitspolitischer Relevanz“, so die Außenministerin.

<http://www.bmeia.gv.at>

Vienna+25

Außenministerin Kneissl eröffnete internationale Expertenkonferenz »Vienna+25: Building Trust – Making Human Rights a Reality for All« im Wiener Rathaus



Foto: BMEIA / photonews.at / Anna Rauchenberger

vl.l.: Außenministerin Karin Kneissl, Susana Chiarotti (Menschenrechtsanwältin und Frauenrechtlerin, Argentinien), Max Schrems (Datenschutzaktivist und Gründer des NOYB - Europäisches Zentrum für digitale Rechte, Österreich), Hauwa Ibrahim (Menschenrechtsanwältin, Nigeria), Michael O'Flaherty (Direktor der EU-Agentur für Grundrechte), Zeid Ra'ad Al Hussein (UN-Hochkommissar für Menschenrechte), Nadia Murad (UNODC-Botschafterin für die Würde von Überlebenden des Menschenhandels, Irak), und ein Übersetzer

Globale Trends wie Digitalisierung, demographische Veränderungen oder Urbanisierung gehen mit Chancen aber auch komplexen Fragen für unser tägliches Leben einher. Menschenrechte sind bei all diesen Entwicklungen wichtige Instrumente für nachhaltige Sicherheit und sozialen Zusammenhalt“. Mit diesen Worten eröffnete Außenministerin Karin Kneissl die internationale Expertenkonferenz zu Menschenrechten. Die Konferenz wurde anlässlich des 25. Jubiläums der Wiener Weltkonferenz über Menschenrechte vom Außenministerium gemeinsam mit dem Hochkommissariat für Menschenrechte der Vereinten Nationen, der Stadt Wien und dem Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte am 22. und 23. Mai 2018 im Wiener Rathaus veranstaltet.

„Es muß uns allen zu denken geben, daß der Verteidigung von Grund- und Menschenrechten zunehmend mit Desinteresse oder gar Mißtrauen begegnet wird. Wir haben uns daher dazu entschieden, aktuelle Trends, die in der einen oder anderen Form im Leben jeder einzelnen Person Niederschlag finden, ins Zentrum dieser Konferenz zu rücken,“ betonte die Außenministerin.

„Wir haben heute hier in Wien führende Experten aus aller Welt versammelt, um praxisorientierte Empfehlungen zu erarbeiten, die wir dann in den Vereinten Nationen, wie z.B. im UNO-Menschenrechtsrat, für den Österreich zur Zeit kandidiert, vorantreiben wollen“, so Kneissl.



Foto: BMEIA / photonews.at / Anna Rauchenberger

Außenministerin Karin Kneissl, Shams Asadi, Menschenrechtsbeauftragte der Stadt Wien, und Zeid Ra'ad Al Hussein, UN-Hochkommissar für Menschenrechte

Gemeinsam mit zahlreichen weiteren MenschenrechtsaktivistInnen und hochrangigen VertreterInnen internationaler Organisationen befaßten sich die UNO-Sonderbotschafterin Nadia Murad, der österreichische Datenschutzexperte Max Schrems, der stellvertretende UNO-Generalsekretär Fabrizio Hochschild und der Direktor der EU-Grundrechteagentur Michael O'Flaherty mit den zentralen Herausforderungen für Menschenrechte. Unter dem Leitgedanken „Vertrauen schaffen – Menschenrechten für alle verwirklichen“ standen die Themen „Menschenrechte und Sicherheit“ und die „Förderung

von Gleichberechtigung in unseren Gesellschaften“ im Mittelpunkt der Diskussionen.

„Die Weltkonferenz über Menschenrechte setzte 1993 wichtige Meilensteine für den weltweiten Menschenrechtsschutz. 25 Jahre später muß es unser Ziel bleiben, auch in Zukunft die Würde und Rechte aller Menschen in den Mittelpunkt unseres politischen Handelns zu stellen. Hierbei bedarf es einer engen Partnerschaft zwischen Regierungen und der Zivilgesellschaft“, so Außenministerin Karin Kneissl abschließend. ■

<http://www.bmeia.gv.at>

<http://www.unhcr.org/dach/at>

Der Sommerurlaub naht

Die wichtigsten Vorkehrungen bei Auslandsreisen

Eine gute Vorbereitung und die Beachtung einiger wichtiger Reisehinweise bringt Sicherheit und erspart Unannehmlichkeiten.

Beherzigen Sie daher vor allem folgende Punkte:

Reisedokumente

Bei jedem Grenzübergang wird ein gültiges Reisedokument benötigt, auch bei Reisen in Schengen-Staaten (Reisepaß oder innerhalb der EU ein Personalausweis, nicht aber der Führerschein).

Informationen zum Zielland

Informieren Sie sich über Ihr Zielland (gültiges Reisedokument, Visum, Impfungen, etc.) und halten Sie sich auch während Ihrer Reise auf dem Laufenden. Beachten Sie die rechtlichen Hinweise zu den Reiseinformationen sowie die länderspezifischen Reiseinformationen.

Regionale Hinweise

In vielen Erdteilen und Ländern gibt es ausgeprägte regionale Sicherheitsrisiken wie Erdbeben, Wirbelstürme, Terrorgefahr und ähnliches. Vor Reisen in solche Weltgegenden sollten Sie sich über diese Gegebenheiten genau informieren und darauf vorbereiten.

Schließen Sie unbedingt eine Reiseversicherung ab!

Der Abschluß einer alle Risiken umfassenden Zusatzversicherung für Krankheitsfall und Krankenrücktransport mit ausreichender Gültigkeitsdauer und Leistungsumfang wird für viele Länder dringend angeraten.

In dringenden Fällen ist das Bürgerservice oder der Bereitschaftsdienst des Außenministeriums unter der Rufnummer +43 1 90115-4411 rund um die Uhr erreichbar. Für allgemeine Anfragen steht an Werktagen in der Zeit von 8:30 bis 17:00 Uhr die Rufnummer +43 1 90115-3775 zur Verfügung.

Weiterführende Informationen sind auf der Homepage des BMEIA abrufbar:
<https://www.bmeia.gv.at/reise-aufenthalt/>

Ein Beitrag des Bürgerservice im Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres ▼

Notfälle im Ausland

Geben Sie vor Ihrer Abreise Angehörigen oder Freunden Ihre Reiseroute und Erreichbarkeit im Ausland bekannt. Sollte an Ihrem Urlaubsort eine Krise ausbrechen (Naturkatastrophen, Unfall, Anschlag, gewalttätige, politische Unruhen), melden Sie sich bitte bei Ihren Angehörigen und Freunden oder der nächstgelegenen österreichischen Vertretungsbehörde (Botschaft, Generalkonsulat, Honorarkonsulat).

Abschließend noch ein zwei wichtige, oft gestellte Fragen & Antworten

Welche Art von Hilfe kann von österreichischen Auslandsvertretungen angeboten werden?

- Ausstellung eines Notpasses bei Paßverlust,
- Information bzw. Hilfestellung bei der Geldbeschaffung,
- Gewährung eines Heimsendungsdarlehens gegen Verpflichtung der späteren Rückzahlung: bei unverschuldeter Notlage, gegen Verpflichtung der späteren Rückzahlung, nur falls eine aufrechte polizeiliche Meldung in Österreich besteht,
- Information der Angehörigen bei Unfall oder Todesfall,
- Nach Möglichkeit Bereitstellung von Kontaktdaten von Ärzten, Spitälern, Anwälten und Übersetzern zur unverbindlichen Auswahl,
- Mithilfe bei Rücktransporten von Kranken, Verletzten oder Verstorbenen,
- Information der Angehörigen und Vermittlung eines Rechtsanwalts auf Ko-

sten eines Inhaftierten sowie Besuch des Häftlings im Gefängnis,

- Intervention bei Haftfällen bei unzureichenden Haftbedingungen (Zelle, Verpflegung, ärztliche Betreuung),
- Veranlassung von Nachforschungen nach Vermißten und
- Weiterleitung dringender Nachrichten an Betroffene oder deren Angehörige

Was kann die österreichische Auslandsvertretung *nicht* tun?

- Bezahlung von Hotelschulden; Geldstrafen oder Krankenhauskosten; Weiterfinanzierung eines Urlaubs bei Geldverlust; Tätigwerden als Bank, Reisebüro, Krankenkassa oder Postamt für postlagernde Briefe und Pakete; Detektivbüro oder Arbeitsamt; Bereitstellung von Mitteln für Kautionen und Anwaltskosten,
- Ausstellung eines Passes am Flughafen; Hilfe bei Einreise in ein Land, falls der Reisepaß nicht gültig ist bzw. kein gültiges Visum vorhanden ist,
- Sicherstellung einer besseren Behandlung in einem Spital oder Gefängnis,
- Kriminalpolizeiliche Ermittlungen; Eingreifen in laufende Gerichtsverfahren oder Weisungen an örtliche Behörden; Wahrnehmung anwaltlicher Tätigkeiten oder Vertretung einer Partei vor Gericht,
- Kostenübernahme einer Such- oder Rettungsaktion, die seitens lokaler Behörden in Rechnung gestellt wurden, und
- Übernahme der Überführungskosten von Verstorbenen in die Heimat oder von deren Bestattungskosten vor Ort.



EUROPA
INTEGRATION
ÄUSSERES
BUNDESMINISTERIUM
REPUBLIK ÖSTERREICH

La Biennale di Venezia

Der Österreich Pavillon auf der 16. Internationalen Architekturausstellung Venedig



© Österreich Pavillon 2018, Foto: Martin Mischkulnig

Außenansicht des Österreich Pavillons auf der 16. Internationalen Architekturausstellung Venedig

Der Österreich-Beitrag „Thoughts Form Matter“ ist ein Plädoyer für die Kraft von Architektur als intellektuelle Auseinandersetzung mit der Welt und für die Freiheit, Räume auch abseits funktionaler und ökonomischer Zwänge zu denken. LAAC, Henke Schreieck und Sagmeister & Walsh schaffen eine konzeptuell und materiell vielschichtige Rauminstallation, in der Innen und Außen, Vertikal und Horizontal sowie der historische Pavillon und zeitgenössische Architektur- und Designsprachen aufeinander treffen.

„Thoughts Form Matter“ läßt Räume entstehen, die jene Qualitäten wahrnehmbar machen, welche die ArchitektInnen und DesignerInnen mit ihrer Arbeit erzeugen wollen. Die Teams verstehen in ihren Beiträgen „Freiraum“ sowohl als räumliches als auch ideelles Konstrukt, als komplex dynamisches System, als wandlungsfähige Sphäre, geprägt durch Koexistenz. Begriffe wie „Abweichung“, „Atmosphäre“ und „Schönheit“ materialisieren sich in einer dreiteiligen, ineinander greifenden Rauminstallation.

Genrot Blümel Bundesminister für EU, Kunst, Kultur und Medien

Mit „Thoughts Form Matter“ bettet sich die Ausstellung im Österreich Pavillon in den Kontext des Generalthemas ein – „Free-space“. Die Hauptkuratorinnen der Biennale Architettura 2018, Yvonne Farrell und Shelley McNamara, die gemeinsam Grafton Architects leiten, beschreiben Freiraum oder Freiräume in ihrem 2017 veröffentlichten Manifest als „Großzügigkeit des Geistes“. Sie stellen Humanität im Sinne geistiger Offenheit in den Mittelpunkt ihrer Architektur-Agenda und übersetzen diese Haltung in ihrem architektonischen Schaffen als Achtsamkeit im Umgang mit Ressourcen, vor allem aber als Anspruch, hochwertige räumliche Qualitäten zu erzeugen. Die Architekturbiennale 2018 läßt die Kraft und die Schönheit von Architektur offenbar werden, in der Komplexität und Materialität von Oberflächen und in der Qualität der architektonischen Inszenierung als Ausdruck für dahinter liegende Haltungen.

„Ich freue mich sehr, daß Verena Konrad als verantwortliche Kuratorin und Kommissarin für den Österreich-Pavillon gewonnen werden konnte. Sie hat LAAC, Henke Schreieck und Sagmeister & Walsh als Teilnehmerinnen und Teilnehmer gewählt, in deren Arbeiten die Beschäftigung mit gedanklichen und gestalterischen Freiräumen eine zentrale Rolle einnimmt“, so der Minister. „Die Teilnahme Österreichs an der Biennale Architettura in Venedig stellt einen wichtigen Beitrag zum internationalen Diskurs über Architektur- und Baukulturthemen dar. Zeitgleich bietet eine der renommiertesten Architekturschauen die einzigartige Möglichkeit, auf das aktuelle Architekturgeschehen unseres Landes aufmerksam zu machen und dieses in einem internationalen Diskurs zu verankern. Ich bedanke mich bei LAAC, Henke Schreieck, Sagmeister & Walsh sowie Verena Konrad, wünsche der Ausstellung viel Erfolg und freue mich auf die sicherlich positive Resonanz der Besucherinnen und Besucher“, erklärte Blümel.

Österreich, Europa und die Welt

Foto: BKA / Andy Wenzel



Bundesminister Gernot Blümel (r.) mit den Grafikdesignern Jessica Walsh (4.v.l.) und Stefan Sagmeister (3.v.l.), den Architekten Dieter Henke (l.) und Marta Schreieck (2.v.l.), Frank Ludin (4.v.r.), Kathrin Aste (3.v.r.), und der Kommissärin und Kuratorin Verena Konrad (2.v.r.).

Verena Konrad Kommissärin und Kuratorin des Österreich-Beitrags

„Der Österreich-Beitrag zur Biennale Architettura 2018 ist ein Plädoyer für eine gestalterische Praxis, die sich als ein Formulieren von Ideen versteht. Architektur als kulturelle Praxis setzt auf Inhalt statt auf gebaute Funktionsschemen. Der Inhalt ist eine Vision von Zusammenleben und das Vermögen, bestehende Regelwerke zu hinterfragen und neu zu erfinden. Im Streben nach diesem kontextuell immer wieder Neuen, entstehen Dinge von Bedeutung. Im Kleinen wie im Großen. In Relation zum Vorhandenen. Im Rück- und Ausblick auf das, was denkbar ist“, sagte Konrad.

„Architektur ist heute ein weites Feld und vernetzt mit vielen anderen Disziplinen. Die Komplexität der Anforderungen, die heute an ArchitektInnen und GestalterInnen gestellt werden, machen eine permanente, intellektuelle Rückversicherung notwendig, damit sich Architektur und Design nicht in Pragmatismen verlaufen und in einer neoliberalen Logik aufgehen, die von Rationalisierungsmomenten und Effizienzstreben beherrscht wird und Architektur nicht nur im Dienst einer ästhetischen Ökonomie ihren Platz findet“, so Konrad. GestalterInnen würden Theorie, Konzepte, eine ausformulierte Haltung brauchen, um die politischen, sozialen und kulturellen Implikationen des eigenen Handelns kritisch reflektieren zu können. „LAAC, Henke Schreieck und Sagmeister & Walsh beschreiben ihre Praxis als abstrakten Denkprozeß, der eine konkrete Form sucht, in der Ästhetik, Funktion und Konstruktion zu einer Balance finden. Basis dafür ist immer eine Analyse der Aufgabe in ihrem gesamtgesellschaftlichen Kontext und

der Produktionsbedingungen, die ebenso Teil dieser kulturellen Setzung sind.“

„Der Beitrag ‚Thoughts Form Matters‘ nimmt auf diese Vielschichtigkeit Bezug. So haben sich die drei geladenen Teams sowohl mit dem räumlichen wie auch historischen Kontext der Biennale di Venezia und mit dem Generalthema ‚Freespace‘ auseinandergesetzt, dem Ort und seinen Bezügen, mit der Biennale di Venezia als institutioneller Größe, mit dem Pavillon, der von den BesucherInnen mit rezipiert wird. In drei Installationen, die sich inhaltlich und räumlich überlagern und überschneiden, nähern sich LAAC, Henke Schreieck und Sagmeister & Walsh dem Prinzip von Architektur und Gestaltung als Erzeugen eines neuen Kontextes und als relationale Größe. Wir deuten ‚Freespace‘ damit als räumliches als auch ideelles

Konstrukt, als komplex dynamisches System, als wandlungsfähige Sphäre, geprägt durch Koexistenz. Drei Rauminstallationen, die teilweise ineinander übergehen, materialisieren bzw. visualisieren zentrale Begriffe wie ‚Atmosphäre‘, ‚Abweichung‘ und ‚Schönheit‘ als Ausformulierungen dieses Gedankenkonstrukts, die die BesucherInnen einladen, sich selbst in diesem Gefüge als AkteurInnen zu positionieren, und Haltung einzunehmen“, schloß die Kommissärin.

LAAC | Innsbruck Kathrin Aste und Frank Ludin

Seit mehr als zehn Jahren entwickelt, erforscht und lehrt das international tätige Architekturbüro LAAC innovative Antworten auf urbane und landschaftliche Herausforderungen. Das Büro wird von Kathrin



»Thoughts Form Matter« – Ausstellungsansicht mit »Sphäre 1:50.000« (LAAC) und »Layers of Atmosphere« (Henke Schreieck) und »Beauty=Function« (Sagmeister & Walsh)

Österreich, Europa und die Welt

© Österreich Pavillon 2018, Foto: Martin Mischkulnig



»Thoughts Form Matter« – Ausstellungsansicht mit »Layers of Atmosphere« (Henke Schreieck)

Aste und Frank Ludin geleitet und arbeitet in Teams aus ArchitektInnen, KünstlerInnen, GrafikerInnen und einem Netzwerk aus PartnerInnen und ExpertInnen verschiedener Disziplinen. Neben öffentlichen Bauten im Bereich Kultur-, Bildungs- und Sportstättenbau sowie repräsentativen und funktionalen Büro- und Industriebauten, fokussiert sich LAAC insbesondere auch auf Landschafts- und Freiraumgestaltungen, die von landschaftlichen Interventionen und Platzgestaltungen bis zu großmaßstäblichen Masterplänen reichen.

Ausgewählte Projekte

Landhausplatz Innsbruck (2010), Stadtnaht Dornbirn (2017), MPREIS Weer (2017), Pema 2 Stadtbibliothek, öffentlicher Raum, Wohnen, Innsbruck (in Bau), Copa Cagrana Neu, Wien (in Bau)

»Sphäre 1: 50.000«
Installation, 2018

LAAC nähert sich in der Arbeit „Sphäre 1:50.000“ dem Freiraum in Form einer räumlichen Abweichung. In den Pavillon wird eine gekrümmte Kreisfläche eingeschrieben, die das Segment einer Sphäre offenbart. Der kugelförmige Körper steht im Maßstab 1:50.000 zur Erde und dezentralisiert das symmetrische Bauwerk.

Die spiegelnde Oberfläche des gekrümmten Bodens öffnet vielfältige Raumbezüge. Man sieht sich dort, wo man nicht ist und vergegenwärtigt gleichzeitig jenen Ort, an dem man sich befindet. So wird der Spiegel zum Instrument der Abweichung anstatt der Symmetrie und erzeugt visuelle sowie ge-

dankliche Möglichkeitsräume. Dieser Ort oszilliert zwischen der absoluten Raumvorstellung des Pavillons und einem relationalen Ansatz, der die unterschiedlichen Bestandteile der Ausstellung in Beziehung zueinander setzt und verbindet.

Henke Schreieck | Wien
Dieter Henke und Marta Schreieck

Dieter Henke und Marta Schreieck haben an der Akademie der Bildenden Künste in

Wien studiert. Gemäß ihrem Credo „Architektur ist Städtebau“ entstanden in 35jähriger Zusammenarbeit unterschiedlichste Projekte, die sich im gleichen Maße dem Auftraggeber wie der Gesellschaft verpflichtet fühlen. Sie haben zahlreiche Preise, Auszeichnungen und Einladungen zu internationalen Ausstellungen erhalten. Beiträge von Henke Schreieck waren bereits 1996 und 2008 auf der Biennale Architettura zu sehen.

Ausgewählte Projekte

Wohnhaus ÖBV Wien (1993), Sozial- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Innsbruck (1998), Parkhotel Hall (2003), Bürohochhaus OMV Wien (2008), Borealis Innovation Headquarters Linz (2009), Haus mit zwei Höfen Burgenland (2012), Erste Campus Wien (2015), TriIple Wohnhochhäuser Wien (ab 2012)

»Layers of Atmosphere« Installation, 2018

In der Arbeit „Layers of Atmosphere“ erzeugen Henke Schreieck mit einer zweiteiligen Rauminstallation unterschiedliche Atmosphären in zwei identen Räumen: hell und dunkel, dicht und licht, konstruktiv und poetisch, West und Ost begegnen sich als Gegenüberstellungen. Konstruktionsweise, Materialität, Farbe und Lichtstimmung erwirken duale Raumqualitäten. Von einer begehbaren Holzkonstruktion taucht man über eine Brücke in den Lichtraum aus Papier, durch des-



»Thoughts Form Matter« – Videostill aus »Beauty=Function« (Sagmeister & Walsh)

Österreich, Europa und die Welt

sen Materialität und Durchwanderung auch Geräusche, Zeit und Bewegung hinzukommen. Freiraum, das ist nicht nur der unbebaute Raum, sondern die Wirkung von Atmosphäre, die sich aus Wahrnehmung, Beziehung und Kontext ergibt.

Sagmeister&Walsh | New York Stefan Sagmeister und Jessica Walsh

Stefan Sagmeister und Jessica Walsh sind Creative Directors und Partner bei Sagmeister & Walsh. Stefan Sagmeister wurde bekannt durch seine Arbeiten für The Rolling Stones, Talking Heads, HBO, OK Go, BMW, Guggenheim Museum, Aerosmith und viele andere. Zahlreiche Ausstellungs-beteiligungen und Vorträge. Nach dem Erfolg der „Happy Show“ und des „Happy Film“, den er mit Ben Nabros 2016 am Tribeca Film Festival vorstellte, arbeitet das Büro zur Zeit an einem Projekt zum Thema „Beauty“. Die Arbeiten von Jessica Walsh wurden bereits vielfach ausgestellt und publiziert. Zahlreiche Vorträge bei Festivals, Kongressen und Konferenzen. Designkampagnen u.a. für Snapchat Spectacles, Cinopolis, The Aldrich Museum und The Jewish Museum New York.



Foto: BKA / Andy Wenzel

Bundesminister Gernot Blümel (r.) anlässlich der Ausstellungseröffnung

»Beauty = Function« – Installation, 2018

„Beauty = Function“ stellt die Frage nach dem ästhetischen Anspruch von Architektur und nach der Notwendigkeit des Schönen im Alltag. In zwei Projektionen, angereichert mit Bildwelten aus der zeitgenössischen (Pop-) Kultur greifen sie das kontrovers diskutierte Thema um Funktion und Schönheit auf. Ma-

terialität und Zeit spielen hier eine gänzlich andere Rolle. Das Digitalschöne und sein Einfluss auf die Rezeption von Architektur stehen im Vordergrund.

<http://www.laac.eu>

<http://www.henkeschreieck.at>

<http://sagmeisterwalsh.com>

<http://www.labiennale2018.at>



© Österreich Pavillon 2018, Foto: Martin Mischkulnig

Luftaufnahme vom Österreich Pavillon auf der '16. Internationalen Architekturausstellung Venedig

22. Eisenstädter Europatage

Die FH Burgenland lud gemeinsam mit RMB, WIBUG und dem Land Burgenland zu einem ganzheitlichen Blick in Vergangenheit und Zukunft der Europäischen Union.



Foto: FH Burgenland

v.l.: FH Burgenland GF Georg Pehm, RMB GF Harald Horvath, Department Wirtschaft-Leiterin Sylvia Ettl Huber, Stephan Schulmeister, Landeshauptmann Hans Niessl, MEP Evelynne Regner, Jörg Wojahn, EU Kommission in Österreich, Michael Kötritsch Moderato (»Die Presse«)

Was hat Österreich, was hat das Burgenland aus den wirtschaftlichen und kulturellen Potentialen der EU-Erweiterung gemacht? Das Department Wirtschaft der FH Burgenland lud – erstmals in Kooperation mit dem Land Burgenland, der Forschung Burgenland, dem Regionalmanagement Burgenland und der Wirtschaft Burgenland – am 4. und 5. Mai zu den Eisenstädter Europatagen ein. Zwei Tage lang blieb im Audimax der Fachhochschule kaum ein Platz leer.

„Seit dem EU-Beitritt 1995 hat sich das Burgenland von einer strukturschwachen Grenzregion zu einer aufstrebenden Wirtschaftsregion im Herzen Europas entwickelt. Nun gilt es, weiterhin für stabile Strukturen zu sorgen, diese zu festigen und für die neuen aber auch bestehenden Herausforderungen als Region an der Wohlstandskante zu Ungarn, der Slowakei und Slowenien bereit zu sein“, erklärte Landeshauptmann Hans Niessl, der die zweitägige Veranstaltung eröffnete. Der Landeshauptmann ging auch auf den von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und Kommissar Günther Oettinger am 2. Mai präsentierten Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 – 2027 ein und sieht diesen Vorschlag als Grundlage der jüngst gestarteten Budgetverhandlungen.

Durchaus kritisch näherte sich Wirtschaftsforscher Stephan Schulmeister in seiner Keynote zum Thema Zukunft der Europäischen Union, er belegte durch Darstellungen aus der Vergangenheit die Bedeutung realer durch die Wirtschaft erzielter Einnahmen als wesentlich für eine prosperierende EU-Volkswirtschaft und zieht diese den durch Finanzwirtschaft erzielte Umsätze vor.

Evelynne Regner, Mitglied des Europäischen Parlaments, beleuchtete die sozialen Potenziale der EU-Erweiterung und die Wichtigkeit einer starken Sozialen Säule und wies auch auf die besonderen Herausforderungen hin, denen sich das Burgenland, das an drei „neuen“ Mitgliedsländern mit höchster Förderquote und deutlich geringerem Mindestlohn stellen muß.

Der Vertreter der Europäischen Kommission in Österreich, Jörg Wojahn, beleuchtete mit seinem Beitrag „Der Platz in der ersten Reihe – Was Österreich tun muß, um bei der Europäischen Einigung mitzuspielen“ die Rolle, die Österreich im Rahmen der Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2018 einnimmt. Durch verschiedene Beispiele wies er auf die oft schwierige Situation der Kommission hin, durch Kompromisse Lösungen zu finden, denen die Mitgliedsstaaten zu-

stimmen können. Wojahn bedankte sich auch beim Landeshauptmann für dessen besonnenen Aussage zum aktuell von der Kommission präsentierten Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 – 2027, dies wäre ein Vorschlag, der jetzt verhandelt werden müsse – nicht mehr.

In einer Podiumsdiskussion erörterten die Vortragenden gemeinsam mit Landtagspräsident Christian Illedits, der das Burgenland im Ausschuß der Regionen präsentiert, über die aktuellen EU-Themen und stellten sich auch den Fragen der Studierenden.

Die neue Leiterin des FH-Departments Wirtschaft, Silvia Ettl-Huber, freute sich, daß die 22. Eisenstädter Europatage Schauplatz so angesehener SprecherInnen waren. Ettl-Huber: „Das Thema Burgenland im Herzen Europas ist für uns durchaus auch eine kritische Reflexion. Wir haben einen Studienschwerpunkt auf wirtschaftliche Beziehungen in die Staaten Mittel- und Osteuropas. Zeit, sich nach bald 25 Jahren zu fragen, ob wir auch in der Ausbildung der Studierenden genug tun, um die Potentiale der Erweiterung zu heben.“

<http://www.burgenland.at>

<http://www.fh-burgenland.at>

<https://ec.europa.eu/austria>

Infineons Milliardeninvestition stärkt Kärnten

LH Kaiser machte sich mit Regierungskollegium und dem Villacher Bürgermeister Albel ein Bild von den Ausbauplänen der Infineon Technologies AG – Vertrauensbeweis für den Wirtschaftsstandort

Es war die absolute Krönung zahlreicher Erfolgsmeldungen in jüngster Zeit: Die Infineon Technologies AG mit Sitz im bayerischen Neubiberg investiert mehr als eine Milliarde Euro in Kärnten. Mit 1,6 Milliarden Euro baut die Infineon Technologies AG am Standort Villach eine vollautomatisierte Chipfabrik für die Fertigung von 300-Millimeter-Dünnschichten. Eingeladen von Sabine Herlitschka, Vorstandsvorsitzende der Infineon Technologies Austria AG, und Landeshauptmann Peter Kaiser machte sich die Kärntner Landesregierung am 25. Mai ein Bild vom geplanten Ausbau. Eine Präsentation, bei der auch die Klubobmänner der im Landtag vertretenen Parteien sowie Villachs Bürgermeister Günther Albel begrüßt werden konnten, sollte alle politischen Entscheidungsträger in die Pläne einbinden, um ein Ziehen an einem gemeinsamen Strang zu forcieren.

„Seht her, Kärnten ist für Unternehmen so attraktiv, daß Weltmarktführer unglaubliche Summen investieren.“ Das sei laut Kaiser die relevante Botschaft, die Infineon mit dem geplanten Ausbau international verkünde. Leuchttürme wie Infineon, sorgen nicht nur für positive Kärnten-Schlagzeilen, sondern animieren auch andere Unternehmen dazu, auf diesen Standort zu setzen. „Unsere konstante politische Linie hat dazu geführt, daß die Wirtschaft wieder an Kärnten glaubt, und an das Potential, das in unserem Land ebenso vorhanden ist wie der unbedingte politische Wille, Investoren bestmöglich zu unterstützen“, betonte Kaiser. Mit dem geplanten Ausbau entstehen dringend benötigte hochqualifizierte Arbeitsplätze. Hunderte weitere Jobs werden durch notwendige Zulieferunternehmen, angefangen vom Bäcker, über PädagogInnen bis hin zum StraßenbaumitarbeiterInnen, gesichert und geschaffen.

„Diese europaweit beachtete Großinvestition ist wirtschaftlich, technologisch aber auch gesellschaftlich ein Meilenstein für Infineon Austria. Sie stellt einen bedeutenden Schritt für die Stärkung unseres Hochtechnologie-Standorts in Villach dar“, sagte



Foto: LPD / Helge Bauer

v.l.: Landeshauptmann Peter Kaiser, Sabine Herlitschka, Vorstandsvorsitzende der Infineon Technologies Austria, und Günther Albel, Bürgermeister Villach

Sabine Herlitschka, Vorstandsvorsitzende der Infineon Technologies Austria. Sie betonte: „Es braucht nun rasch die richtigen Maßnahmen für diese weitreichende Standortentwicklung. Dazu zählen vorrangig die Sicherstellung infrastruktureller Maßnahmen wie Verkehr, Versorgungssicherheit im Energiebereich, Wohnraumschaffung und Kinderbetreuung sowie die entsprechenden Bildungskonzepte. Wir haben mit der Stadt Villach und dem Land Kärnten gemeinsam gute Voraussetzungen für diese Standortentscheidung erarbeitet. Jetzt gilt es, die diskutierten Maßnahmen gemeinsam umzusetzen.“

Bürgermeister Günther Albel verwies ebenso auf den Faktor Zeit: „Konzerne wie Infineon benötigen eine rasche öffentliche Verwaltung. Da ist Villach ein bekannt verlässlicher Partner.“ Daher habe man bereits vor Wochen im Stadtsenat einstimmig eine To-Do-Liste abgesehen, welche Verfahren nun in welchem Zeitraum abgehandelt werden müssen. Zudem rechnet Albel mit einer Magnet-Wirkung der Infineon-Investition: „Wenn sich so große Firmen ansiedeln, folgen unweigerlich weitere.“ Villach sei dafür als Hightech-Drehscheibe im Alpen-Adria-Raum bestens gerüstet.

Schon in der ersten Jahreshälfte 2019 soll mit dem Bau einer 300-Millimeter-Chipfabrik am Infineon-Standort in Villach begonnen werden.

„Daß sich Kärnten konzern-intern gegen andere mögliche Standorte durchsetzen konnte, zeigt, daß unser Land nach der Aufarbeitung der Lasten der Vergangenheit nunmehr als Wirtschaftsstandort international geachtet und begehrt ist“, freut sich Technologiereferentin LHStv.in Gaby Schaub. Die Stärkung des Infineon Austria-Headquarters in Villach biete auch den heimischen Betrieben große neue Chancen.

„Dieses Milliardenprojekt ist für Kärnten nachhaltig! Wir müssen gemeinsam versuchen, auch die Natur- und Umweltsituation vor Ort bestmöglich zu gestalten“, betonte Landesrätin Sara Schaar.

„Der Ausbau von Infineon mit den verbundenen Investitionen in Höhe von 1,6 Milliarden Euro am Standort Villach ist phantastisch für Kärnten und stärkt nicht nur die Region, sondern das ganze Bundesland enorm. Damit ist Kärnten weiter mit Vollgas unterwegs Richtung Zukunft“, zeigte sich Landesrat Daniel Fellner begeistert. ■

<https://www.ktn.gv.at>

<https://www.infineon.com/cms/austria>

Das niederösterreichische Verkehrsprojekt »Europaspange«

Landesrat Martin Eichtinger stellte Zukunftsprojekt bei tschechischer Konferenz vor.

Foto: Krajský úřad Jihočeského kraje



Landesrat Martin Eichtinger (l.) im Gespräch mit einer Teilnehmerin und einem Teilnehmer an der Konferenz im böhmischen Hluboka nad Vltavou

Von 23. bis 25. Mai hat auf Einladung Südböhmens das dreitägige „Forum der Partnerregionen Südböhmen“ in Hluboka nad Vltavou stattgefunden. Neben den grenzüberschreitenden Arbeitsprogrammen zwischen Niederösterreich und Tschechien war die von Landesrat Ludwig Schleritzko jüngst präsentierte „Europaspange“ ein wichtiges Thema. Landesrat Martin Eichtinger hat das Land Niederösterreich bei dieser internationalen Veranstaltung vertreten und die Gelegenheit genutzt, um mit der Kreishauptfrau von Südböhmen, Ivana Stráská, die ersten Pläne für das neue Verkehrsprojekt zu besprechen. Das Projekt läuft unter dem Namen „Europaspange“ und soll vor allem das Wald- und Weinviertel mit den benachbarten Wirtschaftsräumen verknüpfen.

„Die neue Verkehrsverbindung wird den Wirtschaftsraum stärken, Jobs im ländlichen Raum schaffen und die bereits hervorragenden Beziehungen zwischen Niederösterreich und seinen tschechischen Nachbarn noch weiter intensivieren“, so Eichtinger. „Südböhmen mit seiner Hauptstadt Budweis ist ein wichtiger Wirtschaftsstandort, dessen Anbindung an das Waldviertel durch die neue Verkehrsverbindung wesentlich verbessert wird“, waren sich Eichtinger und Stráská einig.

„Von der besseren Anbindung an die europäischen Achsen von der Nordsee zur Ägäis und vom Schwarzwald bis zum Schwarzen Meer kann der gesamte mitteleuropäische Raum profitieren. Wir sprechen von positiven Effekten für die regionale Wirtschaft in

Höhe von 1 Milliarde Euro und von insgesamt 10.000 Arbeitsplätzen. Die positiven Signale der Kreishauptfrau stimmen zuversichtlich, dass auch der Straßenausbau auf tschechischer Seite vorangetrieben wird“, so Mobilitäts-Landesrat Ludwig Schleritzko.

Dementsprechend groß war das Interesse an diesem Projekt seitens der tschechischen Vertreter. Neben den politischen Vertretern nutzte Landesrat Eichtinger zudem auch die Gesprächsmöglichkeit mit dem Direktor des Flughafens Budweis, Ladislav Ondřích, da auch dieser von der geplanten Straßenanbindung profitieren wird.

Niederösterreich und Südböhmen verbinden zahlreiche Kooperationen wie die Euroregion Donau Moldau oder das gemeinsame EU-Programm INTERREG zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Neben diesen aktuellen Themen standen die bereits seit vielen Jahren bestehenden erfolgreichen Kooperationen wie das europaweit beachtete grenzüberschreitende Gesundheitsversorgungsprojekt „Health Across“ sowie die Umsetzung des Rettungsabkommens auf der Tagesordnung.

<http://www.noel.gv.at>



Anbindung an internationale Wirtschaftsräume: Der geplante Korridor der Europaspange ist gelb eingezeichnet und führt von der S 3 zur S 10. Ebenfalls in Gelb eingezeichnet sind die bestehenden Hauptachsen ins Waldviertel. Diese sollen weiter ausgebaut werden. In Blau eingezeichnet sind die Zugstrecken der Franz Josefs-Bahn und der Kamptalbahn. Gemeinsam mit dem Regionalverband hat sich das Land darauf verständigt, den Ausbau des öffentlichen Verkehrs weiter voranzutreiben. In Orange angedeutet ist jene Verbindung zwischen Zwettl über Pöggstall bis zur A 1, deren Ausbau überprüft werden soll.

Oö. Landtag am Westkap

Oberösterreich ist gemeinsam mit der südafrikanischen Region Westkap seit 2002 Mitglied der »Powerregionen« – Forum umfaßt sieben Regionen auf vier Kontinenten

Ein Grund für eine Delegation des Oö. Landtages – bestehend aus Landtagspräsident KommR Viktor Sigl, seinem Vertreter Adalbert Cramer und seiner Vertreterin Gerda Weichsler-Hauer und den Klubobleute Herwig Mahr, Christian Makor sowie den KO-Stellvertreterinnen Michaela Langer-Weninger und Maria Buchmayr – Anfang Mai im Rahmen einer Informationsreise die öffentlichen Institutionen Westkaps zu besuchen.

Der erste Teil der Reise stand ganz im Zeichen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der beiden Powerregionen. Im Arbeitsgespräch mit Alan Winde, Provinzminister für wirtschaftliche Chancen, wurden vor allem über die Themen Duale Ausbildung, Digitalisierung und das Zukunftsthema Smart Region Erfahrungen ausgetauscht.

„Im Bereich Fachkräfte-Ausbildung ist Oberösterreich ein Vorreiter. In vielen Gesprächen geben wir unsere Erfahrungswerte an die international Interessierten weiter. In anderen Bereichen wiederum greifen wir gerne auf die Erfahrungswerte von anderen Powerregionen zurück und lernen so von den Besten“, erklärte der Landtagspräsident.

Obwohl Westkap die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Südafrika aufweist, liegt diese bei rund 20 Prozent. „Mit Minister Winde haben wir vereinbart, daß Anfang Juli eine Delegation des Parlaments von Westkap und Mitarbeiter des Wirtschaftsministeriums in Oberösterreich Berufsschulen und Lehrlingsausbildungsunternehmen besuchen werden und sich vor Ort über das Duale Ausbildungssystem informieren. Ein erster Schritt für Westkap im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit“, so Sigl.

Ein weiteres Hauptaugenmerk der Informationsreise lag auf dem Austausch mit den Mitgliedern des Regionalparlaments in Westkap. „Wir wollen auch auf der Ebene der Regionalparlamente verstärkt den Austausch zwischen den Powerregionen suchen. Die erfolgreiche Region Westkap stellt den Anfang. Vor allem über die Bereiche parlamentarische Kontrollaufgaben, Regionalentwicklung und wirtschaftliche Chancen haben wir uns ausgetauscht. Auch ein möglicher Austausch auf Beamtenebene wurde angedacht“, so Sigl.



Foto: Land Oö / Neißl

v.l.: die dritte Landtagspräsidentin Gerda Weichsler-Hauer, Landtagspräsident Viktor Sigl, Alan Winde (Provinzminister für wirtschaftliche Chancen), SE Johann Brieger (österreichischer Botschafter in Südafrika), und der zweite Landtagspräsident Adalbert Cramer

Der zweite Teil der Informationsreise stand im Zeichen der Bildung. „Es gibt einige Überschneidung in der Bildung und Ausbildung von Jugendlichen. Es sind überall Menschen, die Zukunft schaffen mit ihren Fähigkeiten, mit Hand und Herz, aber natürlich auch mit dem Kopf. Gerade bei Lehrberufen wird dieser Dreiklang besonders deutlich. Bildung und Ausbildung sind daher überall die Grundlage für Arbeit, Wohlstand und soziale Sicherheit“, so der Landtagspräsident.

Die Oö. Delegation besuchte im Rahmen der Reise das False Bay College, eine Spitzen-Ausbildungseinrichtung für rund 20 Berufe. Die südafrikanische Ausbildung an den Colleges ist ähnlich unserer dualen Ausbildung. In 18 Monaten theoretischem Unterricht sowie 18 Monaten Praxis in Unternehmen werden die Jugendlichen in unterschiedlichsten Berufsgruppen ausgebildet.

Ein Highlight der Reise war die Zertifikatsverleihung an die ersten AbsolventInnen der Bäcker Ausbildung an der Privaten Hotelschule in Stellenbosch. „Die Kooperation des Wirtschaftsministeriums, der Privaten Schule sowie des oö. Unternehmens Backaldrin hat acht Jugendlichen Perspektiven für die Zukunft gegeben. Nicht nur für die Jugendlichen selbst, sondern für die gesamte Familie. Dieses erfolgreiche Projekt soll der Grundstein für weitere Initiativen von oö. Unternehmen in Westkap sein. Die Aufgabe der Politik ist die Begleitung und Unterstützung“, erklärte Sigl.



Foto: Land Oö / Neißl

Landtagspräsident Viktor Sigl mit einer Absolventin der Bäcker Ausbildung an der Privaten Hotelschule in Stellenbosch

Die anstehenden Schüleraustausche zwischen LandwirtschaftsschülerInnen der HL-BLA Elmberg und der HL-BLA St. Florian sowie SchülerInnen der LISA International School mit Stellenbosch waren Thema der Informationsreise. „Sowohl die Jugendlichen Westkaps als auch Oberösterreichs profitieren von diesem Austausch. Wir werden diese Verbindung künftig weiter stärken und ausbauen“, so Sigl abschließend.

<https://www.land-oberoesterreich.gv.at>
<https://www.backaldrin.com/de-at>

Lösungen für Europa? Am besten gemeinsam

Salzburger Jugendliche fahren auf Gruppenspiel-Abenteuer der besonderen Art ab – Landeshauptmann Haslauer im Kurzinterview

Europas Probleme sind auch unsere. Lösungskompetenz ist gefragt. Das lässt sich trainieren, bereits im Jugendalter. Beim „European Safety Room“ tickte die Uhr, während Salzburger SchülerInnen in der Europawoche versuchten, knifflige Missionen in Sachen Europa zu erfüllen. „Hier befaßt man sich indirekt und unbewußt mit Fragestellungen, die von politischer Brisanz sind“, so Landeshauptmann Wilfried Haslauer. Er machte sich am 7. Mai direkt am Ort des Geschehens im „Scavenger Escape Room“ in Salzburg-Mülln ein Bild von den Erfahrungen der Jugendlichen.

„Es gab viele Aufgaben, bei denen wir nicht auf Antriebe auf die Lösung kamen. Wir mußten viel nachdenken und auch etwas von Mathematik verstehen. Zur Lösung hat man auf jeden Fall die anderen gebraucht, weil man alleine nicht so viele Perspektiven hat“, berichtet Arbnore Hajdari von der Handelsakademie St. Johann im Pongau. Sie hat das einstündige Gruppenspiel mit ihrem Team in Tagesbestzeit geschafft. Am besten hat ihr die schwierigste Aufgabe gefallen. „Das war reizvoll“, so die junge Pongauerin. Auch Landeshauptmann Wilfried Haslauer, sowohl für Bildung als auch Europa zuständig, zeigte sich begeistert.

Großer Ansturm auf Spielidee

„Flüchtlingsmission“, „Brexit Mystery“ und die geheime „EU-Budget-Mission“ warteten als Aufgaben. „Der Ansturm der Schulen für diese Premiere zur Europawoche war riesengroß, im Nu waren die 500 Plätze vergeben“, so Organisatorin Gritlind Kettl vom EU-Bürgerservice und Europe Direct Informationszentrum Land Salzburg, die die Spielidee gemeinsam mit Theresa Edtstadler von Akzente Salzburg entwickelt hat.

»Es gibt keine zu großen Themen« – Kurzinterview mit LH Haslauer

LMZ: Warum kommen solche Aktionen beim eher trockenen Thema Europa gut an?

Wilfried Haslauer: Das ist ein spielerischer Zugang – game based learning – mit einem



Foto: LMZ / Franz Neumayr / SB

European Safety Room in Salzburg (v.l.): Gritlind Kettl Leiterin der Stabsstelle EU-Bürgerservice des Landes Salzburg, Kübra Köroglu Schülerin HAK St. Johann, LH Wilfried Haslauer, Paul Gabriel Janjic Schüler HAK St. Johann, Arbnore Hajdari Schülerin HAK St. Johann, Zoltan Purak Gründer Scavenger Escape, Theresa Edtstadler akzente Salzburg - Erasmus + Jugend in Aktion,

spannenden, aufregenden, auf Teamarbeit basierenden Modell.

LMZ: Sind Aufgaben wie das „Flüchtlings-thema“ nicht eine Nummer zu groß für Jugendliche?

Wilfried Haslauer: Alles, was uns im Alltag begegnet und berührt, ist nicht zu groß – ganz im Gegenteil.

LMZ: Was bringt der „European Safety Room“ den Salzburger SchülerInnen?

Wilfried Haslauer: Die Beschäftigung mit Bereichen, die politisch bedeutsam sind, wie der Brexit oder das Flüchtlingsthema. Und das in einer spielerischen Art und Weise, bei der man im Team arbeiten kann. Da nimmt man unbewusst einfach sehr, sehr viel mit.

Die Erfolgsidee weiterentwickelt

Das Konzept des „European Safety Room“ hat den Gründer des „Scavenger Escape Room“, den Ungarn Zoltan Purak, neu-

gierig gemacht. Er ist nach Salzburg gereist, um herauszufinden, wie die Idee mit EU-Inhalten verknüpft wurde: „Es gab zwar schon eine erste Generation von Real-Life-Gruppenspielen, doch wollten wir etwas Ansprechenderes und Komplexeres schaffen. Für den ‚European Safety Room‘ haben wir die Räume neu gestaltet. Das Ergebnis in Salzburg und die Begeisterung der Jugendlichen hier haben uns bestärkt, die Idee auch in anderen europäischen Städten anzubieten.“

Mit Grips aus den »Escape Rooms« befreien

Escape Rooms gibt es inzwischen weltweit. Teams von zwei bis sechs Personen versuchen, Aufgaben unter einer Zeitvorgabe zu lösen, um aus dem „Escape Room“ zu entkommen. Dafür ist neben Grips vor allem wichtig, mit den anderen zu kommunizieren, denn eine Lösung ist nur gemeinsam zu schaffen. Unternehmen verbessern so etwa das Teamverhalten ihrer MitarbeiterInnen. ■
<http://www.salzburg.gv.at>
<https://www.escape-rooms.com>

Europäische Großübung »ModEX« am Erzberg

Eisenerz erlebte Feuertaufe als neues Übungszentrum für Katastrophen



Einsatzbesprechung in Eisenerz mit Bürgermeisterin Christine Holzweber zur europäischen Großübung »ModEX«.

Von 24. bis 27. Mai lief im steirischen Eisenerz die europäische Erdbeben- und Höhlenrettungsübung „ModEX“, bei der drei Tage lang internationale Teams aus sechs Ländern die Zusammenarbeit in einem internationalen Großeinsatz trainierten. Für den steirischen Katastrophenschutzreferenten und Landeshauptmann-Stellverteter Michael Schickhofer war die „ModEX“ eine erste Bewährungsprobe für Eisenerz als neues Zentrum für den Katastrophenschutz: „Wir wollen hier rund um den Erzberg einen neuen Schwerpunkt setzen, deshalb haben wir gemeinsam mit dem steirischen Roten Kreuz 170.000 Euro in das neue Trainingsgelände investiert. Wir setzen ein weiteres Zeichen des Aufbruchs für die gesamte Region rund um den Erzberg“, betonte Schickhofer.

Der Leiter der Übung, Harm Bastian Harms von den Johannitern Deutschland, hob die Bedeutung derartiger internationaler Übungen hervor: „Das Bergen von Verschütteten kann jedes Team auch daheim üben. Bei der ‚ModEX‘ geht es vor allem um die internationale Zusammenarbeit und die Koordination bei solchen Großeinsätzen, die geübt werden müssen“, so Harms, der sich vom neuen Trainingsgelände angetan zeigte: „Ich kann mir sehr gut vorstellen, in Zukunft öfter zu internationalen Übungen hier in Eisenerz zu sein.“ Daß sich Eisenerz zur Simulation von derartigen Übungen sehr gut eignet, wurde bereits in den ersten Übungs-

stunden klar: „Es gibt natürlich auch anderswo in Europa vergleichbare Trainingszentren, die liegen aber alle in der Ebene. Hier rund um den Erzberg kommt die alpine Lage als wichtiger Aspekt dazu. Das macht unser Szenario noch herausfordernder und realistischer“, erklärte Helmut Kreuzwirth, Leiter des Referats Katastrophenschutz und Hauptorganisator der „ModEX“.

Daß der Ernstfall, für den in Eisenerz geübt wird, öfter als vermutet eintritt, betonte der Vertreter der EU-Kommission bei der „ModEX“, der Ire Gerard Guerin: „Seit der Einführung des EU-Katastrophenschutz-Mechanismus (European Civil protection mechanism) im Oktober 2001 gab es schon mehr als 300 Fälle, wo dieser Mechanismus ausgelöst wurde und die internationale und länderübergreifende Katastrophenhilfe eingeleitet wurde. Das Üben wir hier, und es gibt wohl keine bessere Möglichkeit, europäische Solidarität zu demonstrieren, als durch die gegenseitige Hilfe in Katastrophenfällen“, so Guerin. Eisenerz mit seinen Möglichkeiten sieht er als wichtige Bereicherung: „Eisenerz ist nun eines der wenigen Trainingszentren, wo europaweite Übungen in entsprechender Größe möglich sind“, sagte Guerin.

Harald Eitner, Leiter der Katastrophenschutzabteilung des Landes, sagte: „Natürlich wollen wir als Steiermark im Rahmen dieser Großübung ein Zeichen setzen und präsentieren, was wir hier können.“

Eine besonderes Ereignis war diese europäische Übung auch für die Stadtgemeinde Eisenerz: „Dieser neue Schwerpunkt ist für uns eine ganz große Chance, denn das, was mit dem neuen Trainingsgelände des Roten Kreuzes und den Investitionen des Landes Steiermark für die ‚ModEX‘ beginnt, wird mit der Zeit wachsen“, betonte Bürgermeisterin Christine Holzweber. „Daher sind wir allen, die daran mitgearbeitet haben, diese Übung nach Eisenerz zu bringen, auch sehr dankbar.“

Aus Sicht des Landes ist es Ziel, zukünftig jährlich zwei internationale Übungen nach Eisenerz zu bekommen. Zudem wird das Trainingsgelände laufend von verschiedensten österreichischen Einsatzorganisationen zur Ausbildung und zum Training genutzt werden. „Ich bin überzeugt davon, daß wir hier einen ganz wichtigen Baustein für die Zukunft von Eisenerz gelegt haben“, erklärte LH-Stv. Schickhofer und kündigte an, daß man das Trainingsgelände weiter ausbauen werde: „Derzeit prüfen wir gerade die Einrichtung eines ‚training hospital‘ für Übungen wie die ‚ModEX‘. Das wäre eine sinnvolle Weiterverwendung der nicht mehr benötigten Räume des LKH Hochsteiermark in Eisenerz. Wir sind dabei, durchzurechnen, ob das machbar ist, wobei ich hier auch auf eine Unterstützung seitens der Europäischen Union hoffe“, so Schickhofer. ■

<https://www.steiermark.at/>

Euregio: Geschlossenheit beim Brenner-Transit-Gipfel

Vorstandssitzung des EVTZ in Bozen

Am 23. Mai fand in Bozen die Vorstandssitzung des Europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) statt. Auf Schloß Prösels bei Völs am Schlern in Südtirol tauschten sich die drei Landeshauptleute der Europaregion Tirol, Südtirol und Trentino unter anderem zur aktuellen Verkehrssituation entlang des Brennerkorridors sowie zur Wahrnehmung der Euregio in der Bevölkerung aus.

Im Anschluß an die Gespräche präsentierte Tirols LH Günther Platter gemeinsam mit LH Arno Kompatscher (Südtirol), derzeitiger Euregio-Präsident, und LH Ugo Rossi (Trentino) die Ergebnisse.

Transit: Gemeinsames Maßnahmenpaket für Brenner-Transit-Gipfel

„Die Verkehrsbelastung auf der Brennerachse ist nicht mehr tragbar. Dringende und gezielte Maßnahmen sind notwendig, um den Verkehr einzudämmen und den Schwerverkehr auf die Schiene zu verlagern“, betonte Euregio-Präsident LH Kompatscher. „Um dem steigenden Transitverkehr entlang des Brennerkorridors endlich einen Riegel vorzuschieben, braucht es die geballte Kraft der drei Länder und ein gemeinsames Vorgehen“, hob auch LH Platter angesichts des Brenner-Transit-Gipfels am 12. Juni in Bozen, bei welchem VertreterInnen aus Deutschland und Italien teilnehmen, hervor.

Gleichzeitig betonte Tirols Landeshauptmann, daß es wesentlich sei, „Deutschland, Italien und Österreich in die Verantwortung zu nehmen – ob hinsichtlich einer einheitlichen Korridormaut oder der Verlagerung des Güterschwerverkehrs auf die Schiene. Schließlich geht es um den Schutz der Gesundheit der Menschen und der Umwelt“, so LH Platter.

Auch für das Trentino sei das Verkehrsproblem vordergründig, sagte der Trentiner LH Rossi, der sich für einen Ausbau des Verladezentrums „Interporto“ in Trient aussprach.

Damit stehen die Vermeidung des Umweg-Transitverkehrs und die höhere Attraktivität der Schiene gegenüber der Straße im Zentrum der Bemühungen der Euregio. Die drei Länder haben sich darauf geeinigt, mit



LH Günther Platter (links) betonte nach der Sitzung, daß es die geballte Kraft der Länder und ein gemeinsames Vorgehen brauche, um den steigenden Transitverkehr einen Riegel vorzuschieben. Im Bild rechts: Südtirols LH Arno Kompatscher



TeilnehmerInnen an der Sitzung des Europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit

einem gemeinsamen Maßnahmenpaket beim Brenner-Transit-Gipfel geschlossen aufzutreten.

Staumanagement und Verkehrsbeobachtung

Weiteres soll es ein länderübergreifendes Überwachungssystem zur Verkehrsentwicklung geben: „Um die Entwicklungen im Bereich des Güterschwerverkehrs noch besser nachzuverfolgen, müssen wir den Verkehr

entlang der gesamten Transitroute im Auge haben“, begrüßt LH Platter das Vorhaben. Außerdem gelte es, die Euregio-BürgerInnen über die den Transitverkehr einschränkenden Maßnahmen noch besser zu informieren: Noch im Sommer 2018 soll auf der Website der Europaregion ein entsprechendes Service angeboten werden. ■

<https://www.tirol.gv.at/>

<http://www.provinz.bz.it/de/>

<http://www.deutsch.provincia.tn.it/>

Chancen nützen, die Europa seinen Regionen bietet

Landtagspräsident spricht vor Ostschweizer Delegation über Vorarlberg in der EU

Landtagspräsident Harald Sonderegger begrüßte am 18. Mai im Montfortsaal zahlreiche Mitglieder der „Neuen Europäischen Bewegung Schweiz“ (Nebs), die sich vor Ort über die Einflußmöglichkeiten einer Region der Europäischen Union am konkreten Beispiel Vorarlbergs informierten.

Die Neue Europäische Bewegung Schweiz setzt sich seit nunmehr 20 Jahren als überparteiliche Organisation für eine vollwertige Mitgliedschaft in der EU ein, wie der Vorstand der Ostschweizer Nebs-Sektion Fredy Lühinger ausführte. Im Fokus der heutigen Veranstaltung standen deshalb die Möglichkeiten und Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft Österreichs und deren Regionen bzw. Länder.

Sonderegger, Vorsitzender des Europa-ausschusses des Vorarlberger Landtags und stellvertretendes Mitglied im Ausschuß der Regionen, begrüßte die Ostschweizer Teilnehmenden. Er betonte, daß Vorarlberg in den letzten Jahren die Chancen gut genützt hat, die die EU gerade kleinen Ländern und Regionen eröffnet. Im Rahmen des derzeit laufenden Reformprozeß der EU gelte es nun, „Europa konstruktiv und kritisch mitzugestalten“.

Schwerpunkte für Vorarlbergs Wirken im europäischen Miteinander der Zukunft bilden für Sonderegger die beiden Leitmotive Ver-



Landtagspräsident Harald Sonderegger bei seinem Vortrag

netzung und Kooperation: „In Zusammenarbeit mit den nachbarschaftlichen Regionen kann mehr regionale Eigenständigkeit umgesetzt werden.“

Von Vorarlberger Seite wurde die Nebs-Delegation von Martina Büchel-Germann, Vorstand der Abteilung Europaangelegenheiten des Amtes der Vorarlberger Landesregierung, über Vorarlberg als Akteur in der Europäischen Union informiert. Ihr Vortrag wid-

mete sich speziell auch dem Bereich der Interessensvertretung – von direkten und indirekten Instrumenten bis hin zu den Motiven und Zielen. Harald Moosbrugger, Vorstand der Abteilung Wirtschaftsangelegenheiten, analysierte für das interessierte Publikum die wirtschaftliche Entwicklung Vorarlbergs vor dem Hintergrund der Mitgliedschaft in der Europäischen Union. ■

<http://www.vorarlberg.at>



Zahlreiche Mitglieder der »Neuen Europäischen Bewegung Schweiz« (Nebs) hatten sich im Montfortsaal in Bregenz eingefunden,

Wien: Willkommensfeier für neue StaatsbürgerInnen

Integrationsstadtrat Jürgen Czernohorszky: Empfang für neue StaatsbürgerInnen »gute und wichtige Tradition«

Die Stadt Wien lud am Abend des 16. Mai zum jährlichen „Wiener Empfang für neue StaatsbürgerInnen“ ins Wiener Rathaus. Rund 1.000 WienerInnen folgten der Einladung und erhielten von Integrationsstadtrat Jürgen Czernohorszky eine Gratulationsurkunde. Bundespräsident a.D. Heinz Fischer hielt als Ehrengast eine Festrede.

„Der jährliche Empfang für die neuen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger ist eine gute und wichtige Tradition. Es ist ein Anlaß, die Gemeinsamkeiten als Wienerinnen und Wiener in den Vordergrund zu stellen“, so Stadtrat Czernohorszky.

Eingeladen zum Empfang waren alle WienerInnen, die im Jahr 2017 die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten haben. Insgesamt wurde sie im Jahr 2017 an 3.899 in Wien lebende Personen verliehen.

„Ich empfinde es als eine Auszeichnung für unsere Stadt, für unser Land, wenn sich Menschen für die österreichische Staatsbürgerschaft entscheiden, weil dies unter anderem auch ein Zeichen dafür ist, daß der Weg des friedlichen Miteinanders und des demokratischen Zusammenlebens anerkannt und geschätzt wird“, betonte Czernohorszky.



Foto: PID / Martin Votava

Die neuen StaatsbürgerInnen, die zum Empfang ins Rathaus gekommen sind, erhielten von Integrationsstadtrat Jürgen Czernohorszky eine Gratulationsurkunde.

Eine neue Staatsbürgerschaft zu übernehmen sei mehr als nur ein formaler Akt, sagte der Stadtrat beim Empfang. „Eine neue Staatsbürgerschaft ist mit vielen neuen Rechten, Chancen und Perspektiven, aber auch mit Pflichten und Verantwortung verbunden. Als

österreichischer Staatsbürger oder österreichische Staatsbürgerin können Sie ab sofort an Wahlen und Volksabstimmungen teilnehmen und aktiv über die Zukunft der Stadt und des Landes mitbestimmen.“

<http://www.wien.gv.at>



Foto: PID / Martin Votava

Willkommensfeier für neue StaatsbürgerInnen im Wiener Rathaus: rund 1.000 WienerInnen waren der Einladung gefolgt.

Weltbund-Tagung Auslandsösterreichertreffen 2018

6. bis 9. September in Innsbruck

Der Weltbund veranstaltet jedes Jahr für seine Mitglieder und deren Freunde ein großes, internationales Treffen in Österreich. Sie haben die Möglichkeit sich über Internet anzumelden. Kontakt: Dr. Irmgard Helperstorfer – http://www.weltbund.at/aktuelles_termine.asp

An allen mit einem ➤ gekennzeichneten Veranstaltungen können Sie nur mit einer gedruckten Einladung oder einer Zugangsberechtigung teilnehmen, die Sie bei der Registrierung erhalten!

Donnerstag, 6. September

- 09.00 - 18.00 Uhr **Registrierung:** Tiroler Landesregierung, Foyer des Landhauses, Eduard-Wallnöfer-Platz 3, 6020 Innsbruck
Rahmenprogramm: Verbindliche Anmeldung wegen beschränkter Teilnehmerzahl unbedingt erforderlich! Bitte nur eine (!) Veranstaltung des Rahmenprogramms für Donnerstag, 6. September 2018, ankreuzen. Die Teilnehmer können aus folgenden Programmpunkten wählen:
- 14:00 Uhr ➤ **Stadtrundgänge inklusive Hofburg und Volkskunstmuseum.** Treffpunkt: Tiroler Landesregierung, Foyer des Landhauses, Eduard-Wallnöfer-Platz 3. Die Teilnehmerzahl ist auf 100 Personen beschränkt!
- 14:00 Uhr ➤ **Besichtigung des Bergisel Tirol Panoramas.** Das 1896 geschaffene Gemälde zeigt auf 1000 Quadratmetern in faszinierender 360 Grad Sicht den Tiroler Freiheitskampf in allen Facetten, die den „Mythos Tirol“ ausmachen. Treffpunkt: Tiroler Landesregierung, Foyer des Landhauses, Eduard-Wallnöfer-Platz 3. Die Teilnehmerzahl ist auf 100 Personen beschränkt!
- 14:00 Uhr ➤ **Besichtigung der Tunnelwelten.** Die Führung bietet spannende Einblicke in die geheimnisvolle Welt rund um den Bau des Brenner Basistunnels. Stationen aus unterschiedlichen Bereichen laden zum Mitmachen und Forschen ein. Treffpunkt: Tiroler Landesregierung, Foyer des Landhauses, Eduard-Wallnöfer-Platz 3. Die Teilnehmerzahl ist auf 50 Personen beschränkt!
- 14:00 Uhr ➤ **Audioversum.** Die interaktive Erlebniswelt zum Hören und Staunen verbindet als Science Center Medizin, Technik, Bildung und Kunst und fasziniert mit Multimedialen Installationen. Treffpunkt: Kasse im Foyer des Audioversums, Wilhelm Greil-Straße 23. Das Audioversum ist fußläufig sehr gut erreichbar (direkt gegenüber dem Landhaus). Die Teilnehmerzahl ist auf 45 Personen beschränkt!



Foto: <http://www.oesterreichfotos.at> / Michael Mösner

Österreich, Europa und die Welt

- 14:00 Uhr ➤ **Institut für Quantenoptik und Quanteninformation.** Das Institut der Österreichischen Akademie der Wissenschaften widmet sich der theoretischen und experimentellen Erforschung der Quantenoptik von den fundamentalen Grundlagen bis zu deren praktischer Anwendung, unter anderem für die Meteorologie, die Sensorik und die Quanteninformations-Verarbeitung. Treffpunkt für die Abfahrt der Busse: 14.00 Uhr, Congress Innsbruck, Haupteingang, Rennweg 3. Die Teilnehmerzahl ist auf 30 Personen beschränkt!
- 14:00 Uhr ➤ **Swarco Traffic World in Wattens.** Mit einem einzigartigen Konzept wird anschaulich dargestellt, wie modernes Verkehrsmanagement unter Berücksichtigung aller Verkehrsträger funktioniert und sowohl ein Blick in die Vergangenheit, als auch in die Zukunft des Verkehrs geworfen. Treffpunkt für die Abfahrt der Busse: 14:00 Uhr, Congress Innsbruck, Haupteingang, Rennweg 3. Die Teilnehmerzahl ist auf 40 Personen beschränkt!
- 19:00 Uhr ➤ **Abendessen im Theresienbräu**
Maria-Theresien-Straße 51-53
Essen auf Rechnung des AÖWB, Getränke auf eigene Rechnung. Verbindliche Anmeldung unbedingt erforderlich! Ausschließlich für Personen mit Zugangsberechtigung!
- Freitag, 7. September**
- 09:00 - 17:00 Uhr **Registrierung:** Tiroler Landesregierung, Foyer des Landhauses, Eduard-Wallnöfer-Platz 3, 6020 Innsbruck
- 09:00 Uhr ➤ **Stadtrundgänge inklusive Hofburg und Volkskunstmuseum.** Treffpunkt: Tiroler Landesregierung, Foyer des Landhauses, Eduard-Wallnöfer-Platz 3. Die Teilnehmerzahl ist auf 100 Personen beschränkt!
- 09:00 Uhr ➤ **Besichtigung des Bergisel Tirol Panoramas.** Das 1896 geschaffene Gemälde zeigt auf 1000 Quadratmetern in faszinierender 360 Grad Sicht den Tiroler Freiheitskampf in allen Facetten, die den „Mythos Tirol“ ausmachen. Treffpunkt: Tiroler Landesregierung, Foyer des Landhauses, Eduard-Wallnöfer-Platz 3. Die Teilnehmerzahl ist auf 100 Personen beschränkt!
- 09:00 Uhr ➤ **Besichtigung der Tunnelwelten.** Die Führung bietet spannende Einblicke in die geheimnisvolle Welt rund um den Bau des Brenner Basistunnels. Stationen aus unterschiedlichen Bereichen laden zum Mitmachen und Forschen ein. Treffpunkt: Tiroler Landesregierung, Foyer des Landhauses, Eduard-Wallnöfer-Platz 3. Die Teilnehmerzahl ist auf 50 Personen beschränkt!
- 09:00 Uhr ➤ **Audioversum.** Die interaktive Erlebniswelt zum Hören und Staunen verbindet als Science Center Medizin, Technik, Bildung und Kunst und fasziniert mit Multimedialen Installationen. Treffpunkt: Kasse im Foyer
- Rahmenprogramm: Verbindliche Anmeldung wegen beschränkter Teilnehmerzahl unbedingt erforderlich! Bitte nur eine (!) Veranstaltung des Rahmenprogramms für Freitag, 7. September 2018, ankreuzen. Die Teilnehmer können aus folgenden Programmpunkten wählen:



Maria-Theresien-Straße / Foto: TVB Innsbruck / Christof Lackner

Österreich, Europa und die Welt

Foto: <http://www.oesterreichfotos.at> / Michael Mössner



Ein atemberaubender Blick vom Hafelekar auf die Stadt Innsbruck

des Audioversums, Wilhelm Greil-Straße 23. Das Audioversum ist fußläufig sehr gut erreichbar (direkt gegenüber dem Landhaus). Die Teilnehmerzahl ist auf 45 Personen beschränkt!

- 09:00 Uhr ➤ **Institut für Quantenoptik und Quanteninformation.** Das Institut der Österreichischen Akademie der Wissenschaften widmet sich der theoretischen und experimentellen Erforschung der Quantenoptik von den fundamentalen Grundlagen bis zu deren praktischer Anwendung, unter anderem für die Meteorologie, die Sensorik und die Quanteninformations-Verarbeitung. Treffpunkt für die Abfahrt der Busse: 09:00 Uhr, Congress Innsbruck, Haupteingang, Rennweg 3. Die Teilnehmerzahl ist auf 30 Personen beschränkt!
- 09:00 Uhr ➤ **Swarco Traffic World in Wattens.** Mit einem einzigartigen Konzept wird anschaulich dargestellt, wie modernes Verkehrsmanagement unter Berücksichtigung aller Verkehrsträger funktioniert und sowohl ein Blick in die Vergangenheit, als auch in die Zukunft des Verkehrs geworfen. Treffpunkt für die Abfahrt der Busse: 09:00 Uhr, Congress Innsbruck, Haupteingang, Rennweg 3. Die Teilnehmerzahl ist auf 40 Personen beschränkt!
- 14:00 - 18:00 Uhr **Generalversammlung 1. Teil**
Tiroler Landesregierung, Erdgeschoß,
Großer Saal, Eduard-Wallnöfer-Platz 3
- 19:30 - 22:00 Uhr ➤ **Empfang des Landeshauptmannes von Tirol und des Innsbrucker Bürgermeisters**
Hofburg, Rennweg 1/3

Samstag, 8. September

- 10:00 - 12:00 Uhr **Festakt mit Auszeichnung des „Auslandsösterreicher des Jahres 2018“**
Congress Innsbruck, Saal Tirol,
Rennweg 3
- 12:15 Uhr ➤ **Festessen auf Einladung der Frau Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) Dr. Karin Kneissl**
Congress Innsbruck, Casinofoyer,
Rennweg 3
- 14:30 - 17:30 Uhr **Generalversammlung 2. Teil**
Congress Innsbruck, Saal Tirol,
Rennweg 3
- 20:30 Uhr ➤ **Ball des Auslandsösterreicher-Weltbundes**
Congress Innsbruck, Saal Dogana,
Rennweg 3
(Festliche Abendkleidung erwünscht)

Sonntag, 9. September

- 09:30 Uhr **Evangelischer Gottesdienst**
Christuskirche, Richard-Wagner-Straße 4
- 10:00 Uhr **Katholischer Gottesdienst**
Innsbrucker Dom, Domplatz 6
- 12:00 Uhr ➤ **Abschlußmittagessen** im Stiftskeller, Stifsgasse 1-7, Essen € 20,- auf eigene Rechnung; Getränke auf Rechnung des AÖWB. Verbindliche Anmeldung unbedingt erforderlich! **Ausschließlich für Personen mit Zugangsberechtigung!**
An allen mit einem ➤ gekennzeichneten Veranstaltungen können Sie nur mit einer gedruckten Einladung oder einer Zugangsberechtigung teilnehmen, die Sie bei der Registrierung erhalten!
Informationen zu Innsbruck erhalten Sie bei der Tiroler Landesregierung, Foyer des Landhauses, Eduard-Wallnöfer-Platz 3 sowie in Ihren Tagungsmappen! Änderungen vorbehalten!

Sehe mich stark liberal geprägt

Bundeskanzler und ÖVP-Chef Sebastian Kurz im Interview mit ORF.at zur Umgestaltung der ÖVP, zur Rolle konservativer Politik, zur FPÖ und deren Vergangenheitsaufarbeitung, warum man das Zeitfenster bis 1. Juli jetzt beherzt nutzen müsse – und schließlich zu seinem Umgang mit politischem Gegenwind.

Herr Bundeskanzler, wissen Sie, was Sie am 13. Dezember 2019 machen werden?

Sebastian Kurz: Ich habe es mir noch nicht überlegt. Wieso der 13.?

Blickt man auf ihre letzten vier Vorgänger, dann sind ÖVP-Chefs im Schnitt 943 Tage im Amt. Und das wäre in Ihrem Fall der 13. Dezember ...

Wirklich? Was ich an dem Tage mache, das weiß ich noch nicht. Welche Funktion ich haben werde, das, glaube ich, weiß ich schon: Bundeskanzler und Chef der Volkspartei zu sein.

Warum war es in der Vergangenheit so schwer, die ÖVP zu führen?

Das ist jetzt so pauschal schwierig zu beantworten. Jede Person ist unterschiedlich. Jeder hat einen anderen Stil, eine andere Schwerpunktsetzung. Als ich die Volkspartei vor einem Jahr übernommen habe, war mir wichtig, die Möglichkeit zu haben, die Volkspartei zu führen und zu verändern. Deshalb habe ich damals sieben Punkte vorgeschlagen, die sich statutarisch ändern mußten. Es gab dann eine Diskussion dazu, es gab die Zustimmung, und das wurde auch im Statut verankert. Ich habe seither die Möglichkeit, als Parteichef die Listenerstellung für Parlamentswahlen zu machen, das Regierungsteam auszuwählen – und ich glaube, diese Veränderung der Entscheidungsstruktur in der Volkspartei hat der Volkspartei gutgetan. Der Hauptgrund, warum wir bei den Wahlen erfolgreich waren, liegt an der Öffnung unserer Bewegung, der sich 250.000 Menschen angeschlossen haben. Insofern bin ich sehr dankbar, daß wir am 15. Oktober dann auch von der Bevölkerung so viel Vertrauen erhalten haben.

Apropos Veränderungen: Was sagen Sie traditionellen ÖVP-Mitgliedern, die sich nach wie vor standhaft als „Schwarze“ bezeichnen und nicht „türkis“ sein wollen?

Ich glaube, daß gerade die Kombination aus den Stärken der VP in den Ländern und neuen Menschen, die zu uns gestoßen sind und



Foto: ORF.at / Lukas Krumholz

Bundeskanzler Sebastian Kurz im Interview mit ORF.at-Chefredakteur Gerald Heidegger

noch nie politisch engagiert waren, eine richtige war und ist und uns so stark macht. Was die Farbwelten betrifft, habe ich einfach mit der Farbe weitergearbeitet, die ich immer verwendet habe. Und Türkis ist mittlerweile Symbol für Veränderung geworden.

Sie haben viele neue Wähler für die ÖVP gewonnen, darunter zahlreiche Stimmen, die Sie Ihrem jetzigen Koalitionspartner abgenommen haben. Gleichzeitig gibt es klassische, bürgerlich-liberale ÖVP-Stammwähler im urbanen Bereich, die sich mit Ihrer ÖVP schwertun. Wie wollen Sie diese wieder zurückgewinnen?

Ich glaube, da mißinterpretieren Sie ein bißchen die Fakten. Wir haben uns in Wien im Vergleich zur letzten Landtagswahl bei der Nationalratswahl verdoppelt. Wir haben insbesondere in den Städten überproportional gut abgeschnitten. Warum? Weil wir eine bürgerlich-liberale Kraft der Mitte sind. Wir haben eine Kombination aus liberalem und christlich-sozialem Gedankengut. Aber gerade in den Städten waren wir erfolgreich.

Aber gerade in der liberalen Mitte gibt es ja Wähler, die zuletzt etwa NEOS als temporäre Heimat gefunden haben ...

Natürlich wollen wir als Bewegung weiter wachsen, das ist ganz klar unser Ziel. Aber wir sind gleichzeitig sehr dankbar, daß wir am 15. Oktober über 31 Prozent der Stimmen erlangen konnten. Das zweite Mal innerhalb der letzten knapp 60 Jahre hat die Volkspartei eine Wahl gewonnen, das ist natürlich für uns ein historischer Erfolg und ein ganz entscheidender Tag. Es war aber kein Selbstzweck, diese Wahl zu gewinnen, sondern das gibt uns die Kraft für die Veränderung, die es in unserem Land braucht. Der 15. Oktober hat uns so stark gemacht, daß wir die Versprechen aus dem Wahlkampf jetzt auch umsetzen können.

Was uns bereits in den ersten 100 Tagen gelungen ist, ist ein massiver Kurswechsel in der österreichischen Politik, Steuerentlastung statt neuer Steuern, ein ausgeglichenes Budget statt ständig neuer Schulden und eine restriktive Migrationspolitik statt staatlichen Kontrollverlusts.

Was macht einen modernen Konservativen aus? In Deutschland sagen ja viele Konservative in der Union, er müsse so sein wie Sebastian Kurz?

Es ist gut so, wenn unsere Parteien unterschiedlich sind, daß Politiker höchst unter-

Innenpolitik

Foto: ORF.at / Lukas Krummholz



schiedlich sind. Insofern möchte ich da auch nicht verallgemeinern und schon gar keine Tipps geben. Ich kann nur sagen, wie ich ticke. Mit dem Wort „konservativ“ fange ich wenig an, weil das immer sehr bewahrend klingt, und insofern sehe ich mich nicht als konservativ, sondern bin sehr stark liberal und christlich-sozial geprägt, und das spiegelt sich natürlich auch in meiner Politik der Veränderung wieder. Wie in Deutschland Politik gemacht wird, das ist eine deutsche Entscheidung.

Sind die Zeiten etablierter Parteien ohnedies Vergangenheit? Braucht es in der Gegenwart Bewegungen statt Parteien?

Das muß jede Partei für sich entscheiden. Für mich ist klar, daß das der einzige Weg ist, den ich gehen möchte. Ich halte das System, wo Parteibücher vererbt werden oder Menschen sich auf Lebenszeit politisch engagieren, für antiquiert. Es ist gut, daß wir mit der neuen Volkspartei eine Bewegung aus der Mitte der Bevölkerung geschaffen haben. Die auf bewährten starken Kräften aufbaut, die wir gerade im ländlichen Raum haben, und wo sich sehr, sehr viele Menschen engagieren und einen politischen Beitrag leisten wollen. Manche vielleicht nur auf Zeit, manche vielleicht nur zu einem Thema. Das alles ist möglich, und das tut uns gut.

Ihre Partei hat sich im Hintergrund zuletzt sehr eingesetzt dafür, daß ein gemeinsames Gedenken der Regierung, also auch mit den FPÖ-Mitgliedern, etwa bei der Gedenkfeier in Mauthausen, möglich ist. Wie können Opferverbände überzeugt werden, daß die FPÖ eine Partei ist, in der Antisemitismus keinen Platz hat, und daß sie es mit der Aufarbeitung ihrer Vergangenheit ernst meint?

Beides ist notwendig in unserer Gesellschaft. Zum einem ein Anprangern, wenn immer es Antisemitismus gibt, und auch ein Dagegenankämpfen. Und zum Zweiten auch Anerkennung dafür, wenn sich jemand weiterentwickeln möchte oder wenn jemand bewußt versucht, seine Partei, seine Organisation, seine Institution von diesem abscheulichen Gedankengut zu reinigen. Das ist ein Prozeß, der in anderen Parteien schon stattgefunden hat. Ich finde es gut und notwendig, daß diese historische Aufarbeitung jetzt auch in der FPÖ stattfindet, und ich halte es auch für richtig, daß der Vizekanzler klar gesagt hat, insbesondere auch auf dem Akademikerball, daß, wer antisemitisches Gedankengut vertritt, in seinen Reihen keinen Platz hat.

Wie sehen Sie in diesem Zusammenhang etwa Aussagen von Johann Gudenus über George Soros? (Gudenus hatte in einem Interview gesagt, Soros würde Migrantenströme nach Europa zu unterstützen und sei für die Massenmigration nach Europa mitverantwortlich, Anm.)

Ich habe mich zu dieser Wortmeldung ohnehin schon geäußert. Ich teile die Art und Weise dieser Kritik nicht. Ich glaube, daß es möglich sein muß, Kritik zu äußern. Dies sollte auf eine sehr sachliche Art und Weise geschehen, insbesondere nach den Untergriffen (gegen George Soros, Anm.), die es in Ungarn gegeben hat und in denen teilweise antisemitische Ressentiments geschürt wurden.

Bei den Grundprinzipien des Regierungsprogramms steht: „Wir wollen unsere Heimat Österreich als lebenswertes Land mit all seinen kulturellen Vorzügen bewahren. Dazu gehört auch, selbst zu entscheiden, wer als Zuwanderer bei uns leben darf, und illegale

Migration zu beenden.“ Wer hat in Österreich Platz – und wer nicht?

Platz hat jeder, der legal hier lebt und seinen Beitrag in unserem Land leistet. Es ist aber unsere Aufgabe als Republik zu entscheiden, wer zuwandern darf und wer nicht. Diese Entscheidung ist in den vergangenen Jahren unter sozialdemokratischer Führung den Schleppern überlassen worden. Die Migrationspolitik der Europäischen Union der letzten Jahre ist gescheitert. Das hat, glaube ich, mittlerweile fast jeder erkannt. Weil man eben nicht versucht hat, Migration zu steuern – und das ist fahrlässig. Zusammenleben, Integration wird nur dann gelingen, wenn wir auch steuern, wer zu uns zuwandern darf und wer nicht. Und diese Entscheidung darf man nicht den Schleppern überlassen.



Foto: ORF.at / Lukas Krummholz

CSU-Chef Horst Seehofer, der sich ja kritisch zum Thema Islam und Europa geäußert hat, schrieb zuletzt in einem Gastbeitrag in der „FAZ“, man solle mit dem Begriff „Heimat“ statt des Konzepts „Leitkultur“ operieren. Mit dieser Lösung würde man deutlich weiterkommen, anstatt sich in Debatten zu verheddern. Wie sehen Sie das? Brauchen wir einen Leitkulturbegriff? Kann der Verweis auf eine Vorstellung von „Heimat“ genügen?

Entscheidend ist nicht, welche Begrifflichkeit wir hier verwenden. Entscheidend ist, daß wir uns unserer Prägung, der christlich-jüdischen und jener, die durch die Aufklärung stattgefunden hat, nicht nur bewußt sind, sondern daß wir diese Prägung auch verteidigen. Denn natürlich kommen durch Migrationsströme auch andere Geisteshaltung-

Innenpolitik

en, Prägungen, Traditionen nach Europa, die teilweise problematisch sind. Hier ist es wichtig, unsere christlich-jüdische und durch die Aufklärung geprägte Kultur zu schützen, und das bedeutet, daß Religionsfreiheit eine Selbstverständlichkeit sein muß. Gleichzeitig kann es aber nur null Toleranz zum politischen Islam geben und anderen Traditionen gegenüber, die bei uns in Österreich keinen Platz haben.

Viele Kommentatoren erwarten, daß bestimmte Reformen erst jetzt kommen können, nachdem die Landtagswahlen geschlagen sind. Wie viel Gegenwind erwarten Sie von den Ländern, von den Maßnahmen in der Schulpolitik bis hin zur finanziellen Bewältigung des Pflegeregresses?

Wir haben uns im Regierungsprogramm ganz klar vorgenommen, Österreich zu verändern und auch notwendige Reformen endlich durchzusetzen, und genau das tun wir als Bundesregierung. Wir haben in den ersten 100 Tagen einen Kurswechsel in drei sehr wichtigen Bereichen geschafft: ausgeglichenes Budget, Steuersenkung, restriktive Migrationspolitik. Jetzt haben wir bis zum 1. Juli, wenn wir den Ratsvorsitz übernehmen, ein Zeitfenster, in dem wir drei ganz zentrale Reformen beschließen wollen: Das ist zum Ersten die Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger. Das wurde jahrzehntelang diskutiert, doch dieses Projekt hat nie stattgefunden. Wir werden vor dem Sommer noch einen Ministerratvortrag auf den Weg bringen. Das Zweite ist die Reform der Mindestsicherung, bei der wir sicherstellen wollen, dass Menschen, die neu zu uns zugewandert sind und nichts in unser System einbezahlt haben, weniger bekommen als Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben.

So wollen wir unser System der Mindestsicherung gerechter machen. Und die soll auch die Anziehungskraft unseres Sozialsystems für Zuwanderungen in das Sozialsystem reduzieren. Und der dritte Bereich betrifft die Deregulierungsoffensive von Josef Moser (Bundesminister für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz, Anm.), bei der wir Maßnahmen setzen werden, um die überbordende Regulierung und Bürokratie zurückzudrängen. Dazu gehört natürlich auch, daß wir eine bessere Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern sicherstellen wollen.

In welchen Bereichen gehören Regelungen österreichweit harmonisiert? Wie viel Föderalismus verträgt Österreich?



Foto: ORF.at / Lukas Krumholz

Ich bin ein absoluter Befürworter der Subsidiarität auf europäischer Ebene. Das heißt, daß sich die Europäische Union auf das fokussieren soll, wo es Zusammenarbeit braucht. Das betrifft die großen Fragen. Auf regionaler und nationaler Ebene gibt es dafür Entscheidungen, die besser dort getroffen werden. Dieses Modell der Subsidiarität ist auch innerhalb eines Staates sinnvoll. Aber es braucht eine bessere Aufgabenverteilung, auch klarere Aufgabentrennungen, und an dem arbeitet unter anderem Josef Moser. Es braucht nicht bei jedem Thema bundeseinheitliche Standards.

Sie planen ja die Reduktion der Sozialversicherungen. Warum setzt man in einer Modernisierung der Sozialversicherungen nicht überhaupt auf Wettbewerb, also Versicherungspflicht statt Pflichtversicherung?

Wir glauben, daß es nicht sinnvoll ist, daß Österreich sich als kleines Land 21 Sozialversicherungsträger leistet. Daher führen wir in Österreich die Sozialversicherungen auf fünf Träger zusammen. Das bringt massive Einsparungen in der Verwaltung, reduziert die Zahl der Funktionäre in den Führungsetagen, schafft ein schlankeres System und führt dazu, daß bei den Patienten und Versicherten mehr Leistungen ankommen werden bzw. wir die Beiträge reduzieren können. Und das ist ein notwendiger Reformweg, der jahrzehntelang diskutiert wurde, den wir jetzt Wirklichkeit werden lassen.

Apropos EU: Was Sind Ihre Vorhaben und Meßlaten für den kommenden Ratsvorsitz? Sie haben ja zuletzt von der EU die Bereitschaft zu „unangenehmen Entscheidungen“ eingemahnt?

Das Wichtigste ist, daß wir den Schengen-Raum schützen, indem wir ordentliche Außengrenzen sicherstellen. Ein Europa ohne Grenzen nach innen funktioniert nur, wenn es auch einen ordentlichen Außengrenzschutz gibt, und ich hoffe sehr, daß es uns gelingt, gerade die Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit, der Verteidigung, des Außengrenzschutzes zu stärken, und daß wir hier eine gewisse Bewegung in Gang setzen können.

Abschließende Frage: Seit Ihrem Wahlsieg dezimiert sich die Zahl der Oppositionsführer. Wie viel Gegenwind erwarten Sie künftig von der Opposition?

Ich bin Gegenwind sehr gewohnt. Ich setze mich nicht damit auseinander, andere Parteien schlechtzureden oder anzuputzen, so wie das sonst von so vielen tagtäglich gemacht wird. Mein Fokus ist auf meine Arbeit gerichtet und nicht auf die Opposition. Immer wenn man etwas verändert, gibt es Gegenwind: von anderen Parteien, manchmal aus der eigenen Partei oder von Betroffenen, die versuchen, ihre Interessen zu wahren. Das ist ganz normal. Wer etwas verändert, der erlebt auch Reibung und Gegenwind. Wir werden unsere Reformprojekte durchsetzen, unabhängig davon, ob es jetzt Streiks oder Demonstrationen gibt. Wir werden das tun, was wir für richtig erachten. Weil wir dafür gewählt wurden. Und wir werden genau das umsetzen, was wir im Wahlkampf versprochen haben.

Das Interview führte Gerald Heidegger, Chefredakteur von <http://ORF.at> – und wurde dort am 13. Mai 2018 veröffentlicht. Wir bedanken uns dafür, es hier verwenden zu dürfen!

Umbau der Sozialversicherung

Ministerrat gibt Startschuß für Reform der Sozialversicherung – Schlagabtausch zwischen Regierung und Opposition im Parlament

Beim Pressefoyer nach dem Ministerrat stellten Gesundheits- und Sozialministerin Beate Hartinger-Klein und Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck am 23. Mai die geplante Reform der Sozialversicherung vor. „Wir wollen im System sparen und nicht bei den Menschen“, sagte Schramböck. Es werde 80 Prozent weniger Funktionäre, konkret 400 statt 2.000 geben, 30 statt 90 Verwaltungsgremien und fünf statt 21 Generaldirektoren. „Bis 2023 soll eine Milliarde Euro eingespart werden.“

„Wir reformieren ein überholtes, veraltetes System: aus neun Gebietskrankenkassen wird die Österreichische Gesundheitskasse entstehen, die Versicherung der gewerblichen Wirtschaft und der Bauern ebenso wie die der Eisenbahner und der Beamten fusioniert. Die Pensionsversicherungsanstalt bleibt bestehen“, präzisierte Hartinger-Klein. Die Zukunft der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA) sei noch offen. Diese habe bis 31. August Zeit, ein Konzept inklusive der entsprechenden Organbeschlüsse vorzulegen. Damit sollen Doppelgleisigkeiten in Zukunft vermieden werden“, so die Sozialministerin.

Die zweite Kernbotschaft sei die Schaffung effizienter Strukturen und die Entpolitisierung der Sozialversicherungen, betonte Hartinger-Klein. „In Zukunft soll nicht ein politisches Mandat entscheidend sein, sondern die fachliche Qualifikation.“

Die Gesundheitsmilliarde solle durch Einsparungen in der Verwaltung, in der IT sowie beim Einkauf erreicht werden. Kündigungen solle es keine geben, die Stellenreduktion im Verwaltungsbereich solle ausschließlich durch Pensionierungen erfolgen. Ebenso sollen die Versicherungsbeiträge nicht erhöht werden.

„Wichtig ist uns, mehr Fairness durch die Harmonisierung der Leistungen für die Versicherten zu gewährleisten und das System effizienter und zukunftstauglicher zu machen“, sagte die Sozialministerin und stelle auch die weitere Vorgangsweise vor: Bis Juli soll der Vorschlag in Begutachtung gehen, bis September die Einwände geprüft und bis November die Regierungsvorlage zur Beschlussfassung kommen. „Damit kann noch im ersten Quartal 2019 das Gesetz für das neue Gesundheitsmodell in Kraft treten,



Foto: <http://tvthek.orf.at>

Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck (l.) und Gesundheits- und Sozialministerin Beate Hartinger-Klein stellten am 23. Mai nach dem Ministerrat die geplante Reform der Sozialversicherung vor.

natürlich mit den entsprechenden Übergangsbestimmungen.

Schlagabtausch im Parlamentarischen Sozialausschuß

Die angestrebte Neuorganisation der Sozialversicherung werde zu mehr Fairness führen und überdies die langfristige Finanzierbarkeit des Systems sicherstellen, erklärte Beate Hartinger-Klein, Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, am 29. Mai im Parlamentarischen Sozialausschuß. Besonders erfreulich sei, daß durch die Zusammenlegung der neun Gebietskrankenkassen die seit langem geforderte Harmonisierung der Leistungen von über sieben Millionen Versicherten nun umgesetzt werden könne. Während auch die Abgeordneten der Regierungsfractionen das ihrer Ansicht nach größte Reformprojekt der Zweiten Republik lobten, kam von Seiten der Opposition massive Kritik.

Die Abgeordneten Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ) und Daniela Holzinger-Vogtenhuber (PILZ) bezweifelten – auch unter Hinweis auf Aussagen von Rechnungshofpräsidentin Margit Kraker –, daß durch die anvisierten Maßnahmen tatsächlich eine Milliarde Euro eingespart werden kann. Gerald Loacker, Gesundheitssprecher der NEOS,

bemängelte vor allem die weiterhin bestehende Sonderstellung der öffentlichen Bediensteten sowie die Nichteinbeziehung der 15 Krankenfürsorgeanstalten.

Die Eckpunkte der neuen Sozialversicherungsorganisation

Bundesministerin Beate Hartinger-Klein präsentierte im Rahmen der Aktuellen Aussprache die von der Regierung geplante „Sozialversicherungsorganisation der Zukunft“. Nicht zuletzt der aktuelle Länderbericht der EU, aber auch die unter ihrem Vorgänger in Auftrag gegebene Studie der London School of Economics hätten einen dringenden Reformbedarf aufgezeigt.

Im Sinne einer leistungsfähigen, modernen und bürgernahen Sozialversicherung sei es das primäre Ziel, bei gleichen Beiträgen den Menschen auch österreichweit die gleichen Leistungen anbieten zu können, unterstrich die Ressortchefin. Dafür müssen die sich aus der Struktur der derzeit bestehenden 21 Sozialversicherungsträger und ihrer Doppel- und Mehrfachgleisigkeiten ergebenden hohen Verwaltungskosten gesenkt sowie Einsparungs- und Optimierungspotenziale gehoben werden. Um die Verwaltungskosten nachhaltig zu begrenzen, werde ein Kostendeckel vorgesehen. Dabei soll die Organisa-

Innenpolitik

tionsstruktur neu geordnet werden, indem die Anzahl der Träger auf vier, maximal fünf, reduziert wird. Kosten in der Verwaltung und Privilegien werden durch die Zusammenlegung nachhaltig reduziert bzw. abgeschafft. Auch die Probleme und die bürokratischen Hürden, die sich aus den unverständlichen und lästigen Mehrfachversicherungen ergeben, werden dann der Vergangenheit angehören, hob die Ministerin hervor.

Im konkreten sollen die neun Gebietskrankenkassen zur einer Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) zusammengeführt werden, erläuterte Hartinger-Klein die neuen Strukturen. Die Landesstellen werden aber weiterhin für die regionale Versorgungsplanung zuständig sein und können auf Basis des österreichweiten Gesamtvertrags über Zu- bzw. Abschläge verhandeln. Weiters sollen sich die Versicherungsanstalten der Beamten und der Eisenbahner sowie der Selbständigen und der Bauern zu jeweils einem Träger zusammenschließen. Die Pensionsversicherungsanstalt bleibt als eine der Säulen des Sozialversicherungssystems erhalten. Was die AUVA angeht, so gebe es den klaren Auftrag an die Verantwortlichen, bis Ende des Jahres 2018 ein finanzielles Konzept vorzulegen.

Umfassende Kritik der Opposition: Vom Anschlag auf die AUVA bis zur Schaffung eines neuen Verwaltungsmolochs

Abgeordnete Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ) war der Auffassung, daß der Umbau zu keinen Einsparungen führen und in der Anfangsphase sogar zusätzliche Kosten verursachen werde. Außerdem habe der Hauptverband bereits eine Leistungsharmonisierung eingeleitet; man brauche daher keinen weiteren Verwaltungsmoloch. Alois Stöger (SPÖ) bezweifelte die hohe Anzahl an FunktionärInnen und wies darauf hin, daß es laut ASVG nur 460 VersichertenvertreterInnen geben kann. Sein Fraktionskollege Markus Vogl beklagte, daß die Finanzämter nun die SV-Beiträge der Unternehmen prüfen sollen. Abgeordneter Dietmar Keck (SPÖ) war der Meinung, daß es sehr wohl die gesetzliche Möglichkeit gegeben hätte, die Krankenfürsorgeanstalten in die Reform miteinzubeziehen.

Von einer Vereinheitlichung könne keine Rede sein, meinte Gerald Loacker (NEOS), da u.a. die 15 Krankenfürsorgeanstalten nicht berücksichtigt wurden. Auch die Beamten und Eisenbahner haben weiterhin eigene Strukturen, obwohl sie einer günstigeren Risikogemeinschaft angehören. Kritik übte Loacker zudem an der Sonderstellung der Beamten und Bauern bei der Unfallversiche-

rung sowie an der Tatsache, daß die Pensionsversicherungsanstalt auch in Zukunft nicht für alle Berufsgruppen zuständig sein wird. Positiv beurteilte er hingegen den Wegfall der Mehrfachversicherungen. Dies betreffe etwa 3 Prozent der Versicherten; die restlichen 97 Prozent haben aber noch immer keine Wahlfreiheit, gab er zu bedenken.

Daniela Holzinger-Vogtenhuber (PILZ) zeigte sich besorgt über die Regierungspläne bezüglich der AUVA und fragte sich, wie in Zukunft mit Freizeitunfällen umgegangen wird. Müsse sich nun jeder privat versichern? Skeptisch äußerte sie sich hinsichtlich der Einsparungsmöglichkeiten in der Verwaltung, zumal nur 200 von 2.000 FunktionärInnen bezahlt werden.

ÖVP und FPÖ: Reform bringt effiziente Strukturen und mehr Gerechtigkeit für die Versicherten

Der Sozialsprecher der ÖVP, August Wöginger, zeigte sich erfreut über die Reform, die seit Jahren eingefordert wurde. Nun gebe es endlich den Mut dazu. Der Umbau werde anfangs natürlich Mehrkosten verursachen, räumte er ein, aber aufgrund der guten Wirtschaftsleistung sei jetzt der ideale Zeitpunkt für die Umsetzung. Das vorgestellte Modell sei übrigens sehr ähnlich wie eine Variante, die in der Studie der London School of Economics enthalten ist. Zum Thema AUVA merkte Wöginger an, daß es dabei nicht ausschließlich um Einsparungen bei den Verwaltungskosten geht, sondern daß Kooperationen gesucht werden müssen. Auch Peter Wurm und Dagmar Belakowitsch-Jenewein (beide FPÖ) waren sehr positiv gestimmt, da die Freiheitlichen seit vielen Jahren eine echte Strukturreform in der Sozialversicherung einfordert hatten. Die Kritik der SPÖ, die in der Vergangenheit nichts zusammengebracht habe, sei ziemlich unfair, urteilte Belakowitsch-Jenewein.

Hartinger-Klein sieht Einsparungsmöglichkeiten vor allem durch Strukturbereinigungen und Aufgabenbündelung

Die Sozialministerin war überzeugt davon, daß durch die Reform ein Einsparungspotential von etwa einer Milliarde Euro über einen gewissen Zeitraum hinweg zu lukrieren ist. Dafür brauche es natürlich nicht nur Effizienzsteigerungen in der Verwaltung, sondern vor allem Strukturbereinigungen und eine Bündelung der Aufgaben (z.B. Einkauf, Personalwesen, IT).

Die Regierung bekennt sich auch klar zum Prinzip der partizipativen Selbstverwaltung, unterstrich die Ministerin, allerdings wird an einer Weiterentwicklung gearbeitet, um das Aufsichtsrecht des Bundes zu stärken. Aus eigener Erfahrung wisse sie, daß ein verstärktes Augenmerk auf die fachliche Eignung der Mitglieder der Selbstverwaltung gelegt werden müsse. Mehr Effizienz müsse es auch bei den Entscheidungsstrukturen geben. Es könne nicht angehen, daß man 54 Beschlüsse braucht, um eine Maßnahme in die Wege zu leiten. Eine deutliche Reduktion soll es bei den FunktionärInnen geben, und zwar von 2.000 auf 400. Die Jobs der Angestellten seien jedenfalls gesichert; es werden jedoch nicht alle Stellen nachbesetzt.

Hartinger-Klein verteidigte auch das Vorhaben, wonach die Sozialversicherungsbeiträge in Hinkunft vom Finanzministerium geprüft werden sollen; dies entspreche dem Vier-Augen-Prinzip. Die fünf Betriebskrankenkassen bekommen die Möglichkeit, in die ÖGK hinein zu optieren. Drei Krankenkassen haben bereits signalisiert, eine Fusion eingehen zu wollen, informierte die Ministerin. Für die Krankenfürsorgeanstalten seien hingegen die Länder zuständig, erklärte sie. Für Freizeitunfälle müsse man auch in Zukunft keine Privatversicherung abschließen müssen. ■

Quellen: Bundeskanzleramt, Parlamentskorrespondenz



Foto: <http://www.bilderbox.com>

Vom Reden ins Tun

Land Burgenland und Wirtschaftskammer Burgenland: Erste Phase des »Standortdialogs Burgenland 2021« abgeschlossen

Von September 2016 bis Ende April 2018 waren UnternehmerInnen aus dem Burgenland in einer Reihe von Open-Space-Workshops, Regionaldialogen, Expertenrunden und Fokusgruppen zusammengetroffen, um Positionen und Handlungsempfehlungen für eine künftige Wirtschaftspolitik zu erarbeiten.

Peter Nemeth, Präsident der Wirtschaftskammer Burgenland, sieht den wirtschaftlichen Aufschwung und die besondere Lebensqualität des Burgenlands „untrennbar mit den 18.870 burgenländischen Unternehmerinnen und Unternehmern sowie ihren rund 60.000 Mitarbeitern verbunden“. Positive Standortbedingungen für diese Unternehmen seien daher „die Grundlage unseres Wohlstandes. Das Arbeitsprogramm aus dem Standortdialog soll dazu beitragen, das Burgenland zum wirtschaftsfreundlichsten Bundesland Österreichs zu machen.“

Die erste Phase eines bisher einzigartigen Projektes ist abgeschlossen: Die Initiatoren des „Standortdialogs Burgenland 2021“, Landeshauptmann Hans Niessl und Wirtschaftskammerpräsident Peter Nemeth, präsentierten am 7. Mai das Arbeitsbuch „Vom Reden ins Tun“, das einerseits die wesentlichen Ergebnisse der gemeinsamen Initiative von Land und Wirtschaft zusammenfasst, andererseits auch einen Ausblick auf die standortstrategischen Schwerpunkte für das Burgenland gibt. „Vom Reden ins Tun“ heißt: Die Phase des Dialogs ist ausreichend vorangeschritten, nun geht es ans Umsetzen. Landeshauptmann Hans Niessl: „Der Standortdialog ist ein Anfang einer neuen Art der Kooperation von Politik, Verwaltung und Wirtschaft im Burgenland. Zum 100. Jahrestag der Entstehung des Burgenlandes als österreichisches Bundesland gehen wir neue Wege – auf die burgenländische Art, nämlich gemeinsam. Gemeinsam wollen wir die Vision vom wirtschaftsfreundlichsten Bundesland Wirklichkeit werden lassen. Gemeinsam werden wir vom miteinander Reden zum miteinander Tun kommen.“

Aus Sicht der Wirtschaft und des Landes gebe es im Nord-, Mittel- und Südburgenland eine Reihe von Themen, die alle Unternehmen gleich intensiv betreffen: Verkehrswege Straße und Schiene, digitale Infra-



Foto: Landesmedienservice Burgenland

Landeshauptmann Hans Niessl (l.) und Wirtschaftskammerpräsident Peter Nemeth präsentierten das Arbeitsbuch »Vom Reden ins Tun«, das einerseits die wesentlichen Ergebnisse der gemeinsamen Initiative von Land und Wirtschaft zusammenfasst, andererseits auch einen Ausblick auf die standortstrategischen Schwerpunkte für das Burgenland gibt.

struktur, Aufwertung der Lehre und Fachkräftemangel, Service durch Landesagenturen und Verwaltungsvereinfachung. Nemeth: „Das vorliegende Arbeitsbuch enthält viele Maßnahmen und Vorschläge, die von der Burgenländischen Landesregierung und dem Landtag im Rahmen ihrer Gestaltungsmöglichkeiten umgesetzt werden können. Seitens der Wirtschaftskammer Burgenland werden wir mit unseren Expertinnen und Experten zur Verfügung stehen, wann immer es notwendig ist.“

Um hier gemeinsam den nächsten Schritt in Richtung wirtschaftsfreundlichstes Bundesland zu machen, müßte man „die Vorzüge des Burgenlands noch besser darstellen und gleichzeitig Problemfelder bekämpfen“, so Nemeth weiter. Hier gehe es um „faire Kontrollen und gleiche Regeln für alle, Hebung und Absicherung der Lebensqualität, hochwertige Arbeitsplätze in Wohnsitznähe, Sicherheitsgefühl, Raumplanung, Regionalentwicklung, die Vernetzung in Clustern im Land und über die Landesgrenzen hinweg“. Der Wirtschaftskammerpräsident sagte abschließend: „Das sind Punkte, die jetzt angegangen werden müssen.“ Dementsprechend sind in Abstimmung zwischen Land und

WKO im Standortdialog folgende strategische Handlungskluster definiert worden:

- Digitalisierung
- Infrastruktur und
- Arbeitsmarkt.

Diese drei Felder sind in allen drei Regionen des Burgenlandes – Nord, Mitte und Süd – wesentliche Bereiche, wenn auch mit inhaltlich teilweise regionalspezifischen Unterschieden. In den Bereich Digitalisierung fällt etwa das Leuchtturmprojekt der Landesholding Burgenland, sich an Joanneum Research zu beteiligen und in Pinkafeld eine neue Forschungseinrichtung für Optoelektronik zu etablieren. Hierzu hat es im Vorfeld einen sehr engen Dialog zwischen Land und Firmen gegeben. Niessl dazu: „Unser Ziel ist es, 2021, im Jubiläumsjahr, 110.000 Beschäftigte zu haben, die Forschungsquote massiv zu steigern, im Tourismussektor kontinuierlich zu wachsen und im Bildungsbereich den Facharbeiterberuf weiter aufzuwerten und insgesamt gesehen die Qualität der Bildung mit konkreten Impulsen anzuheben.“

Zur Verbesserung der Infrastruktur gehört zusätzlich zu Verkehr und Breitband auch das Durchforsten von Gesetzen und Regel-

werken, Stichwort „Entbürokratisierung“, um die Abläufe im Land zu vereinfachen und zu beschleunigen. In diesem Sinne sollen bis Anfang 2019 rund 30 Landesgesetze novelliert werden. Auch hierfür wurden viele Vorschläge der Wirtschaft aufgenommen. In den Bereich Arbeitsmarkt passen etwa die kon-

kreten Maßnahmen der Arbeitsgruppe „Optimale Lehrlingsausbildung“, auch eine Initiative von Land und Wirtschaftskammer, unter Einbindung aller Stakeholder im Lehrlingswesen, ebenso wie weitere Maßnahmen gegen den Facharbeitermangel und Kooperationen zwischen Schulen und Wirtschaft.

Landeshauptmann Hans Niessl und Wirtschaftskammerpräsident Peter Nemeth betonten unisono: „Die bisherigen erfolgreich umgesetzten Leuchtturm-Projekte sind Best-Practice-Beispiele für die weitere Zusammenarbeit zwischen Land und Wirtschaft. ■ <https://www.wko.at/service/b/wirtschaftskammer-burgenland.html>

Beste Lehrlinge in Tourismusberufen

LH Niessl: »Die Medaillengewinner haben bewiesen, daß sie zu den besten Lehrlingen Österreichs zählen«



Foto: Landesmedienservice Burgenland

Beim Empfang im AVITA Resort in Bad Tatzmannsdorf v.l.: Tourismusdirektor Hannes Anton, LH Hans Niessl, Rene Kovats, Hotel Sonnenpark, Lutzmannsburg, Silber, Janine Balogh, Hotel Sonnenpark, Lutzmannsburg, Bronze, Daniel Fuchs, Reiters Reserve Supreme, Bad Tatzmannsdorf, Silber, Tanja Fischer, Reiters Reserve Supreme, Bad Tatzmannsdorf, Silber, Matthias Hager, Avita Resort, Bad Tatzmannsdorf, Gold, Thomas Weber, Sporthotel Kurz, Oberpullendorf, Silber, und LR MMag. Alexander Petschnig

Die burgenländischen MedaillengewinnerInnen bei den 7. Staatsmeisterschaften der Lehrlinge in Tourismusberufen wurden von Landeshauptmann Hans Niessl und Tourismuslandesrat Alexander Petschnig am 23. Mai im Rahmen einer kleinen Feier im AVITA Resort in Bad Tatzmannsdorf geehrt.

Die 81 besten Tourismuslehrlinge Österreichs waren bei den 7. Staatsmeisterschaften der Lehrlinge in Tourismusberufen vom 18. bis 20. April in Obertrum angetreten. In den drei Kategorien „Küche“, „Service“ und „Hotel- und Gastgewerbeassistent/in“ (HGA) galt es, Gelerntes zur Schau zu stellen. Die TeilnehmerInnen aus dem Burgenland konnten schließlich 1 Gold-, 6 Silber- und 2 Bronzemedailles erringen.

„Ich gratuliere den Medaillengewinnerinnen und -gewinnern ganz herzlich zu diesen Erfolgen und möchte allen Betrieben, die Lehrlinge ausbilden, einen großen Dank aussprechen. Sie bieten jungen Menschen die Möglichkeit, einen Beruf in einer Branche zu erlernen, die sichere Arbeitsplätze im Land,

aber auch tolle Karrierechancen bietet. Die Medaillengewinner haben bewiesen, daß sie zu den besten Lehrlingen Österreichs zählen und in burgenländischen Betrieben auf höchstem Niveau ausgebildet werden. Danke auch den Trainern und Betreuern, die mit ihren Schützlingen die Basis für diese tollen Leistungen gelegt haben“, betonte Niessl.

„Es freut mich persönlich und insbesondere aus tourismuspolitischer Sicht, daß wir heute junge Menschen vor den Vorhang bitten dürfen, die nicht nur den Mut gehabt haben, eine Lehre im Tourismus zu beginnen, sondern auch imstande sind, in diesem Bereich exzellente Leistungen zu erbringen und damit im Land und auch auf nationaler Ebene Preise einzuheimen. Ganz herzliche Glückwünsche zu den Auszeichnungen, die sie sich redlich verdient haben. In der Tourismusbranche stehen ihnen mit solchen Leistungen auch international alle Türen offen für eine Karriere im Tourismus“, so Petschnig.

Als Anerkennung erhielten die Ausgewählten Karten für das Nova Rock, Bur-

genland-Umhängetaschen und Thermengut-scheine. Die MedaillengewinnerInnen in den einzelnen Kategorien:

Küche: Rene Kovats, Hotel Sonnenpark, Lutzmannsburg, Silber

Küche: Daniel Fuchs, Reiters Reserve Supreme, Bad Tatzmannsdorf, Silber

Küche: Wolfgang Deimel, Vila Vita Pannonia, Pamhagen, Bronze, bei der Ehrung nicht anwesend

Service: Matthias Hager, Avita Resort, Bad Tatzmannsdorf, Gold

Service: Leonardo Angenendt, Reduce Hotel Vital, Bad Tatzmannsdorf, Silber – bei der Ehrung nicht anwesend

Service: Tanja Fischer, Reiters Reserve Supreme, Bad Tatzmannsdorf, Silber

HGA: Alina Pirker, Reduce Gesundheitsresort Bad Tatzmannsdorf, Silber – bei der Ehrung nicht anwesend

HGA: Thomas Weber, Sporthotel Kurz, Oberpullendorf, Silber

HGA: Janine Balogh, Hotel Sonnenpark, Lutzmannsburg, Bronze ■

Leistbares Wohnen im Fokus

Die Wohnbauförderung hat seit langer Zeit eine äußerst große Bedeutung für das Land – Präsentation der »Wohnbauförderung NEU im Burgenland«



Foto: Landesmedienservice Burgenland

SPÖ LAbg. Kurt Maczek, Bereichssprecher Wohnbauförderung, ÖVP Klubobmann Christian Sagartz, LAbg. Regina Petrik, Grüne, LAbg. Thomas Steiner, ÖVP, Landeshauptmann Hans Niessl, LH-Stv. Johann Tschürtz, LAbg. Manfred Kölly, LBL, und FPÖ Klubobmann Géza Molnár präsentierten die »Wohnbauförderung NEU im Burgenland«

Primäres Ziel der Wohnbauförderung war und ist, leistbares Wohnen in hoher Qualität für alle BurgenländerInnen. „Das Burgenland ist in vielen Bereichen das Wohnland Nummer 1. Das sind wir weiterhin beim genossenschaftlichen Wohnungsbau“, so , so Landeshauptmann Hans Niessl. „Aber beim Bau von Einfamilienhäusern mußten wir erkennen, daß der Trend in die falsche Richtung geht, daß immer weniger Einfamilienhäuser gefördert werden. Wir haben daher in den vergangenen Wochen mehrere Parteinergespräche zu einem neuen Wohnbauförderungsgesetz geführt. Alle im Landtag vertretenen Parteien haben sich mit konstruktiven Vorschlägen und Ideen eingebracht. Alle haben die Sache in den Vordergrund gestellt und von Anfang an den Willen zu einem guten, gemeinsamen Ergebnis gezeigt, damit wir in Zukunft wieder die beste Wohnbauförderung haben, diese durch die entsprechenden Rückflüsse auch für kommende Generationen dementsprechend absichern, um auch hinkünftig leistbares Wohnen im Burgenland zu ermöglichen“, so Niessl am 25. Mai bei einem gemeinsamen Pressegespräch mit Landeshauptmann-Stv. Johann Tschürtz, LAbg. Thomas Steiner, ÖVP, LAbg. Manfred Kölly, LBL, und LAbg. Regina Petrik, Grüne.

Einkommensgrenzen angehoben

Das neue Gesetz bedeutet, daß künftig mehr BurgenländerInnen in den Genuß der Wohnbauförderung kommen. So wurden die Einkommensgrenzen angehoben, um wieder vermehrt auch den Mittelstand anzusprechen. Das höchstzulässige Jahreseinkommen netto beträgt derzeit 62.500 Euro. Künftig wird es 68.000 Euro betragen. Auch die Grundförderung wird angehoben und gestaffelt. Zum Beispiel bei einer Wohnnutzfläche von bis zu 150 m² von derzeit 40.000 Euro auf 51.000 Euro. Auch der Kindersteigerungsbetrag wird von derzeit 11.000 auf 12.000 Euro je Kind bis 16 Jahren erhöht. Beispielsweise erhöht sich für eine Familie mit zwei Erwachsenen, zwei Kindern unter 16 Jahren, einem Jahresnetto-Einkommen von knapp 36.400 Euro, einer Wohnnutzfläche von 160 m² im Ortskern und einer Energiekennzahl von 35 kWh/m² die Grundförderung von 40.000 auf 52.200 Euro, der Kindersteigerungsbetrag von 22.000 auf 24.000 Euro und der Ortskernzuschlag von 8.000 auf 11.200 Euro. In Summe steigt die Wohnbauförderung von 70.000 auf 87.400 Euro. Der soziale Aspekt bleibt auf jeden Fall erhalten. Daher wird es auch einen Sozialzuschlag in der Höhe von maximal 15.000 Euro für Bezieher kleiner Einkommen geben.

Konstruktiv nach Lösungen gesucht

Dazu sagte Landeshauptmann-Stv. Johann Tschürtz: „Wir haben in den einzelnen Gesprächsrunden konstruktiv nach Lösungen gesucht, um in jedem Bereich der burgenländischen Wohnbauförderung dementsprechende Verbesserungen zu erreichen, denn die burgenländische Wohnbauförderung war und ist auch ein kräftiger Konjunkturmotor für Wachstum, für Beschäftigung und für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Sie ist aber auch ein wichtiger Impulsgeber, um die Wertschöpfung im Land weiter zu steigern. Deshalb ist es mir ein großes Anliegen, daß auch in Zukunft Bauaufträge an heimische Firmen vergeben werden.“ Mit dieser neuen normativen Grundlage für den Wohnbau im Burgenland soll ein modernes und schlankes Gesetz, klare und transparente Rahmenbedingungen – auch im Sinne der Vereinfachung – geschaffen werden.

Schlüsselinstrument zur Schaffung von Eigentum

„Das ist ein ganz wichtiges Gesetz in unserem Sinne, denn die Wohnbauförderung ist für uns ein Schlüsselinstrument, mit dem sich die Burgenländerinnen und Burgenländer Eigentum schaffen können, die Familien als Leistungsträger der Gesellschaft gestärkt

werden und ressourcenschonend agiert wird“, so LAbg. Thomas Steiner, ÖVP.

Bodenverbrauchsschonendes Bauen

Neu ist deshalb auch das bodenverbrauchsparende Bauen. „Die Grünen haben stets ein großes Augenmerk auf die ökologischen Momente gelegt und immer die Sanierung statt dem Neubau in den Vordergrund gerückt. Deshalb war es uns auch ein wesentliches Anliegen, daß dieses bodenverbrauchsschonende Bauen hier klar zum Ausdruck kommt“, betonte LAbg. Regina Petrik von den Grünen.

Bisher hat der Ortskernzuschlag maximal 10.000 Euro betragen, künftig wird es, wenn ein bestehendes Objekt durch einen Neubau ersetzt wird, eine Förderung der Abrisskosten von 35 Prozent und maximal 16.000 Euro geben. Oder, wenn eine Baulücke geschlossen wird, wird es bis zu 12.600 Euro geben. Für barrierefreies Bauen werden Maßnahmen mit bis zu 7.500 Euro gefördert, behindertengerechte Maßnahmen mit 100 Prozent der Kosten mit maximal 15.000 Euro. Deutliche Verbesserungen und höhere Förderungen gibt es auch für Sanierungsmaßnahmen. Beispielsweise kann man für eine umfassende energetische Sanierung – bei entsprechender Energiekennzahl – bis zu maximal 80.000 Euro an Förderung erhalten.

Erhalt alter Bausubstanz

Ein wichtiges Anliegen ist auch der Erhalt alter Bausubstanz, wenn es um Arkadenhöfe oder Streckhöfe geht. Hier ist eine um 25 Prozent höhere Förderung der Sanierungsmaßnahme vorgesehen. Damit sollen Leerstände beseitigt und die Kulturlandschaft erhalten bleiben. Voraussetzung ist, daß das Objekt vor 1920 erbaut wurde. Im Mehrgeschoßbau ist mit Generationenwohnen eine neue Förderart vorgesehen. Der Schwerpunkt Generationenwohnen umfaßt Starterwohnungen und Betreubares Wohnen. Hier geht es um reine Mietwohnungen ohne Eigentumsoption, bei denen die Nettomiete 5 Euro/m² Wohnnutzfläche nicht übersteigen darf. Die Förderhöhe für Generationenwohnen beträgt 680 Euro/m².

Anreize für Revitalisierung

Es sollen auch Anreize für die Revitalisierung von bereits bestehenden, bisher nicht für Wohnzwecke genutzte Gebäude geschaffen werden. Das könnte, zum Beispiel, ein leerstehendes, nicht mehr genutztes Gasthaus sein, in dem Wohnraum geschaffen wird. Dafür gibt es eine erhöhte Förderung in der

Höhe von 680 Euro/m². Verbesserungen wird es auch bei den Rückzahlungsmodalitäten geben. Die Darlehenslaufzeit wird verlängert und der Annuitätenzins wird, zum Beispiel, in den ersten 10 Jahren, in der ersten Periode, von 1,0 auf 0,7 Prozent gesenkt.

Ein Meilenstein

„Ich sehe darin einen Meilenstein, was die Entwicklung der Wohnbauförderung in unserem Land betrifft. Ich sehe darin einen

partiübergreifenden Erfolg, der zeigt, daß eine konstruktive Zusammenarbeit in wichtigen Sachfragen von wesentlicher Bedeutung ist. Wir dürfen aber im Interesse der Menschen in diesem Land dennoch nicht stehen bleiben, sondern müssen auch künftig auf gesellschaftliche Veränderungen dementsprechend reagieren, um weiterhin für eine stabile Entwicklung des Burgenlandes zu sorgen“, so LAbg. Manfred Kölly, LBL, abschließend. ■

Delegation des Deutschen Bundestages zu Gast



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Tourismuslandesrat Alexander Petschnig empfing die Mitglieder der Delegation des Tourismusausschusses des Deutschen Bundestages vor dem Schloß Esterházy in Eisenstadt

Von seiner schönsten Seite zeigte sich das Burgenland am 28. Mai beim Besuch einer Delegation des Tourismusausschusses des Deutschen Bundestages in Eisenstadt. Begrüßt wurden die Gäste unter der Leitung des Ausschußvorsitzenden Sebastian Münzenmaier von Burgenlands Tourismuslandesrat Alexander Petschnig.

„Der regelmäßige Austausch ist wichtig und richtig, gerade am Tourismus-Sektor. Es freut mich daher besonders, daß die Delegation aus unserem Nachbarland bei ihrem dreitägigen Besuch in Österreich auch das Burgenland besucht“, so Petschnig, der bei seiner Begrüßung die Vorzüge des Burgenlandes als Tourismusdestination darlegte.

„Der Tourismus ist im Burgenland besonders in den letzten Jahren zu einem der wichtigsten Wirtschaftsbereiche geworden.

Die touristischen Umsätze haben vor zwei Jahren erstmals die Marke von 1 Milliarde Euro überschritten – das entspricht mehr als 9,1 Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung des Burgenlandes“, so Petschnig. Besonders erfreulich sei dabei, daß sich das Burgenland vom traditionellen Sommerurlaubsland mit dem Neusiedler See als Hauptattraktion zur Ganzjahresdestination entwickelt habe.

Begleitet wurde die Delegation vom Obmann des Tourismusausschusses des Nationalrates, Abg.z.NR Gerald Hauser. Neben einem Besuch des Schlosses Esterházy stand unter anderem eine Führung durch die Freistadt Rust am Programm. Den Ausklang fand der Burgenland-Tag bei einem gemeinsamen Abendessen, wo sich das Burgenland von seiner lukullisch besten Seite zeigte. ■

Frauenagenden: Dunst übergibt Zepter an Eisenkopf

LRin Dunst: »Die Schaffung eines Referats für Frauen war eine Entscheidung von gesellschaftlichem Symbolcharakter.«



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: LAbg.a.D. Gabi Arenberger- Vorsitzende Verein „Die Treppe“, LRin Astrid Eisenkopf, Jutta Zagler – Mädchenarbeit im Burgenland, LRin Verena Dunst, Renate Holpfer – Verein Frauen für Frauen/ Frauenberatungsstellen, Ina Stiglitz – Juristin der Kanzlei Dax, 2 beans – Monika Kager – Gründerin 2 beans, Karina Ringhofer – Leiterin des Referats Frauen, Antidiskriminierung und Gleichbehandlung

Nach 18 Jahren übergab Landesrätin Verena Dunst am 7. Mai die Frauenagenden im Burgenland offiziell an Landesrätin Astrid Eisenkopf. Die Schaffung eines Frauenbüros – seit 2016 „Referat für Frauen, Antidiskriminierung und Gleichbehandlung“ – und von Frauenberatungsstellen in jedem Bezirk, eines Frauenhauses sowie zahlreiche Frauen- und Mädchenprojekte bezeichnet Dunst als die wichtigsten Erfolge in diesem Bereich. Eisenkopf will künftig „die Frauen in ihren Lebensrealitäten abholen, bei der Gestaltung der Frauenpolitik auch die Männer ins Boot holen, auf faire Bedingungen hinarbeiten und noch mehr Gewicht auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie legen“. Sie will Rahmenbedingungen dafür schaffen, „daß Frauen eine Wahlmöglichkeit haben, wie sie ihren Lebensweg gestalten“.

»Guter Mix in der Frauenpolitik«

Eisenkopf freut sich auf ihre neuen Agenden, „weil es sich beim Frauenreferat um ein Ressort handelt, bei dem man sehr viel gestalten und wirklich greifbare Projekte umsetzen kann“. Sie pflege grundsätzlich einen pragmatischen Zugang bei politischen Fragen, „aber in der Frauenpolitik muß man natürlich auch Genderdebatten führen, darf

diese aber nicht überstrapazieren“. Es gehe um einen „guten Mix in der Frauenpolitik“.

Frauenarmut bekämpfen

Großen Wert will Eisenkopf auf die Bekämpfung der Frauenarmut legen. „Wir müssen jenen Frauen helfen, die wirklich unsere Hilfe und unsere Unterstützung brauchen.“ Das Ansteigen der Frauen-Erwerbsquote im Burgenland (2016: 65,9 %) sei in erster Linie auf den starken Anstieg der Teilzeitarbeit zurückzuführen, die 2016 im Burgenland bei Frauen bei rund 48 %, bei Männern lediglich bei rund 7,5 % gelegen sei. „Für Frauen ist es wichtig, unabhängig zu sein und selbstbestimmt und vor allem von ihrem Einkommen leben zu können, ohne sich dabei auf andere verlassen zu müssen.“ Frauenpolitik müsse gemeinsam mit den Männern gemacht werden. „Erst dann wird Frauenpolitik auch von den Männern akzeptiert werden.“ Sie lade daher alle Männer zur Mitarbeit ein.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleisten

ESF-Frauenbeschäftigungsprojekte werden auch künftig ein wichtiger Bestandteil der Frauenarbeit im Burgenland sein. In der Förderperiode von 2014-2020 stehen 2,4 Mio.

Euro zur Verfügung, davon 1,7 Mio. Euro für Frauenarmutsbekämpfung und 700.000 Euro für Vereinbarkeit von Familie und Beruf. „Hier wird es wichtig sein, die Gelder auch über 2020 hinaus sicherzustellen“

Häusliche Gewalt weiter bekämpfen, Frauenberatungsstellen ausbauen

Eisenkopf will einen starken Fokus auf die Bekämpfung häuslicher Gewalt legen, die Frauenberatungsstellen bekannter machen und besser aufstellen – etwa durch die Erweiterung um die Frauengesundheitszentren. Ihr gehe es auch um die „Wahlfreiheit, ihren Lebensweg nach ihren Wünschen zu gestalten“. Diese könne nur durch das gesetzlich verankerte Recht auf Kinderbetreuung gewährleistet werden.

Frauen und Jugend seien eine Querschnittsmaterie und ergänzten sich sehr gut. Deshalb solle ein Schwerpunkt auf Mädchenprojekten liegen. „Es gilt, diesen Bereich weiter auszubauen und mit relevanten Themen junge Mädchen anzusprechen – dazu gehören auch Tabuthemen wie Cybermobbing oder Sexualität. Das Selbstbewußtsein von jungen Mädchen muß gestärkt werden“, mahnt Eisenkopf. Ihr ist es auch „ein besonderes Anliegen, Frauen zu ermutigen, sich

einzubringen und an politischen Prozessen zu beteiligen“.

18 Jahre Frauenpolitik mit Leidenschaft

Am 28. Dezember 2000 war Verena Dunst von Landeshauptmann Hans Niessl in die Regierung geholt und mit den Frauenagenenden betraut worden – „eine Aufgabe, die ich sehr gerne angenommen und mit großer Freude und ganzer Energie wahrgenommen habe“, so Dunst.

Eigenes »Frauenbüro« als Meilenstein

Bis 2000 war die Frauenarbeit im Burgenland im Referat für Familie und Frauen angesiedelt. Um Frauen effizienter zu unterstützen, rief Dunst 2001 das „Frauenbüro“ ins Leben – „eine Entscheidung von gesellschaftlichem Symbolcharakter, ein Meilenstein in der burgenländischen Frauenarbeit“, so Dunst. Betrug das Gesamtbudget anfangs 59.000 Euro für Frauen und Familien, stehen für 2018 dem Referat für Frauen, Antidiskriminierung und Gleichbehandlung knapp 320.000 Euro allein für Frauenangelegenheiten zur Verfügung. Hinzu kommen ESF Mittel in Höhe von 2,48 Mio Euro für die Förderperiode 2014 bis 2020. In den folgenden Jahren wurde die Frauenberatung flächendeckend im Burgenland etabliert.

Heute steht in jedem Bezirk eine Frauenberatungsstelle zur Verfügung: „Das gibt es sonst in keinem Bundesland“, so Dunst. 2002 erfolgte die Eröffnung eines Frauenhauses, 2006 der Aufbau der kostenfreien juristischen Erstberatung in den Frauenberatungsstellen.

Frauen vor den Vorhang

Mit dem Rosa Jochmann-Preis, dem Frauenkunsthawerksmarkt „Unbeschreiblich weiblich“ oder dem „Frauen.Kunst.Raum“, bei dem Dunst Künstlerinnen ihre Räumlichkeiten für Ausstellungen zur Verfügung stellt, werden besondere Leistungen und das Können der Frauen vor den Vorhang geholt.

Gesundheit im Fokus

Als Erfolgsgeschichte hat sich auch der Burgenländische Frauenlauf erwiesen. 2013 mit 350 Läuferinnen begonnen, hat sich der Frauenlauf mit zuletzt mehr als 1.000 Teilnehmerinnen zur größten Laufveranstaltung des Landes entwickelt. Frauengesundheit war Dunst stets ein großes Anliegen: 2011 wurde ein Brustkrebsvorsorge-Programm gestartet, und 2014 und 2015 fand im Kulturzentrum

Eisenstadt eine Gesundheitsmesse für Frauen statt.

Den Politikerinnenlehrgang „Gscheite Frauen wissen mehr“, erstmals 2017 durchgeführt, das Symposium „Frauen/Leben/Burgenland“ rund um das Thema Armutsbekämpfung bei Frauen und die Kampagne „TpylsCH“, das sich dem Aufbrechen von Geschlechterstereotypen widmet, nennt Dunst als weitere Meilensteine.

Frauenarbeit auf Mädchen ausgeweitet

Standen anfangs die Frauenprojekte im Fokus, so wurden im Lauf der Jahre vermehrt auch Mädchenprojekte durchgeführt. MonA-Net (2003), die Bildungs- und Berufsfindungsmesse (BiBi; 2004), der „Girls Day (2001) mit bisher fast 6.000 Teilnehmerinnen und der „Girls Day Mini“ (2016) oder „Roberta – Mädchen in die Technik“ sind nur einige der zahlreichen Projekte für Mäd-

chen, die von Dunst im Burgenland gestartet wurden.

EU-Förderprogramme für Frauenbeschäftigung

Großen Wert legte Dunst stets auf die Verbesserung der Erwerbssituation der Frauen im Burgenland. Mit Hilfe von ESF-Mitteln wurden eine Vielzahl an Initiativen umgesetzt und Frauen in Beschäftigung gebracht, unter anderem durch Gründerinnenprojekte.

Dunst werde sich nun „mit voller Kraft auf das riesengroße Agrarressort“ konzentrieren. „Durch meine Zuständigkeit im Agrarbereich tut sich eine neue Perspektive auf. Ich sehe noch viele Chancen und Potential für Frauen im Burgenland etwa durch Direktvermarktung von regionalen Produkten.“ Für Ende Mai kündigt Dunst die Installation eines Frauengesundheitszentrums an. ■
<https://www.burgenland.at/buerger-service/buergerservice/frauen-maedchen/frauen/>

Neuer LK-Präsident bei Landeshauptmann Niessl



Foto: Bgld. Landesmedienservice

LH Hans Niessl (Mitte) empfing den neuen Präsidenten der Landwirtschaftskammer Burgenland, Abg.z.NR Nikolaus Berlakovich (l.) in Begleitung von LK-Direktor Otto Prieler.

Der neue Präsident der Landwirtschaftskammer Burgenland, Abg.z.NR Nikolaus Berlakovich, stattete Landeshauptmann Hans Niessl am 22. Mai in Begleitung von LK-Direktor Otto Prieler einen Besuch ab.

Berlakovich war am 10. April 2018 zum Präsidenten gewählt worden; er folgt in dieser Funktion Franz Stefan Hautzinger nach, der nach 28 Jahren in den Ruhestand getreten war.

Niessl hob die ausgezeichnete Gesprächsbasis mit der Landwirtschaftskammer hervor und zeigte sich „überzeugt, daß mit Präsident Berlakovich die gute Zusammenarbeit in bewährter Form fortgeführt wird. Ich wünsche ihm für seine neue Aufgabe alles Gute und eine erfolgreiche Arbeit zum Wohl der burgenländischen Landwirtschaft und damit der Menschen im Land.“ ■

<https://bgld.lko.at>

Neue Infrastruktur

Zu- und Umbau der Volksschule Gols von Landeshauptmann Hans Niessl eröffnet

Im Juni 2016 erfolgte der Startschuß für den Zu- und Umbau der Volksschule Gols. Am 17. Mai 2018 wurde die neu adaptierte Bildungseinrichtung ihrer Bestimmung übergeben und von Landeshauptmann Hans Niessl in Anwesenheit von Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz, Bildungsdirektor Heinz Josef Zitz, Bürgermeister Dir. Hans Schrammel und Schulleiterin Elisabeth Kainz mit einem Festakt eröffnet. Die Gesamtkosten für das Bauprojekt, an dessen Realisierung 35 regionale Firmen beteiligt waren, belaufen sich auf rund 1,7 Millionen Euro, wobei rund 20 Prozent der Kosten aus Bedarfzuweisungen über das Schulbauprogramm finanziert wurden. Es handelt sich dabei um einen zweistöckigen Zubau, wo nicht nur die Nachmittagsbetreuung mit zwei Klassenzimmern und die Musikschule untergebracht sind, sondern auch eine Küche mit Speisesaal, ein neuer, größerer Konferenzraum mit Direktorzimmer sowie neue Sozial- bzw. Sanitär-Räume. Im Zuge dessen wurde auch die Sanierung der Garderoben vorgenommen.

„In der Volksschule Gols wird eine qualitativ ausgezeichnete Arbeit geleistet, wofür ich mich bei der Direktorin und ihrem Team sowie bei den Eltern und den SchülerInnen, sehr herzlich bedanken möchte. Eine moderne Bildung erfordert aber auch eine moderne Infrastruktur. Mit diesem wirklich gelungenen Zu- und Umbau wurde deshalb nicht nur ein wichtiges Vorhaben realisiert, sondern



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Mit einem Festakt am 17. Mai wurde der Zu- und Umbau der Volksschule Gols eröffnet.

auch ein Schritt in die richtige Richtung gesetzt, denn diese Investition ist eine Investition in die Zukunft der Gemeinde, vor allem in die Bildung und damit in die Zukunft der Kinder, die diese Schule besuchen. Ich bin überzeugt, daß damit ein ausgezeichnetes Umfeld für eine weitere positive Entwicklung geboten wird. Eine Entwicklung, die nicht nur die Vermittlung von Wissen, sondern auch die Vermittlung von Werten beinhaltet“, so der Landeshauptmann.

Anfang der 70er-Jahre war das Burgen-

land in vielen Bereichen schlußlicht. Auch bei der Bildung war der Aufholbedarf groß. Heute nimmt das Burgenland in vielen Bereichen eine Vorreiterrolle ein und ist das Bildungsland Nummer 1 in Österreich. Niessl dazu: „Mit rund 98 Prozent haben wir die höchste Betreuungsquote bei den Drei- bis Fünfjährigen. Bei den unter Dreijährigen haben wir – nach Wien – den zweitbesten Wert aller Bundesländer. Im Jahr 2016/17 wurden in 285 Einrichtungen, wie Krippen, Kindergärten, Horte und altersgemischten Einrichtungen, mehr als 10.800 Kinder betreut. Wir haben die kleinsten Volksschulklassen, sind bei der schulischen Tagesbetreuung im Spitzenfeld und liegen bei der Maturantenquote auf Platz 2.“

„Diese Zahlen, Daten und Fakten belegen“, so Niessl weiter, „daß unsere Kinder bestens betreut werden, daß sie eine ausgezeichnete Bildung bekommen, daß sie Chancen und Perspektiven haben, daß unsere Kindergärten und Schulen, daß unsere PädagogInnen, daß die Eltern im Land Großartiges für die Kinder leisten, daß die Kinder und die Jugendlichen im Land ausgezeichnet auf ihre Zukunft vorbereitet werden und daß das Burgenland die besten Voraussetzungen für eine weiterhin erfolgreiche Entwicklung hat.“

<http://gols.at/>



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Bürgerbudget sucht Ideen

Bürgerbeteiligung der Freistadt Eisenstadt auf neuer Stufe

Mit dem Stadtentwicklungsplan „Eisenstadt 2030“ wurde die Arbeit für Eisenstadt neu ausgerichtet: Bürgerbeteiligung wird seither in der Landeshauptstadt groß geschrieben. Die Zukunft der Stadt soll aus der Mitte der Bürger heraus gestaltet werden.

In den vergangenen Jahren entwickelten sich Erfolgsprojekte wie der Stadtbus. Nicht nur die Idee zum Stadtbus wurde gemeinsam mit den BürgerInnen erarbeitet, auch bei der Namensfindung und bei der Werbekampagne war die Bevölkerung intensiv beteiligt.

Martin, Georg und Vitus sind nun seit eineinhalb Jahren unterwegs – die 4. Linie folgt und auch hier arbeitet die Bevölkerung wieder engagiert mit. Wie auch bei den ersten drei Linien war es die Beteiligung der Bürger, die zu den Namen der Busse führte, die vierte Linie wird Fanny heißen. Zuerst konnten mittels Postkarten Namensvorschläge eingeschickt werden. Insgesamt 448 Vorschläge erreichten das Rathaus, aus denen die zwei beliebtesten ausgewählt wurden und mittels Internetvoting zur Abstimmung gestellt wurden.

736 Teilnehmer verzeichnete die Abstimmung auf der Homepage der Stadt. 515 stimmten dabei für Fanny und 221 für Leopoldine. „Nachdem die ersten drei Busse auf die Ortspatrone der Stadtbezirke getauft wurden, wird mit der vierten Linie eine Frau geehrt, die in enger Verbindung zu Eisenstadt steht“, freut sich Bürgermeister Thomas Steiner. Fanny Elßler, im 19. Jahrhundert eine Tänzerin von Weltruhm, wird Namenspatronin für den Stadtbus.

Nun wird auf Initiative von Bürgermeister Thomas Steiner mit dem Bürgerbudget der nächste Schritt in Sachen Bürgerbeteiligung gesetzt. „Unsere Bürger sollen die Möglichkeit haben, Projekte in Eisenstadt selbst zu entwickeln und können selbstständig die Vergabe eines gewissen Budgets in jedem Stadtteil bestimmen“, erklärt Steiner.

Das Bürgerbudget im Detail

Aus dem Budget der Stadt Eisenstadt werden für jeden Stadtteil (Eisenstadt Stadt, St. Georgen und Kleinhöflein) pro Jahr 35.000 € bereitgestellt. Es sollen gemeinsam Projektideen gefunden, diskutiert und dann umgesetzt werden. Hierbei kann es sich zum



Foto: Magistrat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt

Bürgermeister Thomas Steiner (2. v.r.) mit den Stadtbezirksvorstehern Josef Weidinger (l.), Heidi Hahnekamp und Istvan Deli

Beispiel um einen Spielplatz, die Renaturierung eines Teiches, den Bau einer Beachvolleyballanlage usw. handeln.

Ein Vorzeigebispiel ist der Generationenspielplatz in der Wormserstraße. Hier war zwar die Sanierung bereits geplant, jedoch kamen die Ideen zur Detailgestaltung sowohl von Jugendlichen, als auch Senioren der Stadt. Im Sommer 2017 wurde der Spielplatz gemeinsam eröffnet.

Ab sofort mitmachen

Projektideen können ab sofort mittels Ideen-Postkarte oder an idee@eisenstadt.at per E-Mail eingereicht werden. Gleichzeitig kann man sich als engagierte Bürgerin oder engagierter Bürger bewerben, um aktiv im Entscheidungsprozess (Bürgerbudgetabende) für ein Projekt im eigenen Stadtteil mitzuwirken.

Je Stadtteil werden maximal zwölf Personen aus den Bewerbungen gelost, es wird aber darauf geachtet, daß sich in den einzelnen Gruppen der Querschnitt der Eisenstädter Bevölkerung abbildet. Aktive Politiker der Stadt Eisenstadt sind aus diesen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen. Die Projektideen bzw. die Bewerbungen als enga-

gierte Bürgerin oder Bürger konnten bis 31. Mai 2018 eingereicht werden.

Bei den Bürgerbudget-Abenden werden die Projekteinreichungen unter professioneller Anleitung durch MitarbeiterInnen der Geschäftsbereiche des Magistrates erläutert und gemeinsam diskutiert.

Wenn der Entscheidungsprozeß abgeschlossen ist, werden die jeweiligen „Siegerprojekte“ in den Stadtbezirksausschüssen präsentiert, anschließend im Gemeinderat beschlossen und durch die jeweiligen Geschäftsbereiche des Magistrates Eisenstadt zur Umsetzung gebracht.

Natürlich werden alle BürgerInnen über das Amtsblatt laufend über Entscheidungsprozeß und Projektfortschritt in den einzelnen Stadtteilen informiert.

Voraussetzungen, um engagierter Bürger zu werden, sind:

- Hauptwohnsitz im jeweiligen Stadtteil
- Ideenbringer für den Stadtteil,
- Interesse an der Ausarbeitung von Projekten für den Stadtteil,
- Kein aktives Mitglied des Eisenstädter Gemeinderates und
- Mindestalter 14 Jahre

<http://www.eisenstadt.at>

Schmetterlingswiesen für Eisenstadt

Im Rahmen der kommunalen Gesundheitsförderung „Eisenstadt tut mir gut“ wurden im Vorjahr an verschiedenen Plätzen Schmetterlingswiesen angelegt. Das Erfolgsprojekt findet 2018 seine Fortsetzung – auch heuer fungieren die Kinder der städtischen Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen als Blumenbotschafter der Stadt.

Gemeinsam mit den Kindern der städtischen Kindergärten und den städtischen GärtnerInnen werden neue Lebensräume für Schmetterlinge geschaffen. Im Mai wurden von den Kindern wieder neue Wiesen angelegt. Auch die Bevölkerung kann sich an der Aktion beteiligen, bei Partnerbetrieben der Stadt konnten online spezielle Samenmischungen bestellt werden.

Alle Kinder in den städtischen Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen haben kürzlich zusätzlich ein Sackerl mit Blumen Samen zum Anpflanzen für zuhause bekommen. „Damit fungieren unsere Kinder als Blumenbotschafter für die Schmetterlingswiesen“, freut sich Bürgermeister Thomas Steiner.

Die Vielfalt der Schmetterlinge ist ein wichtiger Indikator für das sensible Gleich-



Foto: Magistrat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt

Von Bürgermeister Thomas Steiner erhielten die Kinder in der städtischen Einrichtung am Oberberg Blumensamen für zuhause.

gewicht unserer Natur. Fühlen sich die Schmetterlinge wohl, ist das Umfeld auch für uns lebenswert.

„Wir schaffen Lebensräume für Insekten und Schmetterlinge und erhöhen den Wohl-

fühlfaktor in der Stadt. Das Anbringen von Tafeln mit Erläuterungstexten dient der Aufklärung der Bevölkerung und Wissensvermittlung“, so Bürgermeister Steiner. ■

<http://www.eisenstadt.at>

Mattersburg: 1500 Euro an Spenden durch Gugelhupfaktion!



Foto: Stadtgemeinde Mattersburg

v.l.: Carmen Tomisser, Stadträtin Claudia Schlager, Vzbgm. Otmar Illedits, GF der Frauenservicestellen Mattersburg und Eisenstadt Karin Hammerschmidt, Martin Strobl, Lisa Aufner, Martina Mayer-Hofmann und Jugendgemeinderat Martin Aufner bei der Gugelhupfaktion

Zahlreiche Gugelhupfliedhaber kamen am 11. und 12. Mai zum Mattersburger Veranstaltungsplatz und spendeten bzw. kauften einen Gugelhupf.

„Komm, bring oder kauf einen Gugelhupf“: Unter diesem Motto stand auch heuer

wieder die von Bgm. Ingrid Salamon initiierte Gugelhupfaktion für den guten Zweck. Der Reinerlös kam dieses Jahr den Frauenservicestellen „die Tür“ Mattersburg & Eisenstadt zugute. Die Organisationen unterstützen seit vielen Jahren Frauen in Notsitu-

ationen. Insgesamt wurden rund 1500 Euro eingenommen und gespendet. Die nicht verkauften Gugelhupf gingen an die „Team Österreich Tafel“. ■

<http://www.mattersburg.gv.at>

<http://www.frauenservicestelle.org>

Mattersburg wird Zentrum für Literatur und Weiterbildung

Kulturlandesrat Hans Peter Doskozil präsentierte finale Pläne für das KUZ Mattersburg NEU. Archiv und Bibliothek des Landes übersiedeln ins Kulturzentrum.



Foto: Bgld. LandesmedienService

v.l.: LR Hans Peter Doskozil, Bgm.in Ingrid Salamon Lt-Präs. Christian Illedits und Architekt Michael Ogertschnig von Holodeck Architects

Kulturlandesrat Hans Peter Doskozil informierte am 25. Mai vor Ort über die finalen Umbaupläne für das Kulturzentrum Mattersburg. Das Landesarchiv und die Landesbibliothek werden demnach vom Landhaus Eisenstadt ins neue KUZ übersiedeln. Durch Adaptierungen der bestehenden Pläne wird Raum für die gemeinsame Nutzung des KUZ durch Archiv, Bibliothek, Literaturhaus Mattersburg und Volkshochschule geschaffen. Die Errichtungskosten belaufen sich auf 15,6 Mio. Euro. Baubeginn ist im Februar 2019, die Fertigstellung ist für Jänner 2021 geplant.

„Es war mir wichtig, den Neubau des Kulturzentrums Mattersburg insbesondere unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit sowie der Möglichkeit einer sinnvollen, zeitgemäßen und nachhaltigen Nutzung zu beurteilen“, betonte Doskozil. „Das bedeutet auch, daß möglichst viele Menschen in den Genuß dieser Einrichtung kommen können. Die jetzt getroffene Lösung wird diesen Ansprüchen vollinhaltlich gerecht und berücksichtigt zudem den Gedanken der Dezentralisierung – und ist ein Signal, daß man Verwaltung zu den Menschen hinbringen kann“.

Laut einer Studie aus dem Jahr 2016 hätte die notwendige Erweiterung des Landesarchivs und der Landesbibliothek im Landhaus in Eisenstadt durch einen Neubau mit 9,6 Mio. Euro zu Buche geschlagen. Die nunmehr beschlossene Variante der Übersiedlung dieser Institutionen nach Mattersburg macht diese Investition obsolet.

Nicht zuletzt die Nähe des Kulturzentrums Eisenstadt und die zuletzt erzielte Einigung mit der Stiftung Esterházy und die dadurch ermöglichte Nutzung des Haynsaales als Veranstaltungssaal hätten zu einer Neubeurteilung der Besucherkapazität von 600 Personen im neuen KUZ Mattersburg geführt, erklärte Doskozil.

Die Adaptierung des bestehenden Umbauplans sieht eine Redimensionierung des Veranstaltungssaals von 600 auf 350 BesucherInnen vor. Durch das Einziehen einer zweiten Ebene wird Platz geschaffen für Archiv und Bibliothek samt Mitarbeiterbüros. Die Außenansicht wird durch die Adaptierungen nicht verändert, erhalten bleibt auch die Arena mit dem Brunnen. Das Foyer wird ebenfalls zweigeschoßig ausgeführt, wodurch sich eine höhere Flexibilität ergibt.

Es soll eine Verteilerfunktion übernehmen, Lesezonen für BesucherInnen und Raum für Ausstellungen bieten. Es soll auch ein dauerhaftes Gastronomieangebot geben, derzeit werden Gespräche mit potentiellen Pächtern geführt.

Doskozil liegt vor allem an der Öffnung und der Möglichkeit der Kommunikation der Einrichtungen – untereinander und mit den BesucherInnen. „Wir schaffen hier ein Zentrum für Literatur, das auch die Bedürfnisse der künftigen Nutzer – Archiv, Bibliothek, Volkshochschule, Literaturhaus, Artbox und Stadtgemeinde berücksichtigt“. Aber auch der Erhaltung der Architektur werde so weit wie möglich Rechnung getragen. „Es muß jedoch eine zeitgemäße, nachhaltige Nutzung mitbedacht werden“ so der Kulturlandesrat. „Mehr als die Hälfte des Altbestands des Kulturzentrums bleiben erhalten“, sagt Arch. Michael Ogertschnig von Holodeck Architects. Für Bürgermeisterin Ingrid Salamon „schreibt das KUZ Mattersburg, das das erste Kulturzentrum des Burgenlandes war, damit wieder einmal Geschichte“.

<http://www.mattersburg.gv.at>

<http://holodeck.at>

Österreich bekommt eine Digitalisierungsagentur

BM Margarete Schramböck und BM Norbert Hofer: Digitalen Wandel aktiv gestalten und wirtschaftlich nutzen – Bundesregierung schafft zentrale Plattform für Umsetzung wichtiger Digitalisierungsmaßnahmen

Wir wollen den digitalen Wandel aktiv gestalten und wirtschaftlich nutzen“, betonten Margarete Schramböck, Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, und Norbert Hofer, Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie, am 30. Mai. Die Digitalisierung ist ein zentrales Zukunftsthema und betrifft als Querschnittsmaterie sämtliche Lebensbereiche. Die Bundesregierung hat der Digitalisierung (DIA) im Regierungsprogramm entsprechend hohe Priorität eingeräumt und u.a. die Einrichtung einer Digitalisierungsagentur vorgesehen. „Wir schaffen damit eine zentrale Plattform für wichtige Digitalisierungsmaßnahmen und die notwendigen Rahmenbedingungen, um Herausforderungen der digitalen Transformation gezielt und gemeinsam umzusetzen“, so die beiden Bundesminister. Die DIA wird von den beiden Ministerien finanziert, als Bereich in der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft FFG eingerichtet und soll nach den entsprechenden gesetzlichen Schritten im Sommer ihre Arbeit aufnehmen.

Im Digital Economy and Society Index (DESI) der Europäischen Kommission 2018 ist Österreich auf dem 11. Platz, knapp vor Malta, Litauen und Deutschland. In den TOP 3 sind Dänemark, Schweden und Finnland. „Unser Ziel muß die Spitze sein“, so die beiden Minister. Mit der DIA folge Österreich dem Beispiel führender Digitalisierungsnationen und schaffe wichtige Voraussetzungen, um als Standort attraktiv zu bleiben.

Für Bundesminister Norbert Hofer erfüllt die DIA eine klassische Vernetzungs- und Beratungs-Aufgabe: „Die Digitalisierungsagentur ist nationaler und internationaler Ansprechpartner in Digitalisierungsfragen und gestaltet einen Dialog zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Verwaltung zu den unterschiedlichsten Facetten der Digitalisierung. Sie vernetzt die relevanten Stellen, berät die Bundesregierung und generiert so wichtige Anliegen und Ideen im umfassenden Bereich der Digitalisierung.“

„Rund die Hälfte der Klein- und Mittel-



Bundesministerin Margarete Schramböck und Bundesminister Norbert Hofer

ständischen Unternehmen wünscht sich Unterstützung zur Umsetzung der Digitalen Transformation. Durch den Einsatz der Digitalisierungsagentur kommen wir diesem Wunsch nach und tragen damit gleichzeitig zur Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Österreich bei. Das ist ein wichtiger Schritt, um unserem Ziel, wieder digitaler Vorreiter in Europa zu werden, näher zu kommen“, so Schramböck.

Die DIA agiert in den fünf Handlungsfeldern Digitale Infrastruktur, Wirtschaft, Bildung und Gesellschaft, Forschung, Entwicklung und Innovation sowie Datenschutz und Datenwirtschaft. Sie schafft eine Plattform zur Koordination und Abstimmung unterschiedlicher Akteure, vernetzt die relevanten Stakeholder und gestaltet einen Dialog zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Verwaltung zu den unterschiedlichen Facetten der Digitalisierung. Weiters greift die DIA relevante Ideen und Anliegen auf und formuliert gemeinsam mit Stakeholdern dazu Umsetzungsprojekte. Ebenso agiert sie in enger Abstimmung mit der interministeriellen Task Force der Chief Digital Officers (CDO), berät die Bundesregierung und ist nationaler wie internationaler Ansprechpartner in Digi-

talierungsfragen. Die DIA wickelt selbst keine Förderprogramme ab, ist aber in die Vorbereitung neuer Programme und Initiativen eingebunden.

Organisation der DIA

Die DIA wird als Bereich in der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft FFG eingerichtet. „Damit ist ein rascher Start der Arbeiten möglich, denn wir sind seit vielen Jahren ein starker und verlässlicher Partner der Wirtschaft bei der Entwicklung und Umsetzung innovativer Ideen und Projekte, die zuletzt insbesondere im Digitalisierungsbereich stark zugenommen haben“, so die beiden FFG-Geschäftsführer Henrietta Egerth und Klaus Pseiner. Die FFG hat ein weitverzweigtes Netzwerk, etablierte Strukturen und entsprechend Erfahrung. Mit der DIA als Teil der FFG können Synergien genutzt und eine kostengünstige Abwicklung gewährleistet werden.

Die DIA wird durch einen Beirat begleitet und strategisch unterstützt. Im Beirat sind hochrangige WirtschaftsvertreterInnen und ausgewiesene ExpertInnen vertreten. ■

<https://www.bmdw.gv.at>

<https://www.bmvit.gv.at>

Wirtschaft wächst kräftig

Gemäß der aktuellen Quartalsrechnung des WIFO expandierte das BIP in Österreich im I. Quartal 2018 gegenüber dem Vorquartal um 0,8 Prozent. Damit setzte sich das hohe Expansionstempo seit über einem Jahr fort.

Das österreichische BIP wuchs im I. Quartal 2018 um 0,8 Prozent gegenüber der Vorperiode (nach jeweils 0,9 Prozent im III. und IV. Quartal 2017). Das unbereinigte BIP lag um 3,4 Prozent über dem Niveau des Vorjahres. Wie bereits in der WIFO-Schnellschätzung von Ende April ausgewiesen, setzte sich die hohe wirtschaftliche Dynamik im I. Quartal fort. Die aktuelle Rechnung ergibt gegenüber der Schnellschätzung eine leichte Aufwärtsrevision (0,3 Prozentpunkte im Vorjahresvergleich).

Die saison- und arbeitstagsbereinigte BIP-Veränderungsrate (Kennziffer laut Eurostat-Vorgabe) stieg um 0,8 Prozent (+0,1 Prozentpunkt gegenüber der Schnellschätzung). Damit war das Wachstum im I. Quartal in Österreich doppelt so hoch wie jenes von Eurostat für den Euro-Raum sowie für die EU 28 Mitte Mai veröffentlicht.

Sowohl die Binnennachfrage als auch die Außenwirtschaft trugen positiv zum Wachstum der österreichischen Wirtschaft bei. Die

anhaltende Verbesserung am Arbeitsmarkt sowie eine sehr optimistische Konsumentenstimmung spiegeln sich auch in der Ausgabenbereitschaft der österreichischen KonsumentInnen wider. Der Konsum bildet somit auch im I. Quartal eine stabile Wachstumsstütze. Die privaten Konsumausgaben (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) expandierten um 0,4 Prozent, die öffentlichen Konsumausgaben um 0,3 Prozent.

Auch die Bruttoanlageinvestitionen (Ausrüstungs- und Bauinvestitionen) wuchsen im I. Quartal 2018 mit 0,9 Prozent weiterhin robust, wobei hier die Dynamik der Ausrüstungsinvestitionen leicht nachließ (+1,4 Prozent nach +1,9 Prozent im IV. Quartal 2017). Vor allem bei den Fahrzeuginvestitionen war eine Abschwächung zu beobachten. Die Nachfrage nach Maschinen und Elektrogeräten verlief hingegen weiterhin gut. Starke Impulse kamen auch von den Bauinvestitionen (+0,7 Prozent).

Der Außenhandel lieferte im I. Quartal 2018 erneut einen positiven Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum, wobei sowohl bei den Exporten (+0,9 Prozent nach +1,6 Prozent im IV. Quartal 2017), als auch bei den Importen (+0,6 Prozent nach +1,1 Prozent) die Dynamik zuletzt etwas abnahm.

Der Boom in der Industrie hielt im aktuellen Quartal an. In der Sachgütererzeugung stieg die Wertschöpfung mit 2,3 Prozent ebenso stark wie im Durchschnitt des Jahres 2017. Auch von der Bauwirtschaft kamen erneut positive Impulse (+0,5 Prozent nach +0,9 Prozent im IV. Quartal 2017). Die Dienstleistungsbereiche unterstützen das Wirtschaftswachstum ebenfalls. Die Wertschöpfung im Handel stieg um 0,2 Prozent, in der Beherbergung und Gastronomie um 0,5 Prozent. Im Bereich der freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen wurde sie um 1 Prozent ausgeweitet. ■

<http://www.wifo.ac.at>

Ergebnisse der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2016		2017			2018
	IV. Quartal	I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	IV. Quartal	I. Quartal
Veränderung gegen das Vorquartal in %, real						
Bruttoinlandsprodukt ¹⁾	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,8
Bruttoinlandsprodukt, gemäß Eurostat Vorgabe ²⁾	+ 0,6	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,7
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts ¹⁾						
Konsumausgaben						
Private Haushalte ³⁾	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3
Staat	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3
Bruttoinvestitionen	+ 1,2	+ 1,3	+ 2,5	+ 1,7	+ 1,1	+ 1,7
Bruttoanlageinvestitionen	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,8
Exporte	+ 1,4	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,7	+ 0,8
Importe	+ 1,2	+ 2,0	+ 1,7	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,5
Bruttoinlandsprodukt nach Wirtschaftsbereichen ¹⁾						
Herstellung von Waren	+ 1,3	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,6	+ 2,7	+ 2,0
Bauwesen	+ 0,4	+ 0,7	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,4
Marktdienstleistungen ⁴⁾	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,5
Handel	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,3
Beherbergung und Gastronomie	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real						
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,1	+ 3,1	+ 2,6	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,1

Quelle: WIFO-Berechnungen ¹⁾ Trend-Konjunktur-Komponente. ²⁾ Saison- und arbeitstagsbereinigt ³⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck ⁴⁾ Handel, Verkehr, Beherbergung und Gastronomie, Information und Kommunikation, Finanz- und Versicherungsleistungen, Grundstücks- und Wohnungswesen, Erbringung von freibe-

Rückgang des Wachstumstempos

Zunehmende globale Unsicherheiten – UniCredit Bank Austria Konjunkturindikator setzt leichte Abwärtstendenz im April mit einem Rückgang auf 4,2 Punkte fort

Die nach dem Jahreswechsel 2017/18 eingesetzte Konjunkturverlangsamung in Österreich setzt sich im Frühling weiter fort. „Der UniCredit Bank Austria Konjunkturindikator ist im April auf 4,2 Punkte gesunken. Der moderate, aber kontinuierliche Rückgang des Konjunkturklimas der vergangenen Monate hält zu Beginn des zweiten Quartals an. Das Wachstumstempo der österreichischen Wirtschaft ist derzeit aber immer noch sehr ansprechend. Unser Konjunkturindikator befindet sich abgesehen vom aktuellen Zyklus auf dem höchsten Stand seit Mitte 2007“, meint UniCredit Bank Austria Chefökonom Stefan Bruckbauer.

Der sehr lange Aufschwung der österreichischen Wirtschaft, der sich nach einem eher trägen Beginn im Jahr 2015 unterstützt durch die Steuerreform ab Mitte 2016 deutlich beschleunigte, gipfelte dank der globalen Erholung 2017 in der höchsten Wachstumsdynamik seit zehn Jahren. „In den vergangenen vier Monaten hat das ausgezeichnete Konjunkturklima in Österreich kontinuierlich an Glanz verloren. Der aktuelle UniCredit Bank Austria Konjunkturindikator signalisiert eine Fortsetzung des leichten Abwärtstrends und eine weitere Verlangsamung des Wachstums-



tempos, da vor allem das Exportumfeld zunehmend schwieriger wird“, so Bruckbauer.

Der erneute Rückgang des UniCredit Bank Austria Konjunkturindikators im April ist wie schon in den Monaten davor hauptsächlich der Verschlechterung der Geschäftseinschätzung in den exportorientierten Bereichen der österreichischen Wirtschaft geschuldet. Die heimischen Industriebetriebe

sind zwar weiterhin überdurchschnittlich optimistisch, die Stimmung hat sich, belastet durch sinkende Auftragszuwächse aus dem Ausland, mittlerweile jedoch klar vom Höhepunkt rund um den Jahreswechsel 2017/18 entfernt.

Schwierigeres Exportumfeld

Auch die mit den österreichischen Aus-

Österreich Konjunkturprognose								Prognose	
	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Wirtschaftswachstum (real, Vdg. z. Vorjahr)	2,9	0,7	0,0	0,8	1,1	1,5	3,0	2,8	2,0
Industrieproduktion (real, Vdg. z. Vorjahr)	6,7	0,1	0,8	1,1	2,4	2,5	4,2	4,5	3,5
Privater Konsum (real, Vdg. z. Vorjahr in %)	1,3	0,5	-0,1	0,3	0,5	1,5	1,4	1,3	1,1
Investitionen (real, Vdg. z. Vorjahr in %) *)	6,6	0,9	1,6	-0,7	1,2	3,7	4,9	3,2	3,0
Inflationsrate (Vdg. zum Vorjahr in %)	3,3	2,4	2,0	1,7	0,9	0,9	2,1	2,0	1,9
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	6,7	7,0	7,6	8,4	9,1	9,1	8,5	7,7	7,6
Beschäftigung (Vdg. zum Vorjahr in %) **)	1,9	1,4	0,6	0,7	1,0	1,6	2,0	2,3	1,1
Öff. Haushaltssaldo (in % des BIP)	-2,6	-2,2	-2,0	-2,7	-1,0	-1,6	-0,7	-0,5	0,0
Öffentliche Verschuldung (in % des BIP)	82,4	81,9	81,3	84,0	84,6	83,6	78,4	74,9	72,0

*) Bruttoanlageinvestitionen **) ohne Karenzgeldbezieher, Präsenzdiener und Schulungen ***) Schätzung
Quelle: UniCredit Research

Wirtschaft

senhandelsanteilen gewichtete internationale Industriestimmung als Indikator für die Entwicklung des Exportumfelds der heimischen Wirtschaft erreicht nach zum Teil deutlichen Rückgängen in den Vormonaten derzeit nur noch das Niveau von Mitte 2017, das jedoch auch mit einer durchaus hohen Exportdynamik zusammengefallen ist.

Die Verunsicherungen durch zunehmende protektionistische Tendenzen im globalen Handel und steigende geopolitische Risiken, jüngst verschärft durch den Ausstieg der USA aus den Atom-Abkommen mit dem Iran, dämpfen die Aussichten der Exportbetriebe.

„Der Konjunkturtrend zeigt seit Jahresbeginn 2018 eindeutig nach unten. Dem schwieriger werdenden Exportumfeld stemmt sich jedoch eine weitgehend stabile Binnenkonjunktur entgegen. Die Stimmung am heimischen Bau hat sich knapp vor Sommerbeginn auf hohem Niveau stabilisiert und auch die österreichischen Konsumenten sind unverändert optimistisch“, meint UniCredit Bank Austria Ökonom Walter Pudschedl. Während die Zuversicht am Bau von der sehr guten Auftragslage getragen wird, unterstützt die Entspannung am Arbeitsmarkt die anhaltend Hochstimmung der Konsumenten.

Nach dem Rückgang der Wachstumsdynamik im ersten Quartal 2018 gegenüber dem starken Jahresende 2017 erwarten die Ökonomen der UniCredit Bank Austria für die kommenden Monate eine weitere Mäßigung des Aufschwungs der österreichischen Wirtschaft.

Die Auslandsnachfrage bremst sich ein

Die Auslandsnachfrage wird bis zum Jahresende weiter an Schwung verlieren, da sich die Erholung des globalen Handels einzubremsen droht. Die starke Investitionsnachfrage vieler Emerging Markets, die eine wesentliche Triebfeder der hohen Dynamik ist, dürfte bei begrenzterem Kapitalzufluss aufgrund der zunehmenden Verunsicherungen in Kombination mit dem Aufwärtstrend der US-Zinsen gedämpft ausfallen. Aufgrund der nachlassenden Exportnachfrage werden die österreichischen Unternehmen bis zum Jahresende auch die Investitionspläne etwas zurückschrauben, wenn auch die Ausrüstungsinvestitionen aufgrund der überdurchschnittlichen Kapazitätsauslastung und der weiterhin günstigen Finanzierungsbedingungen eine wichtige Stütze des Wirtschaftswachstums in Österreich bleiben.

Bau und Konsum weiterhin stark

Auch die Bauinvestitionen werden dank der sehr guten Auftragslage einen soliden Aufwärtstrend fortsetzen. Zudem bietet der private Konsum im laufenden Jahr weiterhin eine weitgehend stabile Unterstützung für das Wachstum der heimischen Wirtschaft. Dahinter steht das starke Beschäftigungswachstum, das dem Konjunkturtrend zeitlich nachläuft, und in Kombination mit etwas höheren Lohnzuwächsen als 2017 mit einem spürbaren Anstieg des verfügbaren Einkommens verbunden ist. „Nach einem Wirtschaftswachstum von 3 Prozent im Vorjahr erwarten wir für 2018 weiterhin ein kräftiges Plus von 2,8 Prozent. Während die Binnenkonjunktur anhaltende Stärke zeigt, sehen wir den Grund für die Mäßigung des Wachstumstempos sowie das zunehmende Prognoserisiko nach unten eindeutig bei der Auslandsnachfrage“, meint Pudschedl.

Geopolitische Dissonanzen

Der eingesetzte Abwärtstrend der Konjunktur könnte sich in den kommenden Monaten noch spürbar verschärfen. Zu den protektionistischen Maßnahmen im internationalen Handel ausgehend von den USA, die zu weiteren neuen Handelsbarrieren in nächster Zeit führen könnten, gesellt sich als Verstärkung der Unsicherheiten für die globale Wirtschaft die Gefahr zunehmender geopolitischer Dissonanzen. „Der Ausstieg der USA aus dem Atom-Abkommen mit dem Iran und die Ankündigung verschärfter Sanktionen wird nicht ohne Folgen für die globale Wirtschaft bleiben. Die weitere Erhöhung der geopolitischen Spannungen, aufgesetzt auf die Verunsicherung durch die Einführung der US-Importzölle, könnte nach dem globalen Handel auch der Investitionsbereitschaft weltweit deutlicher zusetzen. Die stark exportorientierte österreichische Wirtschaft ist von solchen Rahmenveränderungen überdurchschnittlich stark betroffen“, meint Bruckbauer. Die eingesetzte Konjunkturabflachung wird sich 2019 weiter fortsetzen und selbst in einem maßvollen Risikoszenario nur noch ein Wirtschaftswachstum von 2,0 Prozent ermöglichen. Damit wird der BIP-Anstieg in Österreich jedoch weiterhin über dem langjährigen Durchschnitt liegen.

Verbesserung am Arbeitsmarkt läuft aus

Die Arbeitslosenquote (saisonbereinigt) hat im April 7,8 Prozent betragen. Das entspricht einem Rückgang gegenüber dem Vor-

jahr um beachtliche 0,8 Prozentpunkte. Damit sinkt die Arbeitslosenquote das zweite Jahr in Folge deutlich, sogar mit etwas steigender Tendenz im Jahresvergleich. „Die bereits eingesetzte Konjunkturabflachung wird in den kommenden Monaten die Verbesserung der Lage am heimischen Arbeitsmarkt langsam auslaufen lassen. Ab Sommer 2018 ist kaum mehr ein weiterer Rückgang der Arbeitslosenquote zu erwarten, da das tendenziell sinkende Beschäftigungswachstum weiterhin einem robusten Anstieg des Arbeitskräfteangebots gegenübersteht“, meint Pudschedl.

Für das Gesamtjahr 2018 ist von einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 7,7 Prozent auszugehen. Angesichts des moderateren Wachstumstempos der österreichischen Wirtschaft im Jahre 2019 wird sich das Beschäftigungswachstum weiter verlangsamen. 2019 wird die Arbeitslosenquote daher nur noch auf 7,6 Prozent sinken.

Ölpreis sorgt für zumindest temporär steigende Inflation

Nach durchschnittlich 1,8 Prozent im Jahresvergleich im ersten Quartal 2018 zeichnet sich bei der Teuerung in Österreich ein leichter Aufwärtstrend ab. Der Ölpreis ist in den vergangenen Wochen spürbar gestiegen und kletterte jüngst angesichts der Verunsicherung in Zusammenhang mit der Aufkündigung des Atom-Abkommens mit dem Iran durch die USA in Richtung 75 US-Dollar pro Barrel, ein Plus von über 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Da sich der Aufwärtstrend des Euros gegenüber dem US-Dollar in den vergangenen Wochen nicht fortgesetzt hat, hat sich auch die bislang deutlich dämpfende Wirkung der Wechselkursentwicklung reduziert. „Spätestens ab Sommer wird aufgrund des gegenüber dem Vorjahr jedenfalls spürbar höheren Ölpreises die Inflation in Österreich wieder über die Marke von 2 Prozent steigen. Im Jahresdurchschnitt 2018 ist aufgrund der niedrigeren Werte zu Jahresbeginn eine durchschnittliche Inflation von 2 Prozent zu erwarten, nach 2,1 Prozent im Vorjahr“, meint Bruckbauer.

Der Ölpreis bleibt ein wichtiger Einflußfaktor der heimischen Inflation. Unter der Annahme, daß der Ölpreis auf dem aktuell hohen Niveau verharrt und der Wechselkurs des Euros gegenüber dem US-Dollar stabil bleibt, würde die Teuerung in Österreich im Jahr 2018 um rund 0,3 Prozentpunkte höher ausfallen als aktuell erwartet. ■

<http://www.bankaustria.at>

Produktionsstart der neuen Mercedes Benz G-Klasse

Die Fertigung in Graz sichert tausende steirische Arbeitsplätze.



Foto: Daimler AG

In Graz ist am 17. Mai die erste neue Mercedes-Benz G-Klasse im Magna Steyr-Werk vom Band gelaufen.

Am Magna-Gelände in Graz Liebenau erfolgte am 17. Mai der feierliche Startschuß zur Produktion der neuen Mercedes G-Klasse. Zum Festakt konnten Magna-Vorstand Günther Apfalter sowie Daimler-Vorstand Ola Källenius über 3000 Personen begrüßen. Neben zahlreichen Ehrengästen und hochrangigen Persönlichkeiten von Daimler und Magna, nahmen auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in der Fertigung der Mercedes-Benz G-Klasse beschäftigt sind, teil. Im Rahmen einer Produktionsbesichtigung konnten sich Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer und Landeshauptmann-Stellvertreter Michael Schickhofer dabei ein Bild von der Fertigung des Geländewagens machen, der seit mittlerweile über 35 Jahren am Standort in Graz von Hand gebaut wird.

Zum Serienstart besuchte Ola Källenius, im Vorstand der Daimler AG verantwortlich

für Konzernforschung und Mercedes-Benz Cars Entwicklung, die Manufaktur in Österreich. „Die neue G-Klasse legt die Meßplatte in allen relevanten Bereichen noch ein Stück höher – in Sachen Performance, auf und abseits der Straße ebenso wie beim Komfort und der Telematik. Unsere ‚dienstälteste‘ Baureihe ist damit bestens gerüstet, ihre Erfolgsgeschichte fortzuschreiben. Kurz gesagt: Der neue ‚G‘ bleibt ein ‚G‘, nur besser“, betonte Källenius.

Grazer »Handarbeit« seit 1979

Die G-Klasse wird bereits seit 1979 von Magna Steyr für Mercedes-Benz in Graz gebaut. Überwiegend in Handarbeit entsteht dort auch die neue G-Klasse. Die erfahrene Belegschaft am Standort Graz, die teilweise seit den Anfängen die G-Klasse produziert, legt dabei höchstes Augenmerk auf die be-

kannte Mercedes-Benz Qualität. Die räumliche Nähe zwischen der ebenfalls in Graz ansässigen Daimler-Tochter Mercedes-Benz G GmbH und dem Magna Steyr-Werk ermöglicht zahlreiche Synergien dank einer eingespielten, hohen Vernetzung zwischen Entwicklung, Technik, Prototypenwerkstatt, Erprobung und Serienproduktion. Highlight des Standorts ist die Teststrecke am Grazer Hausberg Schöckl, die weltweit ihresgleichen sucht: Hier entspricht ein Testkilometer einer Belastung im Echtbetrieb von 50 Kilometern.

„Die neue G-Klasse erfuh mit dem Modellwechsel die größte Veränderung ihrer 39jährigen Geschichte. Gleichzeitig haben wir die bekannten und beliebten Merkmale der Design-Ikone bewahrt und den ‚G‘ im Bereich Fahrkomfort und Robustheit weiter optimiert. Übergeordnetes Ziel der Entwick-

Wirtschaft

lung war es, die neue G-Klasse im Gelände noch leistungsfähiger werden zu lassen. Bei der Produktion setzen wir weiterhin auf unseren seit 39 Jahren bewährten Produktionspartner Magna Steyr“, sagt Gunnar Güthenke, Leiter Produktbereich Geländewagen bei Mercedes-Benz.

Erfolgsgeschichte der Offroad-Ikone

Die Geburtsstunde der G-Klasse datiert auf das Jahr 1972 – ein Kooperationsvertrag zwischen der damaligen Daimler-Benz AG (heute Daimler AG) und Steyr-Daimler-Puch (heute Magna Steyr) in Graz, legte den Grundstein für eine jahrzehntelange Erfolgsgeschichte der legendären G-Klasse. Die Entscheidung für den Serienstart der G-Klasse fiel nur drei Jahre später – im Jahr 1975. Gleichzeitig wurde der Bau eines neuen Werks in Graz beschlossen, wo die Fahrzeuge seither überwiegend in Handarbeit hergestellt werden. Die Produktion der G-Klasse läuft am 1. Februar 1979 an – eine Ikone ist erschaffen. Die G-Klasse ist damit die mit Abstand am längsten gebaute Pkw-Modellreihe der Mercedes-Benz Historie und damit der Urvater aller SUVs mit Stern.

Seit der Einführung des ersten Modells der G-Klasse (1979) wurden über 300.000 Fahrzeuge produziert. Deren Absatz wächst seit 2009 kontinuierlich und seit 2012 erreichte sie Jahr einen neuen Verkaufsrekord. Dank der starken Wachstumsraten erzielte der Urvater der SUVs, die G-Klasse, 2017 einen neuen Absatzrekord mit über 22.000 verkauften Einheiten innerhalb eines Jahres. Die wichtigsten Absatzmärkte der G-Klasse waren in 2017 die USA und Deutschland.

Sinnliches funktionales Design

Die G-Klasse hat ihr Äußeres seit 1979 nicht wesentlich verändert. Ikonische Elemente, wie das Ersatzrad an der Hecktür und die robuste Außenschutzleiste, erfüllen heute wie damals ganz bestimmte Funktionen und verleihen der G-Klasse ihren besonderen Look. Die kantige Silhouette und die straff gezeichneten Oberflächen stehen ganz im Zeichen der sinnlichen Klarheit und verleihen dem Offroader seine unverwechselbare Erscheinung. Durch engere, präzise Fugen und harmonische Übergänge, wirkt die neue G-Klasse mehr denn je wie aus einem Guß.

Die Modellvielfalt der G-Klasse stellt besondere Anforderungen an die Produktion und an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In der Produktion wählen erfahrene Mechaniker aus insgesamt 10.000 Einzelteilen die zirka 3000 passenden aus, um sie dann mit



Foto: Land Steiermark

Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer und sein Laneshauptmann-Stellvertreter Michael Schickhofer konnten sich vor Ort selbst ein Bild von der neuen G-Klasse machen.

größter Sorgfalt zu einer neuen G-Klasse zusammenzufügen. Erst nach über 100 Mannstunden - fast dreimal so viel wie bei maschinell gefertigten Fahrzeugen - verläßt eine G-Klasse ihren Ursprungsort.

Schützenhöfer: Die Steiermark profitiert enorm

Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer unterstrich: „Die Steiermark profitiert von der Fertigung der Mercedes Benz G-Klasse in Graz enorm. Dieses Auto könnte aber nicht bei uns gebaut werden, wenn wir nicht stetig in Forschung und Entwicklung investieren. Das Wichtigste ist, daß es Arbeit für die Menschen in unserer Steiermark gibt. Unser Investment in die Forschung und Entwicklung sichert tausende Arbeitsplätze und garantiert uns und unseren Kindern und Enkelkindern die Jobs der Zukunft.“ Die Produktion der G-Klasse in Graz sei auch ein Aushängeschild für die Steiermark, so Schützenhöfer weiter: „Produkte wie die Mercedes Benz G-Klasse zeigen, daß die Steiermark weltweit als innovativer Standort mit hohen Qualitätsansprüchen wahrgenommen wird.“

Schickhofer: Symbol für die Steiermark

Landeshauptmann-Stellvertreter Michael Schickhofer betonte, daß der Mercedes G ein internationales Symbol für die Steiermark in aller Welt geworden ist: „Wenn man

mit dem ‚G‘ den Schöckl raufzieht und wenn man die Kraft spürt, die dieses Auto ausstrahlt, kann man der Mannschaft von der Produktion des ‚Mercedes G‘ nur gratulieren. Ich bin heute selbst mit dem neuen ‚G‘ probegefahren und kann das nur bestätigen. Der ‚Mercedes G‘ ist ein steirisches Aushängeschild und dafür sind wir sehr dankbar. Nur durch tausende steirische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Magna beziehungsweise Mercedes ist es möglich, daß so ein steirisches Aushängeschild in der ganzen Welt unterwegs ist. Dafür danken wir Ihnen allen.“

Magna Konzern

Der Magna Konzern beschäftigt in der Steiermark rund 13.500 (alle Standorte) der 17.050 MitarbeiterInnen in Österreich. In Graz befindet sich das weltweit einzige Werk des Konzerns, in dem ganze Fahrzeuge zusammengebaut werden, unter anderem der 5er-BMW, der Jaguar E-Pace und die Mercedes G-Klasse (seit 1979). Magna ist der weltweit am breitesten aufgestellte Automobilzulieferer mit Sitz in Aurora (Ontario). Magna designt, entwickelt und produziert Module, Komponenten und entwickelt und produziert ganze Fahrzeuge, insbesondere für Automobilhersteller und Kleinlastfahrzeughersteller.

<https://www.mercedes-benz.at>

<https://www.magna.com>

8,82 Mio. ÖsterreicherInnen

Bevölkerung Österreichs verzeichnete 2017 einen Zuwachs von 0,56 Prozent

Am 1. Jänner 2018 lebten 8.822.267 Menschen in Österreich, um 49.402 Personen (+0,56 %) mehr als zu Jahresbeginn 2017. Das geht aus endgültigen Ergebnissen von Statistik Austria hervor. Die Bevölkerungszunahme war demnach 2017 deutlich niedriger als im Jahr zuvor (2016: +72.394 Personen bzw. +0,83 %). Rund 90 % des gesamten Bevölkerungsanstiegs war auf die Netto-Zuwanderung aus dem Ausland in Höhe von +44.630 Personen zurückzuführen. Aber auch die positive Geburtenbilanz (+4.363 Personen) trug zum Wachstum bei.

Stärkeres Bevölkerungswachstum in Wien und im Westen Österreichs

Wien verzeichnet bereits seit 2002 die höchsten Bevölkerungszuwächse aller Bundesländer, so auch 2017: Die Einwohnerzahl der Bundeshauptstadt stieg um 21.194 Personen (+1,13 %) auf 1.888.776 Menschen zu Jahresbeginn 2018. Überdurchschnittliche Einwohnerzuwächse verzeichnete auch der Westen Österreichs: In Vorarlberg stieg die Bevölkerungszahl um 0,77 % und in Tirol um 0,67 %. Auch Salzburg (+0,60 %) und Oberösterreich (+0,58 %) verzeichneten Zuwächse über dem Bundesdurchschnitt. Ge-

ringer fiel der Anstieg der Einwohnerzahl in Niederösterreich (+0,30 %), dem Burgenland (+0,25 %) und der Steiermark (+0,24 %) aus. Kärnten war 2017 das einzige Bundesland, in dem die Bevölkerungszahl abnahm, und zwar um -0,03 % bzw. 179 Personen.

Auf Ebene der politischen Bezirke gab es fünf Bezirke mit einem stärkeren Bevölkerungswachstum als Wien: In Gänserndorf erhöhte sich die Bevölkerungszahl im Jahr 2017 um 1,38 %, in Wels-Land um 1,36 %, in Graz-Umgebung um 1,22 %, in Kufstein um 1,17 % und in Dornbirn um 1,15 %. Zuwächse über der Ein-Prozent-Marke verzeichneten außerdem die Bezirke Linz-Land und Rust (jeweils +1,11 %), Braunau am Inn (+1,08 %) und Neusiedl am See (+1,02 %).

Einen Bevölkerungsrückgang gab es in insgesamt 31 politischen Bezirken. Am stärksten fiel dieser in den Bezirken Gmünd und Waidhofen an der Thaya (je -1,24 %) sowie in Lilienfeld (-1,23 %) und in Jennersdorf (-1,08 %) aus.

Bevölkerungsanstieg in allen Altersgruppen

Am 1. Jänner 2018 lebten in Österreich 4.338.518 Männer und 4.483.749 Frauen.

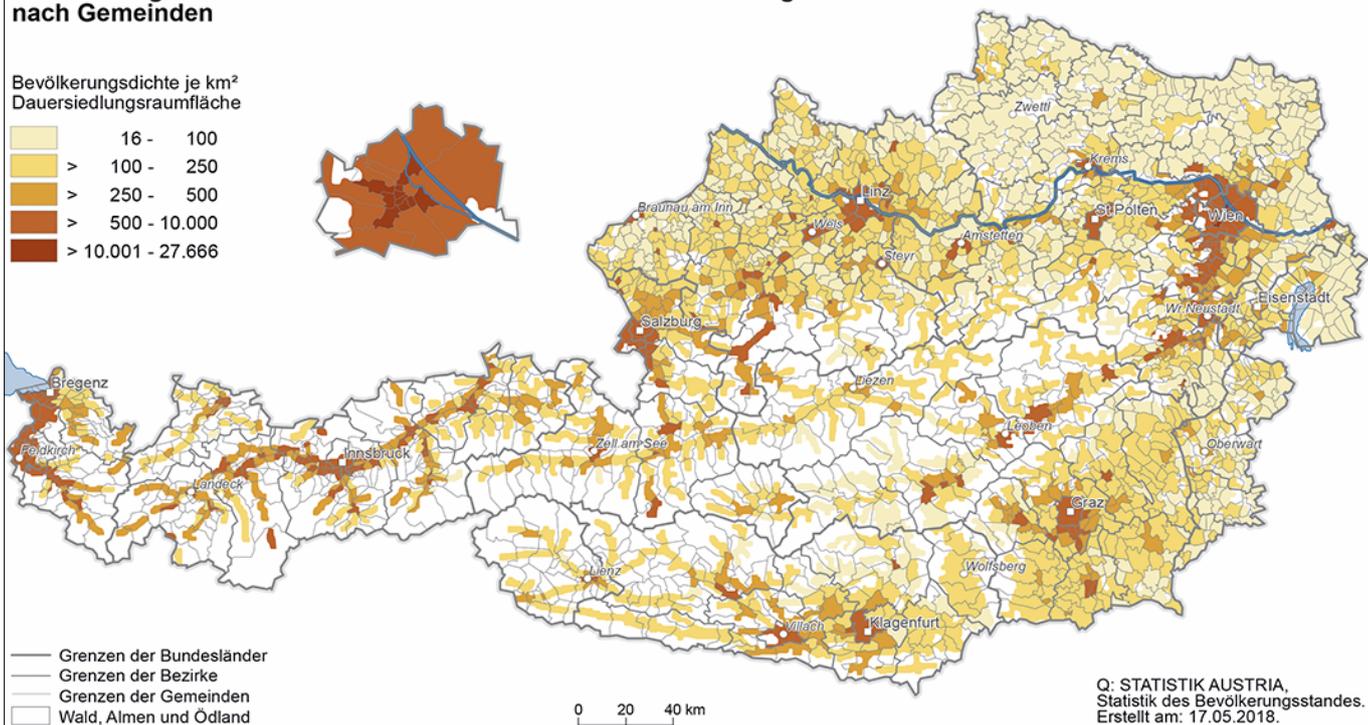
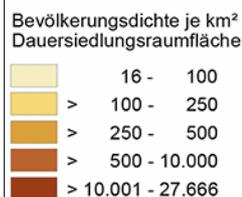
1.719.499 Personen waren Kinder und Jugendliche unter 20 Jahren (19,5 % der Gesamtbevölkerung), 5.455.776 Menschen (61,8 %) waren im Haupterwerbsalter von 20 bis unter 65 Jahren und 1.646.992 Personen (18,7 %) waren 65 Jahre oder älter. Verglichen mit dem 1. Jänner des Vorjahres erhöhte sich die Zahl der Männer um 26.077 und jene der Frauen um 23.325. Die Zahl der unter 20jährigen stieg um 1.774 Personen, jene der 20- bis 64jährigen um 26.153, und die Zahl der Menschen im Pensionsalter erhöhte sich um 21.475 Personen.

Insgesamt 1.019 Menschen (147 Männer und 872 Frauen) waren am 1. Jänner 2018 mindestens 100 Jahre alt. Damit reduzierte sich die Zahl der 100- und Mehrjährigen gegenüber dem Vorjahr um 129 Personen. Dieser Rückgang ergibt sich vor allem als Folge niedriger Geburtenzahlen vor 100 Jahren während des Ersten Weltkrieges und deutet nicht auf einen Rückgang der Lebenserwartung hin.

Das Durchschnittsalter der Bevölkerung lag zu Jahresbeginn 2018 bei 42,6 Jahren und somit geringfügig über dem Vergleichswert des Vorjahres.

<http://www.statistik.at>

Bevölkerungsdichte am 1.1.2018 berechnet auf die Dauersiedlungsraumfläche nach Gemeinden



Q: STATISTIK AUSTRIA, Statistik des Bevölkerungsstandes. Erstellt am: 17.05.2018.

ÖBB: Service für die Semmering-Bergstrecke

Viaduktsanierung und Gleiserneuerung auf der Semmering-Bergstrecke – Schienenersatzverkehr für Regionalzüge Mitte Juni zwischen Payerbach-Reichenau und Semmering bzw. Mürzzuschlag – Investitionen von rund 17 Millionen Euro



Foto: ÖBB / Wolf

Das Kartnerkogel-Viadukt verbindet den Wolfsbergtunnel mit dem Kartnerkogeltunnel nach der Haltestelle Wolfsbergtunnel.

Wie Autos, brauchen auch Bahnstrecken regelmäßig ein umfassendes „Service“, damit die Fahrgäste sicher und pünktlich unterwegs sind. Bis der Semmering-Basistunnel in Betrieb geht, rollen täglich rund 180 Züge über die 164 Jahre alte, denkmalgeschützte Semmeringstrecke. Durch die topografisch exponierte Lage und die entsprechend widrigen Witterungsbedingungen sind die Bahnanlagen großer Beanspruchung ausgesetzt. Große Temperaturschwankungen, Schnee und Frost verlangen den Kunstbauten und Gleisanlagen der Strecke einiges ab. Dazu kommt die Abnutzung durch den täglichen Personen- und schweren Güterverkehr. Die Summe dieser Faktoren macht es notwendig, die Semmering-Bergstrecke Schritt für Schritt zu sanieren. Die aktuelle Revitalisierungswelle läuft seit 2016. Die Hauptarbeiten werden 2020 beendet sein. 2018 und 2019 liegt das Hauptaugenmerk auf der Sanierung dreier Viadukte. Die Viadukte über Wagnergraben, Gamperlgraben und Rumpelgraben werden generalüberholt. Außerdem werden in Breitenstein neue Gleise verlegt. Investiert werden in die Maßnahmen

auf der Semmering-Bergstrecke im heurigen Jahr rund 17 Millionen Euro.

Wie funktioniert die Sanierung eines Viadukts?

Zunächst müssen die Viadukte eingerüstet werden. Die Brüstungsmauern werden, wo vorhanden, abgetragen und in ein Steinmetzwerk transportiert, um sie dort zu bearbeiten und zu sanieren. Da die Viadukte unter Denkmalschutz stehen, müssen alle Steine erhalten bleiben, daher muß das gesamte Material der Brüstungsmauern schonend abgetragen werden – dies auch deshalb, weil die Steinbrüche in der Region, aus denen die Steine stammen, seit Jahrzehnten geschlossen und somit keine Ersatzsteine vorhanden sind.

Um zu den Viadukten überhaupt vordringen zu können, wurden im heurigen Winter eigens Baustellenzufahrtsstraßen errichtet. Seit März werden die zu sanierenden Viadukte eingerüstet. Mitte Mai begannen die Hauptarbeiten – das heißt, es wurde mit dem Abtrag der Brüstungsmauern der Viadukte begonnen. Der Abtrag der Steine erfolgt un-

ter laufendem Bahnbetrieb. Das bedeutet, daß auf einem der beiden Gleise gearbeitet wird und auf dem anderen die Züge vorbeifahren (eingleisiger Betrieb).

Präzises Puzzle-Spiel

Im Vorfeld müssen zunächst alle Steine aufgenommen, nummeriert und vermessen werden. Sie werden zunächst mit einem großen Bagger vom Viadukt abgehoben. Ein kleiner Bagger fährt auf einem Arbeitszug, der aus ca. sechs bis sieben Waggons besteht, hin und her und lagert die Steine in der richtigen Reihenfolge ab. Das gewährleistet, daß auch beim Einbauen wieder ein Stein nach dem anderen in der richtigen Reihenfolge aufgenommen werden kann und nichts durcheinander gerät.

Alle Tätigkeiten erfordern daher eine enorme Präzision und eine genaue Einhaltung der geplanten Abläufe. Die Außenansicht des Viadukts muß unverändert bleiben. Das ist Vorgabe des Bundesdenkmalamts, weshalb die Arbeiten auch von diesem genau überwacht werden. Im Vorfeld mußte deshalb auch ein Probestein von den Viadukten

Chronik

bearbeitet werden, um sicherstellen zu können, daß die Steine schadfrei bearbeitbar sind.

Hülle konservieren, Innenleben erneuern

Nach Abtrag der Brüstungsmauer auf einer Gleisseite wird eine lastverteilende Stahlbeton-Tragwerksplatte im Viadukt eingebaut. Darunter liegt eine elastische Lagerdämmplatte – die beiden Komponenten bilden gemeinsam ein Masse-Feder-System, das den Druck, den ein drüberfahrender Zug ausübt, besser auf den gesamten Untergrund verteilt. Zudem werden eine neue Tragwerksentwässerung hergestellt, damit es zu keinen Frostschäden kommt. Die Wässer müssen gesammelt und abgeleitet werden, damit diese nicht mehr in die Viadukte eindringen können und somit keine weiteren Schäden anrichten. Über die gesamte Tragwerksbreite wird die Ankerung erneuert. Dazu bohrt ein rund neun Meter langer Bohrer ein Loch, in dem der Anker gesetzt und dann mit Zement verpreßt wird. Der Anker hat die Funktion, das Viadukt zusammenzuhalten. Schließlich muss so ein Steinmauerwerk auch das enorme Gewicht der Güterzüge tragen.

2018 werden die Arbeiten auf einer Gleisseite durchgeführt, bis Mitte 2019 auf der zweiten. Danach wird die Mittelfuge zwischen den beiden Tragwerksplatten geschlossen. Dafür ist dann im Mai 2019 eine elftägige Totalsperre der Semmering-Bergstrecke erforderlich.

Zahlen zum Staunen

- Wagnergraben-Viadukt: Brüstungsmauern zerlegt in 740 Steine (370 pro Gleisseite)
- Gamperlgraben-Viadukt: Brüstungsmauern zerlegt in 724 Steine (362 pro Gleisseite).

- Am Rumplergraben-Viadukt gibt es keine Brüstungsmauern, das ist das kleinste von allen.
- Gewicht der Brüstungsmauersteine: zw. 1,5 und 8 Tonnen.

Betriebliche Einschränkungen – Schienenersatzverkehr

Mitte Juni beginnen Arbeiten, die einen Schienenersatzverkehr für die Regionalzüge zwischen Payerbach-Reichenau und Semmering bzw. Mürrzuschlag von 11. bis 15. Juni sowie 18. bis 22. Juni, erfordern.

Die Südstrecke: Vom Reisen und Befördern der Zukunft

An mehr als 100 großen und kleinen Projekten arbeitet die ÖBB-Infrastruktur AG derzeit entlang der Südstrecke, einem Teil des Baltisch-Adriatischen Korridors. 200 Kilometer Bahnlinie werden modernisiert, 170 Kilometer neu gebaut. 80 km neue Tun-

nel und 150 neue Brücken errichtet. Über 5.000 Menschen arbeiten daran. Ab Ende 2026 eilen die Züge in 2 Stunden 40 Minuten von Wien nach Klagenfurt, von Graz nach Klagenfurt in 45 Minuten. Sie passieren, auf insgesamt 470 km, viele neue Bahnhöfe und durchqueren mit hohen Geschwindigkeiten zwei Berge – den Semmering und die Koralpe.

Das Projekt Südstrecke umfaßt: den Nordbahn-Ausbau, den Ausbau Wien-Bratislava, den neuen Wiener Hauptbahnhof, das Güterzentrum Wien Süd, den Ausbau der Pottendorfer Linie, den Bau des Semmering-Basistunnels, acht modernisierte Bahnhöfe auf dem Weg von Bruck nach Graz, den modernisierten Grazer Hauptbahnhof und 130 Kilometer neue Koralmbahn. Gemeinsam schaffen sie die Voraussetzungen für einen zukunftsorientierten Personen- und Güterverkehr. ■

<http://infra.oebb.at/suedstrecke>



oben: Es werden Anker gesetzt, um das Viadukt zusammenzuhalten
unten: Für den Abtransport vorbereitete Brüstungsmauer-Steine



Pionierleistung der Luftfahrt

Vor 100 Jahren startete die weltweit erste Flugpostlinie in Wien – Der Flughafen Wien präsentiert dazu umfangreiche Ausstellung

Der Luftfahrtstandort Wien war weltweit ein Pionier des Flugwesens: Vor 100 Jahren – im März 1918 – startete hier die weltweit erste Flugpostlinie, die erstmals die tägliche Zustellung von Briefen möglich machte. Ausgangspunkt war das Flugfeld Aspern, von wo aus täglich jeweils 1.200 km von Wien über Krakau, Lemberg, Proskurov, schließlich Kiew und wieder retour zurückgelegt wurden.

Zum 100jährigen Jubiläum dieser Pionierleistung hat der Flughafen Wien eine umfangreiche Ausstellung konzipiert. Zu sehen gibt es Postkarten aus dieser Zeit, Briefmarken und Kuverts, sowie Illustrationen von alten Flugzeugmodellen und sogar eine Bauanleitung für die Etrich-Taube. Die Exponate sind in der Besucherwelt am Flughafen Wien bis Ende September kostenfrei zu sehen.

„Mit der weltweit ersten regelmäßigen Luftpostlinie und einem der ersten in größerer Stückzahl erbauten Flugzeugtypen war Österreich ein wichtiger Entwicklungstreiber in der Geschichte der Fliegerei und hat vor 100 Jahren Luftfahrtgeschichte geschrieben. Bereits damals eröffnete der Luftfahrtstandort Wien wichtige Verkehrswege in den Osten. Heute ist der Flughafen Wien eines der wichtigsten Verkehrsdrehkreuze nach Osteuropa und ein unverzichtbarer Wirtschafts- und Logistikmotor für den internationalen Reise- und Warenverkehr. Wie das alles begonnen hat, erfährt man in der neuen Ausstellung am Flughafen Wien.“ so Günther Ofner, Vorstand der Flughafen Wien AG.

Flugfeld Aspern war Ausgangspunkt der ersten regelmäßigen Luftpostlinie

Der Vorgänger des heutigen Flughafen Wien, das Flugfeld Aspern, war im März 1918 Ausgangspunkt für die erste tägliche Luftpostlinie weltweit. Auf der Strecke Wien-Krakau-Lemberg-Proskurov-Kiew wurden hin und retour jeweils 1.200km zurückgelegt, um mit Postsäcken Briefe und wichtige Schriftstücke zuzustellen. Auch in Sachen Flugzeugtechnik war Österreich treibende Kraft, so kamen etwa hauptsächlich Flugzeuge aus österreichisch-ungarischen Produktionsstätten zum Einsatz, wie etwa Hansa-Brandenburg C1-Maschinen. Überdies auch Albatros und Öffag C1-Maschinen. Betrie-



Alexander Kustan, Kurator der Ausstellung (3. v.l.), Günther Ofner, Vorstand der Flughafen Wien AG (5. v.l.), sowie Rainer Stepan, Historiker der Flughafen Wien AG (2. v.l.) und Vertreter der Interessengemeinschaft Luftfahrt Fischamend.



Fotos: Flughafen Wien AG

Ein Originalkuvert, das mittels Luftpost verschickt wurde.

ben wurde die Luftpostlinie bis Oktober 1918, ab 1954 übernahm der Flughafen Wien die Funktionen vom Flugfeld Aspern.

Ausstellung mit Infos zur Luftpostlinie, sowie historischer Flugtechnik

Der Flughafen Wien organisierte anlässlich eine eigene Ausstellung, die mit Original-Postkarten, -Briefmarken und -Kuverts und sogar originalen Fliegeruniformen, bereitgestellt von der Interessensgemeinschaft Luftfahrt Fischamend, historisches Flair auf-

kommen läßt. Doch nicht nur mit der ersten regelmäßigen Flugpostlinie war Österreich treibende Kraft, auch in Sachen Flugtechnik wurden maßgebliche Entwicklungen aus Österreich gesetzt, so etwa vom österreichischen Flugpionier Igo Etrich, der mit der Etrich-Taube eines der ersten in größerer Stückzahl gebauten Flugzeugtypen geschaffen hat. Die Bauanleitung zu besagtem Flugzeug läßt sich ebenfalls auf der historischen Ausstellung am Flughafen Wien bewundern. ■

<http://www.viennaairport.com/flugpost>

Bundeskanzler lud zu Geburtstagsempfang für Marko Feingold

Kanzler und Vizekanzler gratulierten dem Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde Salzburg

Es ist mir eine besondere Ehre und Freude, Marko Feingold zu seinem 105. Geburtstag persönlich gratulieren zu dürfen. Gleichzeitig gilt ihm unser großer Dank für seinen Einsatz als Zeitzeuge der NS-Gräueltaten, als Mahner gegen Faschismus und Antisemitismus. Seine Erlebnisse als Opfer des Holocaust und KZ-Überlebender gibt er im Rahmen von Vorträgen und Dialogen an die jüngeren Generationen weiter. Wir sind ihm auch dankbar für sein vielfältiges Wirken als Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Salzburg und als Teilnehmer des interreligiösen Dialogs“, sagte Bundeskanzler Sebastian Kurz am 29. Mai anlässlich der Zusammenkunft mit Marko Feingold im Bundeskanzleramt. Zum 105. Geburtstag Feingolds gratulierte auch Vizekanzler Heinz-Christian Strache.

Der Bundeskanzler wies darauf hin, daß die Regierung es sich im heurigen Gedenkjahr zur Aufgabe gemacht hat, auch an die dunklen Seiten der Geschichte Österreichs zu erinnern. „Österreich hat lange gebraucht, um sich seiner Vergangenheit offen und ehrlich zu stellen. Wir haben eine Verantwortung gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus, aber auch gegenüber den nachfolgenden Generationen, dass so etwas nie wieder in der Geschichte unseres Landes Platz greifen kann“, so Kurz.

Marko Feingold wurde 1913 in der heutigen Slowakei, damals Österreich-Ungarn, geboren und absolvierte in Wien seine Schul- und Berufsausbildung. Als Handelsangestellter war er mehrere Jahre in Österreich und benachbarten Ländern tätig. 1939 wurde Feingold in Prag verhaftet, wegen eines Disziplinarvergehens angeklagt und in das Konzentrationslager Auschwitz überstellt. Insgesamt überlebte er vier Konzentrationslager: Durch einen Transport in das KZ Neuen-gamme bei Hamburg entkam er der bevorstehenden Liquidierung in Auschwitz. Nachdem er nicht mehr arbeitsfähig war, wurde er mit einem Todestransport ins KZ Dachau überstellt und 1941 weiter in das KZ Buchenwald. Dort rettete ihn der Umstand, daß deutschsprachige Häftlinge als Handwerker



Bundeskanzler Sebastian Kurz und Marko Feingold stoßen auf den 105. Geburtstag an.



v.l.: Vizekanzler Heinz-Christian Strache, Bundeskanzler Sebastian Kurz, Hanna und Marko Feingold und Oberrabbiner i.R. der IKG Wien, Paul Chaim Eisenberg

gebraucht wurden. Nach der Befreiung des Konzentrationslagers durch die Amerikaner kam er nach Salzburg, wo er in den Nachkriegsjahren die Versorgung von politisch Verfolgten organisierte und für die Zuführung von Familien und den Weitertransport jüdischer Flüchtlinge sorgte. 1948 eröffnete er in Salzburg ein Modefachgeschäft. Schon kurz nach Kriegsende war Feingold

bereits kurz Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Salzburg. Nach seiner Pensionierung 1977 wurde Marko Feingold Vizepräsident und 1979 wieder Präsident der Kultusgemeinde. Seither hält er zahlreiche Vorträge als Zeitzeuge in Schulen und Pfarregemeinden. Er ist auch aktiver Teilnehmer im interreligiösen Dialog. ■

https://de.wikipedia.org/wiki/Marko_Feingold

Eine Erfolgsbilanz

24 Jahre Bürgermeister Michael Häupl für Wien

Kein Bürgermeister hat die Stadt so sehr geprägt wie er: 24 Jahre lenkte Michael Häupl die Geschicke der Stadt und machte Wien zu einer modernen und weltoffenen Millionenmetropole. Am 24. Mai folgte Michael Ludwig als Wiener Bürgermeister auf Michael Häupl.

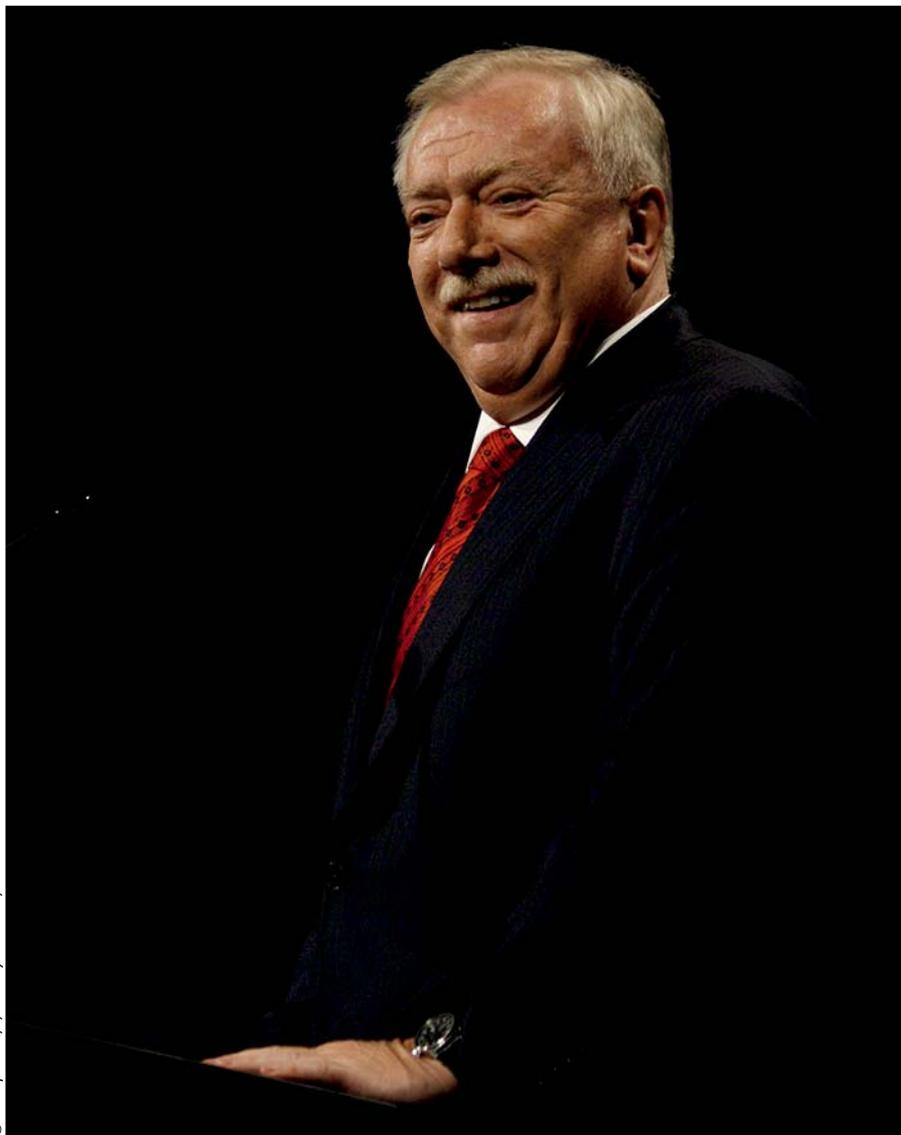
Häupl führte die österreichische Bundeshauptstadt mit großem Erfolg in die Europäische Union und etablierte Wien als Stadt des Wissens. Unter dem Rekord-Stadtchef wurde Wien zur attraktiven Großstadt, die seit 2009 den ersten Platz des Mercer-Rankings der weltweit lebenswertesten Städte belegt. Die Attraktivität Wiens bewirkte ein starkes Wachstum. In der Amtszeit Häupls wuchs die Stadt Wien von 1,5 Millionen Einwohner 1994 auf aktuell mehr als 1,8 Millionen an.

Infrastruktur für mehr als 2 Millionen Menschen

Für die wachsende Stadt wurden wichtige Infrastruktur-Projekte wie der neue Wiener Hauptbahnhof, U-Bahn-Verlängerungen von U1, U2, U3 und U6 umgesetzt. Insgesamt wuchs das Öffi-Netz zwischen 1994 und 2016 um mehr als 300 Kilometer auf rund 935 Kilometer. Der Ausbau der U-Bahn mit der neuen U5 sowie eine weitere Verlängerung der U2 wurde unter Häupl auf Schiene gebracht. Dank klarer Mehrheit bei einer Bürgerbefragung fährt die Nacht-U-Bahn an Wochenenden und vor Feiertagen. Die Zahl der Öffi-NutzerInnen ist auch dank der unter Häupl 2012 beschlossenen 365-Euro-Jahreskarte so hoch wie nie. 2017 waren 961,7 Millionen Fahrgäste mit Bim, Bus und U-Bahn unterwegs. Zum Vergleich: 1995 waren es noch 687 Millionen. Der Trendwechsel vom eigenen Auto zur umweltfreundlichen Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist seit dem Amtsantritt Häupls 1994 ungebrochen. Mehr als die Hälfte der Wege in der Stadt werden aktuell laut Modal Split mit den Öffis zurückgelegt. Aktuell haben mehr Menschen eine Jahreskarte als es angemeldete Autos in Wien gibt.

Gleichbleibender Personalstand der Stadt trotz mehr EinwohnerInnen

Trotz massiv steigender Bevölkerungszahl bleibt die Anzahl der Magistrats-Mitar-



© Wikipedia // Cc-by-sa-3.0 / Foto: Manfred Werner Tsui

Langzeitbürgermeister Michael Häupl zog sich am 24. Mai 2018 aus der Stadtpolitik zurück.

beiterInnen während der Amtszeit von Bürgermeister Häupl konstant. Wiens Verwaltung ist effizient, die Stadt sichert die Daseinsvorsorge für ihre Bewohnerinnen und Bewohner.

Wiens grünes Herz: die Hälfte der Stadt besteht aus Grünflächen

1996, gleich zu Beginn der Amtszeit von Häupl wurden 9.300 Hektar Augebiet zum Nationalpark Donauauen und Biosphärenpark Wien. Neben dem Einsatz für die Quellenschutzgebiete des Wiener Hochquellwassers sichert eine großangelegte Modernisierung des 3.000 Kilometer umfassenden Wasser-

rohrnetzes die einzigartige Wasserversorgung der Stadt mit bestem Hochquellwasser.

Herzansliegen: Wien zu Stadt des Wissens machen

Wien entwickelte sich von der Stadt der rauchenden Schloten zur Stadt der rauchenden Köpfe. Die Zahl der Forschungsstätten stieg von 894 (1994) auf 1554 (2015) um rund 75 Prozent. In der Ära Häupl wurde Wien zu einem der „big player“ in der europäischen Biotechnikszene. Generell wurden die Bereiche Wissenschaft, Forschung und Technologie forciert, um Wien zu einer Stadt des Wissens zu formen.

Personalia

Das spiegelt sich auch in der Bevölkerung wieder: Jede vierte Wienerin bzw. Wiener hat mittlerweile einen Uni-Abschluss. Mit 175.500 Studierenden ist die Uni-Stadt Wien aktuell die größte im deutschsprachigen Raum. Und die „Scientific Community“ in Wien hat mit dem Ball der Wissenschaften 2015 auch Einzug in den Wiener Ballkalender gefunden.

Modernste Bildung mit Gratis-Kindergarten und Campus-Schulen

2009 wurde in Wien die größte Mittelstands-Förderung Österreichs der letzten Jahrzehnte beschlossen: Der Kindergarten wird für 45.000 Kinder im Alter von null bis sechs Jahren gratis. Bei der Bildungspolitik setzt Wien unter Häupl auf Campus-Schulen, die Kindergarten, Ganztags-Volksschule und Neue Mittelschule an einem Standort vereinen und es Kindern von null bis 14 Jahren ermöglichen in einer Schule gemeinsam zu lernen. All das geschieht nach modernsten Bildungsstandards. Wien ist nach wie vor der österreichische Taktgeber wenn es um Bildung geht.

Wirtschaftsmotor, Magnet für internationale Betriebsansiedelungen

Bildung und Forschung sind auch ein Job- und Innovationsmotor: Seit 1994 stieg die Beschäftigung – trotz Wirtschaftskrise 2009 und ihre Auswirkungen – um 7 Prozent, die Zahl der Arbeitsstätten hat sich im selben Zeitraum auf 143.000 verdoppelt. Parallel dazu wuchs das Bruttoregionalprodukt zwischen 1995 und 2016 um 84 Prozent.

In Wien haben mehr als 200 internationale Firmen ihre Headquarter. Die Stadt ist auch Sitz von 32 internationalen Organisationen wie der UNO, der Internationalen Atombehörde IAEA, Organisation für industrielle Entwicklungshilfe UNIDO oder der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).

Internationale Großevents mit Weltruf

Auch als Austragungsort internationaler Großereignisse punktet Wien international. Die Fußball Europameisterschaft 2008, der Eurovision Song Contest 2015, die Beachvolleyball WM 2017 oder Events wie das Finale der UEFA Champions League 1995, die Eishockey Weltmeisterschaften 1996, die Handball Europameisterschaft 2010, die American Football Weltmeisterschaft 2011, die Baseball-EM 2013 und 2015 oder wiederkehrende Veranstaltungen wie der Vienna City Marathon oder das ATP-500 Tennis

Open in der Stadthalle: Immer wieder zeigt die Stadt, daß sie Großevents sicher und gut abwickeln kann.

Tourismus Rekorde und die Weltspitze der Kongreßstandorte

All das unterstreicht den international ausgezeichneten Ruf Wiens. Davon profitiert auch der Tourismus: Mit 15,5 Millionen Nächtigungen pro Jahr hat sich die Zahl seit 1994 annähernd verdreifacht. 2016 fanden dazu 1.320 Kongresse in Wien statt und brachten 1,4 Millionen Nächtigungen – drei Mal so viele wie noch zum Amtsantritt Häupls im Jahr 1994.

Stadt der Kultur

Bürgermeister Häupl festigt den Ruf Wiens als Welt-Kulturhauptstadt. 2001 wird das MuseumsQuartier eröffnet. Wien bekommt ein eines der größten Kunstareale der Welt mit 3,6 Millionen Besucherinnen und Besucher pro Jahr. Das Theater an der Wien kehrt 2006 zu seinen Ursprüngen zurück und wird zum Opernhaus mit Schwerpunkt Barockopern und modernes Musiktheater. Öffentliche Konzerte wie das Popfest am Karlsplatz, Electric Spring bis hin zur traditionellen Eröffnung der Festwochen am Rathausplatz runden das Angebot der Musikmetropole Wien ab. Einen weiteren Schwerpunkt setzt Häupl bei der Erinnerungskultur mit der Eröffnung des Deserteursdenkmals am Ballhausplatz 2014, oder die Sanierung jüdischer Friedhöfe wie jenem in der Seegasse am Alsergrund.

Politik mit großem Herz – Wien läßt niemanden in Stich

Während der Balkan-Kriege Mitte der 1990er-Jahre hilft Wien den Nachbarn in Not und auch bei der Flüchtlingsbewegung 2015 nimmt Wien Schutzsuchende auf, die vor Mord, Terror und Hunger flüchten. Bei der Sozialpolitik setzt der Bürgermeister auf die maxime Integration ab Tag eins und Hilfe in Notlagen. Häupls politisches Handeln war stets von Respekt und Rücksichtnahme sowie von Humanität und Ordnung geprägt.

Das Modell der Wiener Mindestsicherung ermöglicht es allen StadtbewohnerInnen unabhängig von ihrem Einkommen oder Herkunft an der hohen Lebensqualität in Wien teilzuhaben.

Gesundheitsversorgung im internationalen Vergleich top

In Punkto Gesundheitssystem genießt Wien international einen ausgezeichneten

Ruf. Mit der Spitalsreform 2030 stellt Häupl die Weichen für die Gesundheitsversorgung der wachsenden Stadt. Im nächsten Jahr wird das modernste Spital Europas in Wien Floridsdorf mit 800 Betten eröffnet.

Leistbarer Wohnraum für alle

Ein Wohnbauprogramm mit geförderten Wohnungen sichert, daß Wohnen auch weiterhin leistbar bleibt. In der Amtszeit von Bürgermeister Häupl werden neue Stadtteile wie der Seestadt Aspern, dem Sonnwendvier-



Foto: <http://tvthek.orf.at>

Bürgermeister Michael Häupl bei seiner Abschiedsrede im Wiener Gemeinderat

tel, dem Eurogate oder Monte Laa erschlossen. Neben den neuen Stadtteilen läuft unter Häupl auch die sanfte Stadterneuerung mit der geförderten Sanierung von Altbauten weiter.

»Meine Frösche sind nicht Deppert«

Der am 14. September 1949 in Altlengbach in eine Lehrer-Familie geborene Häupl hat als Biologe und Spezialist für Amphibien immer eine Karriere als Forscher verfolgt, bis ihn Bürgermeister Helmut Zilk 1988 mit den Worten „Ich brauch’ dich in der Politik, deine depperten Frösche kannst du auch später zählen“ in die Stadtregierung geholt habe, erinnerte sich Häupl später an seinen Start im Gemeinderat. Die Aufgabe nahm Häupl an – nicht ohne Zilk zu kontern: „Meine Frösche sind nicht deppert.“ Am 7. November 1994 wurde Michael Häupl im Gemeinderat zum neuen Stadtchef gewählt.

Häupl schlug fünf Wahlen als Spitzenkandidat in Wien und holte zwei Mal, 2001 und 2005, die Absolute Mehrheit. 2010 koalierte er mit den Grünen – eine Premiere in der Österreichischen Politik, die 2015 fortgeführt wurde. ■

<http://www.wien.gv.at>

Personalia

NÖ: Großer Empfang für Landtagspräsident a. D. Hans Penz

Im Palais Niederösterreich in der Wiener Herrengasse fand am 28. Mai ein großer Empfang für Landtagspräsident a. D. Hans Penz statt. Eine große Zahl an Ehren- und Festgästen fand sich ein, um dessen Leistungen zu würdigen. An der Spitze der Gäste standen Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Bundeskanzler Sebastian Kurz.

„Deine wichtigsten Prinzipien sind dir in die Wiege gelegt worden“, hob die Landeshauptfrau in ihrer Festrede die bäuerlichen Wurzeln von Penz hervor: „Die Liebe zum Heimatland, das Denken in Generationen, das Miteinander für die Interessen des Landes.“ Weiters charakterisierte sie Penz als „überzeugt und überzeugend, konsequent und kompetent“ und als einen, „der sich mit sehr viel Mut für die Interessen des Landes einsetzt.“ Seine Prinzipien hätten Penz „zu einem der wichtigsten Politiker Niederösterreichs und der Republik gemacht“, betonte sie: „Du hast dich in das Geschichtsbuch des Landes eingeschrieben.“

Karl Wilfing, der Nachfolger von Penz, bezeichnete ihn als „politische Ausnahmeerscheinung“. Besonders habe er sich durch sein Motto „Jeder Tag ist Landtag“ ausgezeichnet



Foto: NLK / Burchhart

v.l.: Landtagspräsident Karl Wilfing, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Landtagspräsident a. D. Hans Penz, Bundeskanzler Sebastian Kurz und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

net. Penz habe den Landtag geöffnet, etwa durch den Jugend-Landtag oder die Initiative „Landtag im Land“.

Bundeskanzler Kurz blickte auf seine erste Begegnung mit Hans Penz zurück und

meinte: „Du warst jemand, der sein Amt mit sehr viel Ernsthaftigkeit und sehr viel Würde ausgeübt hat, und du warst jemand, auf den man sich verlassen konnte.“

https://de.wikipedia.org/wiki/Johann_Penz

OÖ: Goldenes Ehrenzeichen an General Othmar Commenda

Landeshauptmann Thomas Stelzer hat 22. Mai das Goldene Ehrenzeichen im Linzer Landhaus an General Othmar Commenda überreicht.

„General Othmar Commenda ist ein kraftvoller Gestalter des Bundesheeres und eine Galionsfigur des Generalstabes. Er ist nicht nur Kopf, sondern auch Manager eines 55.000 Mann und Frau starken Heeres. In der langjährigen Zusammenarbeit mit politischen und militärischen Entscheidungsträgern vieler Nationen hat er das Ansehen des Bundesheeres und Österreichs gemehrt. Othmar Commenda steht für Vertrauen und Kontinuität – innerhalb der Truppe, national und international. Für seine Verdienste an unserem Land wollen wir ihm heute danken“, so der Landeshauptmann in seiner Laudatio.

Commenda wurde am 29. Mai 1954 in Wels geboren. Er begann seine militärische Laufbahn 1975 in Ebelsberg, 1976 bis 1979 folgte die Ausbildung zum Berufsoffizier an der Theresianischen Militärakademie in Wiener Neustadt. Unter anderem nahm er an Weiterbildungen in Deutschland, den Niederlanden und den USA teil. Nach seiner Lehrzeit am United States Army War College in Car-



Foto: Land OÖ / Liedl

Landeshauptmann Thomas Stelzer überreichte im Linzer Landhaus das Goldene Ehrenzeichen des Landes Oberösterreich an General Othmar Commenda

lisle wurde er als erster Österreicher in die „Hall of Fame“ aufgenommen. Von 2008 bis 2013 war er stellvertretender Chef des Generalstabes; seit Mai 2013 ist er Chef des Generalstabes des Bundesheeres. Commenda

wird am 1. Juli 2018 seinen Ruhestand antreten.

An der Feier nahmen zahlreiche Ehrengäste teil.

https://de.wikipedia.org/wiki/Othmar_Commenda

Personalia

Salzburg: Großes Ehrenzeichen für Wolfgang Porsche

Wolfgang Porsche, Aufsichtsratsvorsitzender der Porsche AG und eine der herausragenden Unternehmerpersönlichkeiten Salzburgs, wurde von Landeshauptmann Wilfried Haslauer am 11. Mai mit dem Großen Ehrenzeichen des Landes ausgezeichnet. Anlass war die Geburtstagsgala zum „75er“ des Automobilkonzern-Chefs in der Residenz, bei der zugleich auch das Jubiläum „70 Jahre Marke Porsche“ gefeiert wurde.

„Die Familiengeschichte von Porsche ist eng mit Salzburg verbunden. Das Unternehmen wurde 1947 von Luise Piech und Ferry Porsche – beide Kinder von Ferdinand Porsche – hier gegründet und zählt heute als Porsche-Holding GmbH mit Sitz in Salzburg zu den größten und erfolgreichsten Automobilhandelsunternehmen Europas“, so Landeshauptmann Haslauer, der ergänzte: „Salzburg ist eben Porsceland. Wolfgang Porsche ist das Gesicht der Marke.“ Seine Verbundenheit zu Salzburg zeige sich auch in seiner Funktion als Vizepräsident der Internationalen Salzburg Association, die als Plattform für Freunde und Förderer Salzburgs aus aller Welt gelte.



Foto: Land Salzburg / Richard Schabetsberger Photography

Verleihung des Großen Ehrenzeichens des Landes an Wolfgang Porsche in der Salzburger Residenz – im Bild: Wolfgang Porsche (l.) und Landeshauptmann Wilfried Haslauer.

Wolfgang Porsche wurde am 10. Mai 1943 in Stuttgart geboren, wuchs aber im Familienstammsitz, im Schüttgut in Zell am See,

auf, wo er heute als passionierter „Nebenerwerbsbauer“ häufig anzutreffen ist. ■ https://de.wikipedia.org/wiki/Wolfgang_Porsche

LH a.D. Franz Voves erhielt Ehrenring der Steiermark

Am Abend des 23. Mai bekam Landeshauptmann a.D. Franz Voves den Ehrenring der Steiermark und damit die höchste Auszeichnung des Landes verliehen. Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer überreichte seinem Vorgänger ihn im Zuge einer Benefizveranstaltung für den Verein „Rainbows“ in der Aula der Alten Universität in Graz.

In einer sehr persönlichen Laudatio würdigte Schützenhöfer die Verdienste von Voves für die Steiermark: „Ich denke, es waren denkwürdige Jahre, es waren erfolgreiche Jahre, speziell ab 2010.“ Landeshauptmann Schützenhöfer erinnerte an die vielen bahnbrechenden Reformen: Die Verfassungsreform mit Verkleinerung des Landtages und der Landesregierung, die Verwaltungsreform, die Bezirks- und Gemeindefusionen oder die neue Schulstruktur. „Diese Reformpartnerschaft war wichtig und richtig, auch wenn sie außerhalb der Steiermark mehr Anerkennung gefunden hat, als im Lande selbst.“ Der Schlüssel sei gewesen, so Schützenhöfer, „dass wir einander vertraut haben und keiner den anderen über den Tisch ziehen wollte.“

Der Alt-Landeshauptmann stellte in seinen



Foto: Land Steiermark / Foto Fischer

v.l.: LH Hermann und Marianne Schützenhöfer, Ehrenringträger Alt-LH Franz Voves mit Gattin Ingrid und LH-Stv. Michael Schickhofer nach der Überreichung.

Dankesworten ebenso die persönliche Beziehung in den Mittelpunkt: „Warum sollte man, neben allen weltanschaulichen Differenzen, in der Politik nicht auch Freunde werden dürfen? Dadurch haben wir zwar nicht alles, aber doch vieles erreicht“, so Voves, der auch

auf seine Wurzeln zurückblickte: „Niemand hätte das Arbeiterkind aus der Grazer Puch-siedlung davon zu träumen gewagt, Landeshauptmann der Steiermark zu werden. Es war mir eine umso größere Ehre.“ ■ https://de.wikipedia.org/wiki/Franz_Voves

Personalia

Karateka Bettina Plank erhält Sportehrenzeichen in Gold

Weil Vorarlbergs Karate-Lady Bettina Plank bei der offiziellen Übergabe von Sportehrenzeichen Mitte Dezember 2017 nicht anwesend sein konnte, wurde ihr von Sportlandesrätin Barbara Schöbi-Fink am 18. Mai im Rahmen eines kleinen Festakts in der ÖKO-Mittelschule Mäder nachträglich das Ehrenzeichen für sportliche Leistungen in Gold verliehen. Dabei würdigte Schöbi-Fink die bemerkenswerten Leistungen der jungen Athletin und wünschte ihr für die weitere Zukunft alles Gute und viel Erfolg.

In den Jahren 2016 und 2017 war Bettina Plank vom KC Mäder jeweils zu Vorarlbergs Sportlerin des Jahres gekürt worden. „Du bist ein großes Vorbild, nicht nur für die heimischen Karatesportlerinnen und -sportler sondern für alle Sportbegeisterten im Land. Daß du nicht nur in Vorarlberg sondern auch in Oberösterreich den Titel ‚Sportlerin des Jahres‘ errungen hast, spricht Bände“.

Bereits im Alter von neun Jahren hat Bettina Plank den Karatesport für sich entdeckt. Mit 16 Jahren wurde sie ins Nationalteam aufgenommen. Seit diesem Zeitpunkt nimmt sie mit großem Erfolg an nationalen und internationalen Wettkämpfen teil. Der Grund-



Foto: VLK / B. Hofmeister

LR Barbara Schöbi-Fink (l.) ehrt Karateka Bettina Plank mit Sportehrenzeichen in Gold

stein für die sportliche Laufbahn wurde im Sportgymnasium Dornbirn gelegt. Nach dem Schulabschluß am Sportgymnasium erhielt Plank die Möglichkeit, im Bundesheer als Leistungssportlerin zu trainieren.

Bereits neun Mal konnte sie sich zur Staatsmeisterin küren, heuer zeigte sie bei der Karate EM in Novi Sad in Serbien mit dem hervorragenden zweiten Platz groß auf. ■

https://de.wikipedia.org/wiki/Bettina_Plank

Wien: Hohe Auszeichnung für Prof. Anton Zeilinger

Landeshauptmann Michael Häupl überreichte am 4. Mai dem renommierten Quantenphysiker Univ.-Prof. Anton Zeilinger, Präsident der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. An der Ehrung nahmen zahlreiche honorige Persönlichkeiten aus dem wissenschaftlichen und universitären Bereich teil. Die Laudatio hielt Rektor Univ.-Prof. Heinz Engl.

Michael Häupl bezeichnete Anton Zeilinger als besonders namhaften Vertreter der Wissenschaft, dem spezieller Dank für seine Lebensleistung gebühre, da er den Ruf der Stadt Wien als Stadt des Wissens in die Welt getragen habe. Wissenschaft im Dienste der Gesellschaftsentwicklung sei von großer Bedeutung und Zeilinger habe dem mit seinen herausragenden Forschungen und Experimenten Rechnung getragen.

Univ.-Prof. Anton Zeilinger bedankte sich mit einer launigen Rede, in der er die „historischen Brücken in der wissenschaftlichen Denkweise“ als charakteristisch für Wien bezeichnete. Während seiner Zeit in Amerika seien ihm das Interesse an fundamentalen Fragestellungen und die Offenheit



Foto: PID / C. Jobst

Bürgermeister Michael Häupl (r.) und em. Univ.-Prof. Anton Zeilinger

abgegangen, was die Wiener Tradition der Wissenschaft ausmache. Dies sei auch ein Grund für seine Rückkehr nach Wien gewesen. Er freue sich über seine engagierten Studenten, die ihr Wissen nach Europa und in die ganze Welt trügen. Abschließend dankte

er Häupl für dessen Engagement für die Wissenschaft und die unkomplizierte Bereitstellung notwendiger Finanzmittel für die wissenschaftliche Forschung im Dienste einer „Stadt des Wissens“. ■

https://de.wikipedia.org/wiki/Anton_Zeilinger

Katholische Kirche Steiermark ehrt Superintendent Miklas

Auf Schloß Seggau verlieh Bischof Wilhelm Krautwaschl dem evangelischen Superintendenten das Ehrenzeichen der Diözese Graz-Seckau für dessen langjährige Verdienste um die Ökumene.

Bei einer Feier mit dem Bischof der Evangelischen Kirche A. B. in Österreich, Michael Bünker, dem emeritierten Diözesanbischof Johann Weber, Superintendentalkurator Michael Axmann und einigen Festgästen ehrte Bischof Wilhelm Krautwaschl am 30. Mai Superintendent Hermann Miklas für seine 19 Jahre im Dienst als Superintendent der Evangelischen Kirche A. B. Steiermark. In seinem Grußwort bezeichnete ihn Bischof Krautwaschl als „glaubwürdigen Christen“. „Der Beginn meiner bischöflichen Amtszeit und das Ende deiner Amtszeit als Superintendent haben sich überschritten – glücklich, wie ich meine. So konnte ich in dir einen vornehmen Menschen, einen glaubwürdigen Christen, einen redlichen Theologen, ein ökumenisch gesinntes evangelisches Gegenüber und einen guten Reisebegleiter kennen lernen. Letzteres nicht nur im buchstäblichen, sondern auch im metaphorischen Sinn“, so Bischof Krautwaschl.

Die Laudatio wurde vom emeritierten Dogmatiker Univ.-Prof. Dr. Bernhard Körner gehalten, Ökumene-Referent der Diözese Graz-Seckau. Im Kern würdigte Körner den Geehrten als Menschen, als Politiker und als Christen: „Es ist der Mensch Hermann Miklas, der nicht nur seiner Tätigkeit in der Ökumene ein beeindruckendes Gepräge gegeben hat. Sucht man nach passenden Begriffen, dann fallen mir vor allem zwei ein: ‚vornehm‘ und ‚unaufgeregt‘. Er hat seinen klaren Standpunkt als Protestant nie verleugnet. Aber er hat ihn ohne allen falschen Eifer vertreten, ohne jede apologetische Tendenz.“

Hermann Miklas sagte in seinen Dankesworten: „Ich freue mich über diese Auszeichnung ganz besonders, weil sie absolut nicht selbstverständlich ist; sie folgt keiner zwingenden Logik, sie gehorcht keinen üblichen Usancen, sondern sie ist gewissermaßen ‚sola gratia‘ verliehen worden. Aber sie zeigt etwas vom hervorragenden ökumenischen Klima in unserem Land. Ich denke, wir haben hierzulande bereits etwas verwirklicht, was Papst Franziskus im Vorjahr noch als Zu-



Bischof Wilhelm Krautwaschl mit Superintendent Hermann Miklas und Ehefrau Helene



Hochrangige Vertreter der Evangelischen Kirche und der Katholischen Kirche Steiermark nehmen an der Ehrung teil.

kunftshoffnung formuliert hat: ‚Eine echte Versöhnung zwischen den Christen wird sich verwirklichen lassen, wenn wir verstehen, wechselseitig die Gaben des Anderen anzuerkennen, und fähig sind, demütig und aufmerksam voneinander zu lernen, ohne zu er-

warten, daß zuerst einmal die Anderen von uns lernen.‘ Daß wir das schon seit längerem – wechselseitig – ganz selbstverständlich tun, macht die steirische Ökumene so lebendig.“ ■

<http://www.katholische-kirche-steiermark.at>
<https://evang.at/kirche/ueberblick/steiermark>

Österreicher lieben Milchkaffee

Frischer Geschmack wird erkannt und geschätzt – Das Milchglas feiert seinen 50er

Anderswo kann der Kaffee nicht schwarz und stark genug sein. ÖsterreicherInnen trinken ihren Kaffee am liebsten mit viel frischer Milch. Das ergab eine Studie der Agrarmarkt Austria Marketing GesmbH. (AMA), die am 30. Mai anlässlich des Weltmilchtages am 1. Juni präsentiert wurde.

Eine kleine Umfrage sollte erkunden, wie wir Kaffee am liebsten konsumieren. Die Nase eindeutig vorn haben Varianten mit viel Milch – ganz besonders bei Kaffeetrinkerinnen. Jede zweite Österreicherin mag ihren Kaffee am liebsten mit viel Milch, 24 Prozent mit wenig Milch. Hingegen bevorzugen 27 Prozent der Männer das schwarze Getränk pur. Auch im Kaffeehaus und Restaurant stehen Kaffeearten mit viel Milch an der Spitze der Beliebtheitskala, wie Cappuccino oder Melange. Caffe Latte ist eindeutig ein „Frauengetränk“, der kleine Schwarze die Bastion der Männer. Für die Zubereitung von Milchkaffees muß es eindeutig Frischmilch oder ESL-Milch sein. Nur 5 Prozent der Befragten schmeckt Haltbarmilch im Kaffee besser als die frischen Sorten.

Die große Vorliebe für frische Milch unterstrich auch eine Blindverkostung der AMA. Die ProbandInnen sollten fünf verschiedene Milchsorten richtig zuordnen: Biomilch, Frischmilch, ESL-Milch, Haltbarmilch und laktosefreie Milch. Mehr als die Hälfte erkannte laktosefreie Milch am Geschmack, 41 Prozent konnten Haltbarmilch richtig bestimmen, sie schmeckt doch deutlich anders als Frischmilch. Weniger ausgeprägt sind die geschmacklichen Unterschiede zwischen den frischen Milchsorten. Hier tippte nur ein Viertel richtig.

Pure Milch und Milchgetränke werden am häufigsten zum Frühstück, aber auch als Erfrischung zwischendurch getrunken. Das ergab eine aktuelle Studie mit 1.600 Teilnehmern.

Der österreichische Ernährungsbericht empfiehlt drei Portionen Milch beziehungsweise Milchprodukte pro Tag. Diese Anregung kennen die Studienteilnehmer noch zu wenig. Jeder zweite Befragte glaubt, daß eine Portion Milch empfohlen wäre.

Dabei sind die ÖsterreicherInnen nach der Einschätzung ihrer Einkaufsgewohnheiten eigentlich Heavy-User. Ein Viertel schätzt, daß mehr als vier Liter pro Woche einge-



© Wikipedia / Cc-by-sa-3.0 / Foto: Manuel Gomez Ruano

Die ÖsterreicherInnen trinken ihren Kaffee am liebsten mit viel frischer Milch. Auch im Kaffeehaus und Restaurant stehen Kaffeearten mit viel Milch an der Spitze der Beliebtheitskala, wie Cappuccino, wie hier im Bild, oder Melange.

kauft werden, 24 Prozent gehen von drei bis vier Liter pro Woche aus. 27 Prozent kaufen bis zu einem Liter pro Woche. Gegenüber der letzten Befragung im Jahr 2012 ist die geschätzte Einkaufsmenge etwas zurückgegangen. „Das liegt sicher auch am steigenden Marktanteil der ESL-Milch, also der länger frischen Milch. Durch die längere Haltbarkeit dieser Milch wird weniger weggeworfen“, so Michael Blass, Geschäftsführer der AMA-Marketing.

Der Abtausch von Frischmilch durch ESL-Milch setzt sich fort. Laut RollAMA-Haushaltspanel*) betrug der Anteil der ESL-Milch im Milchsegment 2017 knapp 60 Prozent, im ersten Quartal 2018 ist der Anteil an Frischmilch erstmals wieder gestiegen. 84 Prozent der Ausgaben entfallen auf frische Milcharten, 16 Prozent auf Haltbarmilch.

Der Anteil der Biomilch steigt kontinuierlich. Ein Fünftel des Milchmarktes entfällt aktuell auf Biomilch.

Das Milchglas wird 50

1968 kämpften die Milchbauern mit einem großen Produktionsüberschuß. Um

den Absatz anzukurbeln, war Werbung notwendig. Der „Bauernmilchwerbegroschen“ wurde eingeführt und das Milchglas als Symbol für frische Milch geschaffen. Die erste Serie entstand im Glaswerk Stölzle im Waldviertel mit einer Auflage von 3 Mio. Gläsern. Fast jeder Haushalt in Österreich hatte damals mindestens ein Milchglas im Geschirrschrank und viele Konsumenten dieser Generation verbinden damit Kindheits-erinnerungen. Das belegt auch die jüngste Studie: Bei zwei von drei Befragten weckt das Milchglas Erinnerungen, besonders bei der Generation 30+. 2017 wurde das Glas neu aufgelegt, 250.000 Stück fanden reißenden Absatz. Das Milchglas ist im Webshop der AMA erhältlich. ■

<https://amainfo.at/ama-themen/>

*) Die RollAMA ist die rollierende Agrarmarktanalyse der AMA-Marketing in Zusammenarbeit mit der GfK und Key-QUEST Marktforschung. Basis ist das GfK-Haushaltspanel. Dabei führen 2.800 österreichische Haushalte Aufzeichnungen über ihre Einkäufe im Lebensmitteleinzelhandel (inkl. Hofer und Lidl).

Die RollAMA-Daten umfassen die Warengruppen Fleisch und Geflügel, Wurst, Milch und Milchprodukte, Käse, Obst, Gemüse, Erdäpfel, Eier, Tiefkühlprodukte, Fertiggerichte, aber nicht Brot und Gebäck.

Fenster in die Vergangenheit

WissenschaftlerInnen analysieren uralte menschliche DNA aus Südostasien.



Foto: Lorna Tilley, Australian National University

Bei Ausgrabungen im Jahr 2007 wurden bei Man Bac, Vietnam, alte menschliche Überreste gefunden.

Neueste Analysen ganzer Genome uralter menschlicher DNA aus Südostasien haben gezeigt, daß es im Laufe der vergangenen 50.000 Jahre mindestens drei große Migrationsströme in diese Region gab. Ein internationales Team unter der Leitung von ForscherInnen der Harvard Medical School und der Universität Wien um den Anthropologen Ron Pinhasi extrahierte die DNA aus den sterblichen Überresten von 18 Personen, die vor ungefähr 1.700 bis 4.100 Jahren im heutigen Vietnam, Thailand, Myanmar und Kambodscha lebten. Ihre Ergebnisse wurden nun in Science veröffentlicht.

Die Forschungsgruppe fand heraus, daß bereits vor 45.000 Jahren die ersten Menschen in die Region immigrierten und zu Jägern und Sammlern wurden. In der Jungsteinzeit vor rund 4.500 Jahren gab es einen starken Zustrom von Menschen aus China, die landwirtschaftliche Praktiken nach Südostasien brachten und sich unter die dort ansässigen Jäger und Sammler mischten.

Die neue Publikation beleuchtet einen weiteren wichtigen Aspekt in der Geschichte der weltweiten Bevölkerungsdynamik. Sie schließt damit an zahlreiche europäische Studien zu uralter DNA sowie zunehmenden Forschungsaktivitäten im Nahen Osten, Zentralasien, den pazifischen Inseln und Afrika an. „Wir haben heutzutage die Möglichkeit, einen sehr wichtigen Teil der Welt anhand

von Analysen uralter DNA zu erforschen“, so Mark Lipson, Postdoc-Fellow im Labor von David Reich an der Harvard Medical School und Erstautor dieser Studie. „Es öffnet ein Fenster zur genetischen Herkunft der Menschen, die in der Vergangenheit dort lebten und derer, die noch heute dort leben.“

Heutige Menschen mit diesem Erbgut sprechen zumeist austroasiatische Sprachen. Die WissenschaftlerInnen schließen daraus, daß die aus dem Norden zugewanderten Bauern frühe VertreterInnen der austroasiatischen Sprachgruppe waren. „Diese Studie läßt uns auf ein komplexes Zusammenspiel zwischen Archäologie, Genetik und Sprache schließen, was für das Verständnis der Geschichte der südostasiatischen Bevölkerung von entscheidender Bedeutung ist“, erklärt Ron Pinhasi als Co-Autor der Studie von der Universität Wien.

Die Untersuchung zeigt, daß nachfolgende Migrationswellen aus China während des Bronzezeitalters ankamen – vor rund 3.200 Jahren in Myanmar, vor 2.000 Jahren in Vietnam und innerhalb der letzten 1.000 Jahre in Thailand. Diese Zustrome brachten Abstammungen in die Region, die heute mit verschiedensten Sprachgruppen assoziiert werden.

Die Identifikation von drei Bevölkerungsgruppen – Jäger und Sammler, erste Bauern und MigrantInnen des Bronzezeitalters – spie-

gelt ein Muster wider, das europäische Studien zu uralter DNA bereits zuvor entdeckt hatten, aber mit zumindest einem wesentlichen Unterschied: Ein Großteil der Abstammungsvielfalt in Europa hat mit der Zeit und der Vermischung der Populationen abgenommen, während es bei südostasiatischen Populationen nach wie vor wesentlich mehr Variation gibt.

„Noch heute leben Menschen in der Region, die quasi direkte Nachfahren der drei ursprünglichen Bevölkerungsgruppen sind, darunter auch Personen mit Vorfahren unter den Jägern und Sammlern, die heute in Thailand und Malaysia, sowie auf den Philippinen und den Andamanen leben“, erklärt David Reich, Professor für Genetik an der Harvard Medical School und Co-Autor der Studie. „Im Vergleich dazu kann in Europa heute niemand behaupten, mehr als nur einen Bruchteil von europäischen Jägern und Sammlern abzustammen.“

Reich stellt die Hypothese auf, daß sich diese hohe Vielfalt in Südostasien nur dadurch erklären läßt, daß Bauern in der Region sehr viel später angekommen sind – vor rund 4.500 Jahren im Vergleich zu zuvor vermuteten 8.000 Jahren. Den Populationen blieb somit weniger Zeit, um sich zu vermischen, und die genetische Vielfalt ist daher noch stärker vorhanden. ■

<http://www.univie.ac.at>

100.000 »Bellsters« widerlegten Albert Einstein

Das weltweite quantenphysikalische Mitmach-Experiment »BIG Bell Test« sollte 2016 Albert Einsteins Urteil über die Verschränkung von Teilchen widerlegen. Mit Erfolg, wie nun auch eine Publikation mit Beteiligung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften im Fachmagazin »Nature« bestätigt.

Als „spukhafte Fernwirkung“ tat Albert Einstein einst das quantenphysikalische Phänomen der Verschränkung von Teilchen ab: Der berühmte Physiker hatte bezweifelt, daß bereits die Messung an einem verschränkten Teilchen unmittelbar den identischen Zustand bei dem anderen Teilchen festlegen kann, ohne daß eine greifbare Verbindung zwischen den beiden besteht. In vielen Experimenten konnte die Quantenphysik seither zwar genau das nachweisen. Dennoch blieben bisher einzelne Schlupflöcher bestehen, sodaß Einsteins Urteil nicht ganz entkräftet werden konnte.

90 Millionen Nullen und Einsen erzeugt

Eines der größten dieser sogenannten „loopholes“ wurde am 30. November 2016 bei dem weltweiten Mitmach-Experiment „BIG Bell Test“ geschlossen, benannt nach dem nordirischen Quantenphysiker John Stewart Bell: Organisiert von namhaften wissenschaftlichen Einrichtungen rund um den Globus, darunter auch dem Institut für Quantenoptik und Quanteninformation (IQOQI) Wien der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW), nahmen an diesem Versuch auf über fünf Kontinenten über 100.000 Freiwillige, sogenannte „Bellsters“, teil.

Sie erzeugten in einem eigens entworfenen Online-Game am Computer, Tablet oder Smartphone willkürlich und unbeeinflusst voneinander über 90 Millionen Nullen und Einsen. Diese wurden dann in Versuchsstationen in Echtzeit in insgesamt 12 Quantenlaboren eingespeist. So wurden unter anderem am IQOQI Wien der ÖAW diese Ziffern für die Einstellung der Messgeräte herangezogen, mit denen die Verschränkung der Lichtteilchen – einmal mehr – erfolgreich bestätigt werden konnte.

Riesiger menschlicher »Zufallsgenerator«

Was den Clou und zugleich den wissenschaftlichen Wert dieses weltweiten Experiments ausmachte, schildern die beteiligten

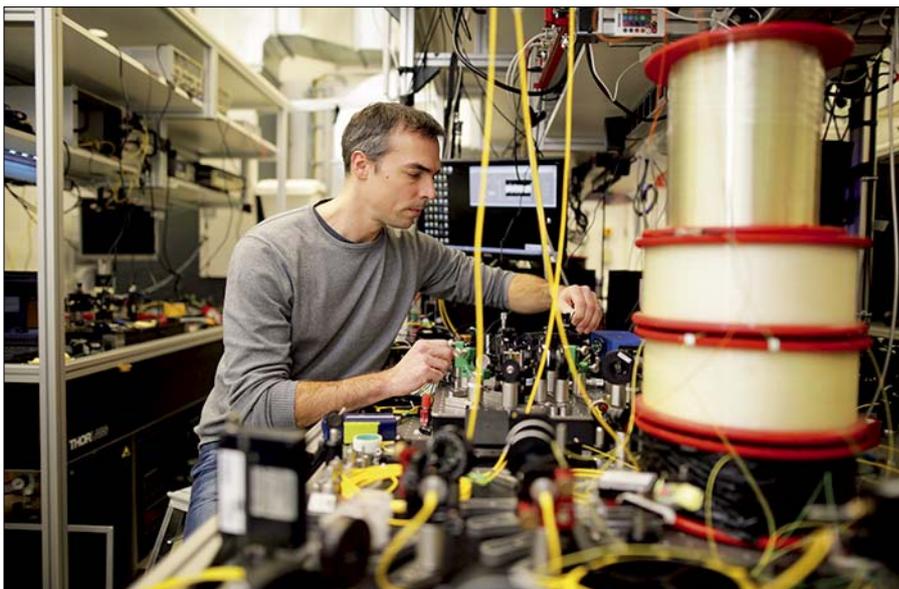


Foto: ÖAW

Der Quantenphysiker Thomas Scheidl leitete das Experiment am Institut für Quantenoptik und Quanteninformation der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien.



Foto: ÖAW / Klaus Pichler

Quantenphysikalische Versuchsanordnung

WissenschaftlerInnen nun auch im Fachmagazin „Nature“. Bei allen bisherigen Bell-Tests bestand immer noch die theoretische Möglichkeit, daß die Messung der Teilchen verfremdet sein konnte. So könnte man etwa annehmen, daß zwischen den bei Experimen-

ten eingesetzten Zufallsgeneratoren und den Teilchen in einer gemeinsamen Versuchsanordnung eine Verbindung besteht. Durch die Einbeziehung tausender Menschen beim „BIG Bell Test“ konnte dieses Schlupfloch erfolgreich geschlossen werden, da die menschlichen Entscheidungen komplett unvorhersehbar und unabhängig getroffen wurden.

„Daß mithilfe der zufälligen Entscheidungen von mehr als 100.000 Menschen die Verschränkung von Teilchen nachgewiesen werden konnte, zeigt, daß die spukhafte Fernwirkung real ist“, kommentiert ÖAW-Quantenforscher und Co-Autor Thomas Scheidl das Ergebnis des „BIG Bell Tests“. Die enormen weltweiten Teilnehmerzahlen an dem Experiment verdeutlichten zugleich, „wie groß das öffentliche Interesse an der ‚verrückten‘ Welt der Quanten und ihrer Erforschung ist“, freut sich Scheidl. Auch in Österreich: Mehr als 10.000 „Bellsters“ aus Wien und allen österreichischen Bundesländern beteiligten sich 2016 virtuell an dem Experiment, das vom spanischen ICFO – The Institute of Photonic Sciences in Barcelona koordiniert wurde. ■

<http://www.oew.ac.at>

Quanteninformation mit Schall übertragen

Wie läßt sich Quanteninformation von einem Atom zum anderen übertragen?
Ein Team der TU Wien und der Harvard University schlägt vor, Phononen zu verwenden – die Quanten des Schalls.

Die Quantenphysik ist dabei, einen neuen technologischen Entwicklungsschub auszulösen: Neuartige Sensoren, sichere Datenübertragungsmethoden und vielleicht sogar neuartige Computer sollen durch Quanten-Technologien möglich werden. Das entscheidende Problem daran ist allerdings, ausreichend viele Quantensysteme (etwa einzelne Atome) auf die richtige Weise miteinander zu koppeln und präzise anzusteuern.

Ein Forschungsteam der TU Wien und der Harvard University hat nun einen neuen Weg untersucht, die nötigen Quanteninformation zu übertragen: Sie schlagen vor, winzige mechanische Schwingungen einzusetzen. Die Atome werden dabei durch sogenannte Phononen miteinander gekoppelt – sie sind die kleinsten quantenphysikalischen Einheiten von Schwingungen oder Schallwellen.

Winzige Diamanten mit erwünschten Fehlern

„Wir untersuchen winzige Diamanten mit eingebauten Siliziumatomen – diese Quantensysteme gelten als besonders erfolgversprechend“, sagt Prof. Peter Rabl vom Atominstitut der TU Wien. „Normalerweise bestehen die Diamanten aus reinem Kohlenstoff, doch wenn man an bestimmten Stellen Siliziumatome einbaut, ergeben sich Fehler im Kristallgitter, an denen man Quanteninformation speichern kann.“ Die mikroskopischen Fehler im Diamantgitter lassen sich wie ein winziger Schalter verwenden und mit Hilfe von Mikrowellen zwischen einem Zustand höherer Energie und einem Zustand niedrigerer Energie hin und her schalten.

Gemeinsam mit einem Team der Universität Harvard entwickelte Peter Rabls Forschungsgruppe nun eine neue Idee, diese Quantenspeicher im Diamant kontrolliert miteinander zu koppeln: Man kann sie der Reihe nach, wie Perlen einer Perlenkette, in ein winziges Diamant-Stäbchen einbauen, mit einer Länge im Mikrometerbereich. Ähnlich wie eine Stimmgabel kann ein solches Stäbchen

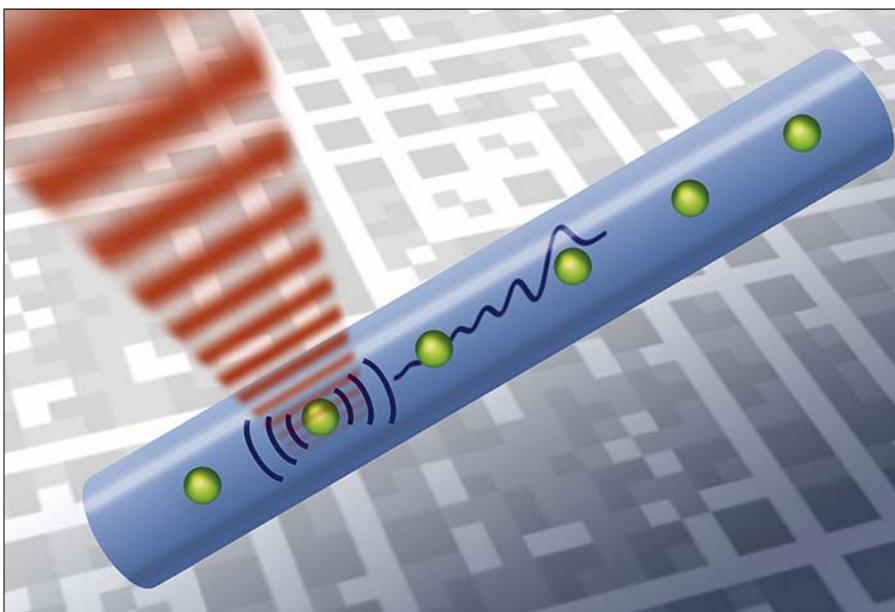


Foto: TU Wien

Mikrowellen beeinflussen die Quanten-Schalter in einem dünnen Diamantstäbchen, die dann durch Schwingungen (Phononen) miteinander gekoppelt werden.

dann zum Schwingen angeregt werden – allerdings handelt es sich dabei um minimale Schwingungen, die nur mit Hilfe der Quantentheorie beschrieben werden können. Und mit diesen Schwingungen lassen sich die Siliziumatome quantenphysikalisch koppeln.

„Licht besteht aus Photonen, den Quanten des Lichts. Und genauso lassen sich auch mechanische Schwingungen oder Schallwellen quantenphysikalisch beschreiben: Sie bestehen aus den sogenannten Phononen, den kleinstmöglichen Einheiten von mechanischen Schwingungen“, erklärt Peter Rabl. Sich die Wie das Forschungsteam nun mit Hilfe von Simulationsrechnungen zeigen konnte, lassen sich mit Hilfe dieser Phononen beliebige Quanten-Speicher im Diamantstäbchen miteinander verbinden. Dazu werden die einzelnen Siliziumatome durch Mikrowellen „ein- und ausgeschaltet“. Sie geben dabei Phononen ab oder nehmen Phononen auf. Damit kann man eine Quanten-Verschrankung unterschiedlicher Silizium-Fehlstellen erzeugen und Quanteninformation übertragen.

Auf dem Weg zum skalierbaren Quanten-Netzwerk

Bisher war völlig unklar gewesen, ob so etwas möglich ist: „Gewöhnlich erwartet man, daß die Phononen irgendwo absorbiert werden, oder in Kontakt mit der Umgebung geraten und dadurch ihre quantenphysikalischen Eigenschaften verlieren“, sagt Peter Rabl. „Phononen sind sozusagen der Feind der Quanteninformation. Wir konnten aber durch unsere Rechnungen nun zeigen, daß mit Hilfe einer passenden Steuerung durch Mikrowellen die Phononen tatsächlich technisch nutzbar sind.“

Ein großer Vorteil der neuen Technologie liegt in ihrer Skalierbarkeit: „Es gibt viele Ideen für Quantensysteme, die sich prinzipiell technologisch nutzen lassen. Das große Problem daran ist, daß es sehr schwierig ist, ausreichend von ihnen zu vernetzen, um etwa komplizierte Rechenoperationen mit ihnen durchführen zu können“, so Peter Rabl. Die neue Strategie, Phononen dafür einzusetzen, könnte einen völlig neuen Weg zu einer skalierbaren Quantentechnologie ebnen. ■

<http://www.tu-wien.ac.at>

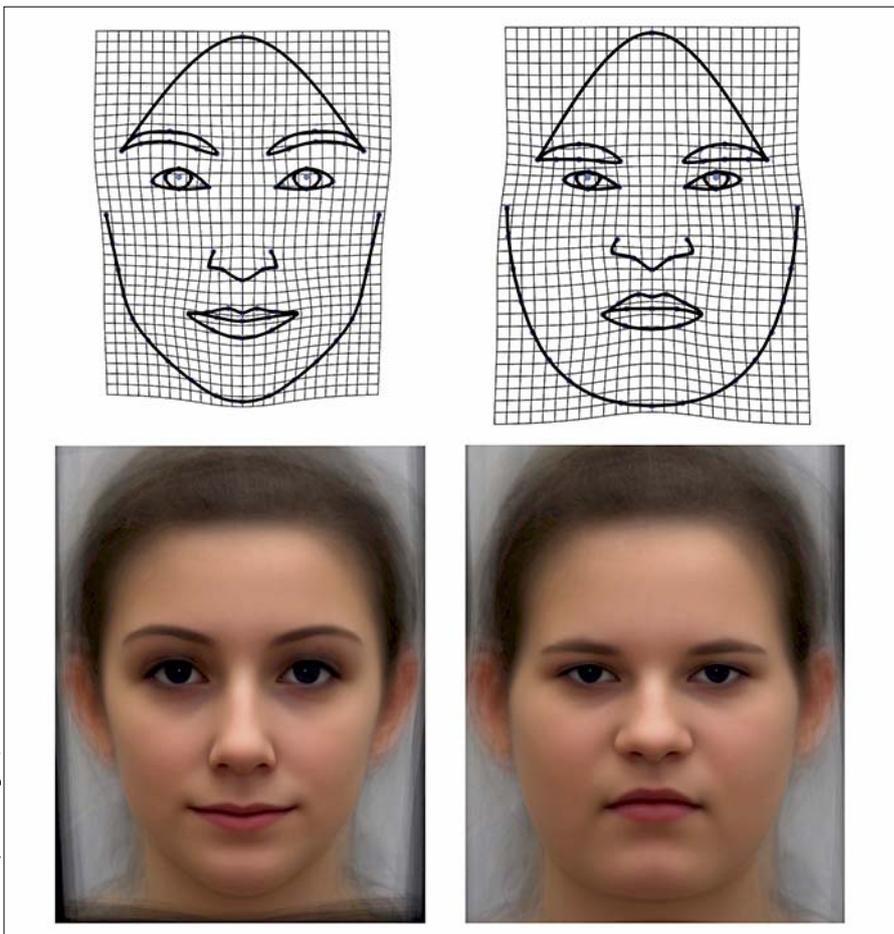
Neue Wege in der Gesichterforschung

Objektive Zahlen zum subjektiven »ersten Eindruck«

Menschliche Gesichter sind unser bedeutendstes und komplexestes Signalsystem. Für die wissenschaftliche Entschlüsselung werden künstliche Gesichter, sogenannte Morphs, erstellt, die sich ausschließlich in charakteristischen Gesichtsmerkmalen für eine einzige Eigenschaft – z.B. Körperhöhe, Körperkraft, Testosteronkonzentration, etc. – unterscheiden. WissenschaftlerInnen um die Evolutionäre Anthropologin Katrin Schäfer und die Biologin Sonja Windhager von der Universität Wien haben dazu ein neues innovatives Analyseverfahren entwickelt, das eine systematische Untersuchung und Überprüfung etablierter Hypothesen zu menschlicher Kognition und Kommunikation leichter macht. Die aktuelle Studie erschien im renommierten Fachjournal „Scientific Reports“.

Mathematische Modelle für die jeweils abzutestende Eigenschaft

Um in der Forschung vom subjektiven Eindruck zu objektiven Zahlen und Fakten zu kommen, haben die WissenschaftlerInnen mittels mathematischer Modelle exakte Werte für die jeweils abzutestende Eigenschaft ermittelt und so kalibrierte Morphs geschaffen, damit diese von Testpersonen hinsichtlich ihrer sozialen Wahrnehmung beurteilt werden können. Mit dem innovativen Einsatz geometrisch morphometrischer Methoden, das sind koordinatenbasierte statistische Analyseverfahren, erstellten sie weibliche Gesichtermorphs. Diese wurden zur Veranschaulichung des neuen Verfahrens im Körperfettgehalt kalibriert. Ausgehend von einem Durchschnittsgesicht mit 23 Prozent Körperfettanteil wurden weitere Abstufungen nach oben und unten errechnet, visualisiert und 275 Personen unterschiedlichen Alters zur Einschätzung präsentiert. Diese ProbandInnen mußten ihren ersten Eindruck in Hinblick auf verschiedene Dimensionen sozialer Wahrnehmung abgeben: Je höher der Körperfettanteil, desto dominanter wurden die Morphs wahrgenommen, je niedriger desto unterwürfiger. Anders verhielt es sich beispielsweise mit der Attraktivität. Hier wurden moderate Anteile von Körperfett bevorzugt. In dieser



© Schäfer, Windhager / Universität Wien

Körperfett verändert die Gesichtsform. Das wurde berechnet und hier anhand sogenannter Deformationsgitter (obere Reihe) und GM-Morphs (untere Reihe) veranschaulicht. Mit letzteren läßt sich testen, wie diese Veränderungen den ersten Eindruck beeinflussen.

Einschätzung waren sich alle befragten österreichischen Altersgruppen einig.

Konkreter Körperfettwert

Durch den neuen Kalibrierungsschritt konnte jedem einzelnen Einschätzungswert ein konkreter Körperfettwert zugeordnet werden. „So können wir sicherstellen, daß die Unterschiede in den Einschätzungen ursächlich nur auf die Unterschiede im Körperfettanteil zurückzuführen sind“, erklärt Katrin Schäfer. Diese Logik trifft natürlich auch für jede andere Eigenschaft zu, die signifikante Auswirkungen auf das Gesicht hat, so daß diese ebenso systematisch manipuliert und untersucht werden können. Dies eröffnet einmalige neue Möglichkeiten, zwischen-

menschlicher Eindrucksbildung in sozialer und evolutionärer Hinsicht auf den Grund zu gehen.

Der nächste Schritt

Im nächsten Schritt wollen die ForscherInnen die systematische Überprüfung etablierter wissenschaftlicher Hypothesen menschlicher Kommunikation und Kognition an der Schnittstelle zwischen Verhaltensbiologie, Anthropologie und Evolutionärer Psychologie in Angriff nehmen. Die neue Methode sollte sich auch bei interkulturellen Vergleichen und auf Phänomene wie Stereotypenbildung und Stigmatisierung anwenden lassen. ■

<http://www.univie.ac.at>

Kometen. Die Mission Rosetta.

Warum Kometen so faszinierend sind und wie die Rosetta-Mission ihre Geheimnisse erforschte – Ausstellung im Kunsthistorischen Museum Wien

In der Ausstellung „Kometen. Die Mission Rosetta. Eine Reise zu den Ursprüngen des Sonnensystems“ zeigt das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) bis zum 12. September 2018 in Kooperation mit dem Naturhistorischen Museum Wien (NHM) und der Max-Planck-Gesellschaft, warum Kometen so faszinierend sind und wie die Rosetta-Mission ihre Geheimnisse erforschte. Die Schau wird durch die regelmäßige, auf die Ausstellung Bezug nehmende Liveshow im Digitalen Planetarium ergänzt.

Kometen sind eisige Boten aus den Außenbezirken unseres Sonnensystems, die hauptsächlich aus Eis und ein wenig Staub bestehen, und, wenn sie in das innere Sonnensystem vordringen, durch die Sonne zum Leuchten gebracht werden und den so typischen Schweif entwickeln.

Ehrgeizige Mission mit hohen Zielen

Die Idee, eine Raumsonde und einen Lander zu einem Kometen zu schicken, wurde schon vor 32 Jahren geboren. Man wollte länger vor Ort bleiben – und beobachten, wie der Komet auf seinem Weg um die Sonne zunehmend aktiv wird und dabei Gas und Staub ins Weltall schleudert.

„Diese kometentypischen Prozesse waren nicht ausreichend erforscht, wir hatten vieles nicht verstanden“, sagt Ekkehard Kührt, Planetenforscher am DLR und zuständig für den wissenschaftlichen Anteil des DLR an der Mission mit Rosetta und Philae. „Außerdem gelten Kometen als Zeitzeugen der Planetenentstehung, da sie ihre ursprünglichen Eigenschaften weitgehend erhalten haben – das wollten wir nutzen, um in diese frühe Zeit zu schauen.“

Die Ziele – und auch die Premieren, die mit dieser Mission der europäischen Weltraumorganisation ESA vollbracht werden sollten – waren damit gesetzt: Zum ersten Mal sollte eine Raumsonde um einen Kometen kreisen und ihn auf seinem Weg durch das Sonnensystem begleiten, zum ersten Mal sollte mit dem von einem Konsortium unter Leitung des DLR entwickelten Lander Philae ein Labor auf einem Kometen aufsetzen und dort Messungen durchführen. Näher konnte man einem Kometen nicht mehr kommen. Die passenden Namen für Sonde und Lander



Foto: NHM Wien / Kurt Kracher

Der Komet Churyumov-Gerasimenko, steht – 4,3 Meter mal 3,6 Meter groß und so mit im Maßstab 1:1000 – im NHM als Größenvergleich auf dem Stadtplan von Wien.

waren schnell gefunden: Mit Rosetta erinnerte man an den Stein von Rosetta, mit dessen Hilfe die ägyptischen Hieroglyphen entschlüsselt werden konnten. Zusammen mit den Inschriften eines Obelisken aus dem Tempel von Philae gelang es Jean-François Champollion 1822, die bis dahin völlig rätselhafte Hieroglyphenschrift zu entziffern.

67P/Churyumov-Gerasimenko

Insgesamt 21 Instrumente flogen mit Rosetta und Philae zum Kometen 67P/Churyumov-Gerasimenko: Die internationalen Wissenschaftler-Teams wollten unter anderem herausfinden, wie sich der Komet zusammensetzt, welche physikalischen Eigenschaften er hat und auch, ob Kometen einst Wasser und die Bausteine des Lebens auf die Erde brachten. „Die Entwicklung des Lebens ist eine Grundfrage unserer Forschung“, erklärte Prof. Tilman Spohn, der frühere Direktor des DLR-Instituts für Planetenforschung. „Rosetta hat uns gezeigt, daß Kometen als Lieferanten prebiotischer Moleküle in Frage kommen, aber sicher nicht die Hauptquelle von Wasser auf der Erde waren.“ Eines der Experimente zur Untersuchung von Kometenstaub mit dem Namen MIDAS

stand unter österreichischer Leitung (durch das Institut für Weltraumforschung [IWF] der ÖAW), und NHM Wien-Generaldirektor Prof. Dr. Christian Köberl ist Mitglied dieses Forschungsteams. Von diesem Experiment werden in Zusammenarbeit mit dem IWF in der Ausstellung auch Objekte gezeigt.

Ein Komet mitten in Wien

Die internationale Mission startete am 2. März 2004. Zehn Jahre dauerte die Reise durch das Weltall, bei der die Rosetta-Sonde bei nahen Vorbeiflügen an Erde und Mars Schwung holte und auf Churyumov-Gerasimenko zuflog. Am 6. August 2014 erreichte Rosetta ihr Ziel, und am 12. November 2014 erfolgte dann mit Philae die erste Landung auf einem Kometen. Alle diese Stationen dokumentiert die Ausstellung, in der auch ein Modell der Rosetta-Raumsonde im Maßstab 1:5 sowie ein Modell des Philae-Landers in Originalgröße gezeigt werden. Ein weiterer Protagonist der Mission, der Komet Churyumov-Gerasimenko, steht – 4,3 Meter mal 3,6 Meter groß und so mit im Maßstab 1:1000 – als Größenvergleich auf dem Stadtplan von Wien. ■

<http://www.nhm-wien.ac.at>

300 Jahre Wiener Porzellanmanufaktur

Ausstellung in der MAK-Ausstellungshalle von 16. Mai – 23. September 2018



© MAK / Foto: Helmut Groh

Dejeuner, Wien, um 1792, Ausführung: Kaiserliche Porzellanmanufaktur Wien, Porzellanmaler: vermutl. Wenzl Kramsall, Karl Schwemmingner

Rund 1000 Exponate aus den Beständen des Österreichischen Museums für angewandte Kunst/Gegenwartskunst (MAK) sowie aus nationalen und internationalen Sammlungen bieten in der umfassenden Jubiläumsausstellung „300 Jahre Wiener Porzellanmanufaktur“ einen eindrucksvollen Überblick über die Entwicklung der zweitältesten europäischen Porzellanmanufaktur. Gegründet im Mai 1718 durch Vergabe eines kaiserlichen Privilegiums zur Porzellanherstellung an Claudius Innocentius Du Paquier, durchlief die Wiener Produktion eine faszinierende Erfolgsgeschichte. Stil und Geschmack ihrer Produkte setzten in der Frühzeit und im Laufe des 18. und 19. Jahrhunderts immer wieder ästhetische Maßstäbe und Standards.

MAK verwaltet den Nachlaß

Seit seinen Gründungsjahren bewahrt das MAK den Nachlaß der 1864 geschlossenen Wiener Porzellanmanufaktur. Damit verfügt das Museum über Originalzeichnungen, Grafiken, Musterbücher, Wachsmodelle, Farbproben und Mustertassen, die den Prozeß der Porzellanherzeugung in der Wiener Manufaktur auf einzigartige Weise nachvollziehbar machen.

Die Wiener Produktion deckte ein breites keramisches Spektrum ab: von ganzen Porzellankabinetten über Tafelaufsätze und -services, Dejeuners, Einzeltassen und Vasen, Uhrgehäuse, qualitätsvolle Porzellanskulpturen und -büsten, szenische und florale Miniaturen bis hin zu großformatigen Porzellanbildern mit Blumenstillleben.

Kostspieliger Luxusartikel

Über viele Jahrhunderte galt Porzellan in Europa als kostspieliger, aus China und Japan importierter Luxusartikel. Erst nach der Entdeckung des Geheimnisses der Porzellanherzeugung durch den Naturforscher Ehrenfried Walther von Tschirnhaus und den Arkanisten und späteren Gründer der Manufaktur Meißen, Johann Friedrich Böttger, wurde das Porzellan in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts zur Luxusware, die auch in Europa erzeugt wurde.

Wiener Produktion im Kontext

„300 Jahre Wiener Porzellanmanufaktur“ rollt die Geschichte der Wiener Produktion im Kontext der Manufakturen in Meißen, Nymphenburg, Berlin und Frankenthal (Deutsch-

land) sowie Doccia (Italien) und Sèvres (Frankreich) und im Spiegel asiatischer Porzellane und Silberarbeiten auf. Der intensive Kulturtransfer zwischen Asien und Europa war eine wesentliche Voraussetzung für die Gründung der Wiener Porzellanmanufaktur.

Eingebettet in diesen internationalen Kontext bietet die MAK-Ausstellung eine historisch-kritische Einschätzung ihres gestalterischen Vermächnisses und ihrer Rolle als Vorbild für nachfolgende Manufakturen.

Fünf Ausstellungsbereiche

Chronologisch aufgebaut, folgt die MAK-Ausstellung in fünf Bereichen jenen Perioden, die die Forschung für die historische Entwicklung der Wiener Porzellanmanufaktur definiert: Unter Claudius Innocentius du Paquier wurde sie von 1718 bis 1744 (Frühbarock) als Privatanstalt geführt. Als sogenannte „plastische Periode“ wird die Ära als kaiserliche Anstalt unter Maria Theresia (1744–1784) bezeichnet. Im Klassizismus und Biedermeier prägten zwei Persönlichkeiten die Geschichte der Manufaktur: Conrad Sörgel von Sorgenthal (1784–1805) und Matthias Niedermayer (1805–1827). Im Spätbiedermeier und Historismus leiteten die Direktoren Benjamin von Scholz (1827–1833), Andreas Baumgartner (1834–1843), Franz von Leithner (1843–1854) und Alexander Löwe (1856–1864) die „chemische Periode“ ein. Die Neugründung der Porzellanmanufaktur Augarten im Jahr 1923 – eröffnet 1924 – sicherte den Fortbestand dieses herausragenden Kapitels der österreichischen Kunst- und Kulturgeschichte. Mit einem Key-Piece, dem Reiter der Spanischen Hofreitschule (nach einem Entwurf von Albin Döbrich, 1925), gibt die MAK-Ausstellung einen Ausblick auf die Produktion der Porzellanmanufaktur Augarten. Das MAK verwahrt die Formen zum Reiter und den Nachlass von Albin Döbrich.

Zahlreiche hervorragende Beispiele

Zahlreiche hervorragende Beispiele von Services, Porzellanplastiken und monumentalen Objekten aus der Manufaktur nach Entwürfen von KünstlerInnen der Wiener Akademie wie Johann Hagenauer, Theophil Hansen und Eduard van der Nüll geben einen faszinierenden Einblick in den Formenreichtum der Wiener Produktion.

Die Erzeugnisse der Wiener Porzellanmanufaktur werden direkt dem im MAK verwahrten Nachlaß gegenübergestellt: Illustrierte Bände und Ornamentstiche als Gestaltungsvorlagen für Maler wie Formbossierer,



© MAK / Foto: Mika K. Wisskirchen

Die Verlobung, Darstellung der Erzherzogin Christine, des Herzogs Albert von Sachsen-Teschen und der Gräfin Fuchs, Wien, um 1780; Ausführung: Kaiserliche Porzellanmanufaktur Wien, Modell: Anton Grassi



© MAK / Foto: Georg Mayer

Dejeuner im Reisekoffer, Wien, 1760–1770, Ausführung: Kaiserliche Porzellanmanufaktur Wien

Originalskizzenbücher, Zeichnungen und Aquarelle von Porzellanmalern und Lehrern der Manufaktursschule vermitteln das hohe künstlerische Niveau, das nicht zuletzt durch die Verbindung mit der kaiserlichen Akademie der bildenden Künste gesichert war.

Beeindruckende Form- und Dekorationsentwicklung

Viele der führenden Entwerfer der Wiener Porzellanmanufaktur – darunter die Modellmeister Anton Grassi und Elias Hüter oder die Maler Johann Claudius Herr und Laurenz Herr, Michael Daffinger, Jakob Schu(h)fried, Joseph Rieger, Joseph Nigg – kamen als autonome Künstler aus der Ausbildung an der Akademie, bei Meistern wie etwa Franz Xaver Messerschmidt. Ihre im Nachlaß erhaltenen Gipse und Formtassen, aquarellierte Musterbücher mit Service-Entwürfen sowie Probelplättchen für Farben und Motive zeigen die beeindruckende Form- und Dekorationsentwicklung auf.

Zu Hauptwerken der Wiener Porzellanmanufaktur, wie dem Porzellanzimmer aus dem Brünner Palais Dubsky (um 1740) oder dem Tafelaufsatz aus dem Stift Zwettl (Wien, 1767– 1768), beide permanent in der MAK-Schausammlung zu sehen, liefert die Ausstellung mit bis dato unveröffentlichten Dokumenten neueste wissenschaftliche Erkenntnisse.

Bereits in den Jahren 1904 und 1970 zeigte das MAK umfassende Ausstellungen zu Wiener Porzellan. Die dazu publizierten Kataloge gelten bis heute als Standardwerke. In den vergangenen Jahren konnten sowohl der grafische Nachlass als auch die Porzellan- ne der Wiener Porzellanmanufaktur wissenschaftlich neu bearbeitet und digitalisiert werden und stehen nun über die Sammlungsdatenbank des MAK online zur Verfügung.

Publikation

Zur Ausstellung erscheint die Publikation „300 Jahre Wiener Porzellanmanufaktur“, herausgegeben von Christoph Thun-Hohenstein und Rainald Franz, mit Texten von Rainald Franz, Andreas Gamerith, Michael Macek, Errol Manners, Waltraud Neuwirth, Kathrin Pokorny-Nagel, A. Philipp Revertora, Elisabeth Schmutzmeier, Ulrike Scholda, Christoph Thun-Hohenstein, Leonhard Weidinger und Johannes Wieninger.

Deutsch/Englisch, 272 Seiten mit zahlreichen Farbabbildungen. MAK, Wien/Arnoldsche Art Publishers, Stuttgart 2018. Erhältlich im MAK Design Shop – und online. ■

<http://www.MAK.at>



Solitär-Service aus der kaiserlichen Hofhaltung Maria Theresias, Wien, um 1778; Ausführung: Kaiserliche Porzellanmanufaktur Wien; Courtesy of Sammlung PSM



Uhrgehäuse, Wien, um 1730, Ausführung: Manufaktur des Claudius Innocentius Du Paquier

Bilder hatten eine eindeutige Botschaft: Sie sollten die Gottesfurcht stärken, zur Vermeidung von Sünden beitragen und forderten auf, den Armen Seelen das Fegefeuer durch Gebet und gute Taten zu verkürzen.

Schutz vor dem Feuer

Das Erleben einer Feuersbrunst und die damit einhergehende Erfahrung menschlicher Ohnmacht sind zweifellos traumatisch. Feuer kann unkontrolliert ganze Existenzen vernichten und führt oftmals zu einer verzweifelten Hinwendung zu einer göttlichen Macht. Die künstlerische Darstellung von Bränden hat deshalb oft religiöse Bezüge: Die in der Ausstellung präsentierten Votivbilder zeigen Brandkatastrophen und zeugen vom Dank für die überstandene Gefahr. Sie lassen erahnen, wie menschliches Tun als göttliche Handlung gedeutet wurde: Nicht

das Löschen, sondern die göttliche Hilfe brachte ein Feuer zum Erliegen.

Erste Feuerlöscher

Gerade in der Zeit vor Brandschutzversicherungen versuchten sich Menschen mit religiösen und magischen Schutzmitteln vor unkontrolliertem Feuer zu bewahren. Bereits im Spätmittelalter wurde der Heilige Florian zum Patron gegen Brandgefahren. Eine ganz besondere Rarität der Ausstellung ist ein Feuersegen aus der Zeit um 1600: Solche Beschwörungsformeln sollten das Feuer segnen und dadurch eindämmen. Seit der frühen Neuzeit versuchte man, mithilfe von Gesetzen und Verordnungen der ständigen Brandgefahr entgegen zu wirken. Wichtiger Ausgangspunkt für das heutige Feuerwehrwesen waren Feuerordnungen des 18. Jahrhunderts: Gemeinden mußten zur Feuerbekämpfung

Handdruckspritzen anschaffen. Lederne Kübel, mit Sand oder Asche gefüllt, wurden als erste Feuerlöscher verwendet.

Feuer-Zeug

Zum Feuermachen brauchte es lange Zeit Feuerstein und Stahl. Aufeinandergeschlagen sollte ein Funke einen Zunderschwamm zum Glimmen bringen. Etwa seit dem 17. Jahrhundert wurden Steinschloßfeuerzeuge entwickelt, die jedoch vorwiegend zum Entzünden von Kerzen oder zum Schmelzen von Siegelwachs dienten. Erst mit der Entwicklung von Streichhölzern wurde das Feuermachen zur Nebensache. Zur Beleuchtung verwendete man vorwiegend harzreiches Holz, sogenannte Kienspäne. Statt teurer Kerzen aus Bienenwachs waren Kerzen aus Rinderfett in Verwendung.

Die Entwicklung des Ofens bannte Feuer in einen Wärmeraum – es war nun als Wärme spürbar aber nicht mehr sichtbar.

Feuer-Kult

Die Faszination des Feuers wird besonders in Feuerbräuchen ersichtlich. Die in ganz Europa nachweisbaren Rituale hatten unterschiedliche Funktionen und Bedeutungen: Frühjahrsfeuer dienten zur Beseitigung von Unrat, Kreidefeuer signalisierten Alarm oder mobilisierten die Landesverteidigung, Oster- oder Herz-Jesu-Feuer transportieren religiöse Vorstellungen. Im späten 19. und im 20. Jahrhundert wurden solche Feuer mit politischen Botschaften aufgeladen. Nach dem Ersten Weltkrieg loderten Feuer als Hinweis auf die Einheit Tirols. In Amsterdam wurde 1928 erstmals ein Olympisches Feuer entzündet – in Anlehnung an die Spiele der Antike.

Ausstellungsarchitektur

Die Ausstellungsgestaltung von „Feuer“ wurde von Sonja Mitterer und Barbara Lanz entwickelt. Sie geht vom alltäglichen Nutzen des Feuers aus und nimmt Anleihe an einen schwarzen Bratrost. Die Vitrinen lodern als feuerrote Flammen aus diesem Raster empor. In der Dauerausstellung des Museums werden zusätzlich relevante Objekte mit Bezug zum Thema gekennzeichnet, sodaß im ganzen Haus unterschiedliche Aspekte des Elements Feuer beleuchtet werden. ■

<http://www.tiroler-landesmuseen.at>

Zur Ausstellung erscheint die Begleitpublikation „Feuer“ mit einem Vorwort von Wolfgang Meighörner

ISBN 978-3-9000-8373-1, € 24,90

<http://shop.tiroler-landesmuseen.at>



© Gerhard Watzek

Teufel mit Fahne, aus der Kirchenkrippe von Medraz, um 1800

The place to be. Salons als Orte der Emanzipation

Orte der Politik und politische Orte der Kultur – Ausstellung im Jüdischen Museum Wien von 30. Mai bis 14. Oktober 2018



© Jüdisches Museum Wien

Eine zeitgenössische Fotografie vom Salon Wertheimstein – einige der Gegenstände sind in der Ausstellung zu sehen.

Ab dem Ende des 18. Jahrhunderts bis zur Zäsur 1938 prägten die jüdischen Gastgeberinnen den Diskursraum Salon. Als starke Frauenpersönlichkeiten schufen sie in ihren Häusern Ermächtigungsräume, die ihnen im öffentlichen Leben erwehrt blieben. Die Wiener Salons zwischen 1780 und 1938 würde man heute als Networking im besten Sinne bezeichnen. Diese meist von ihren jüdischen Gastgeberinnen geprägten Kommunikationsräume waren in zweifacher Hinsicht Orte der

Emanzipation und der Ermächtigung: für Frauen, die von der Öffentlichkeit noch ausgeschlossen waren, und für die Entwicklung einer bürgerlich-kritischen Zivilgesellschaft.

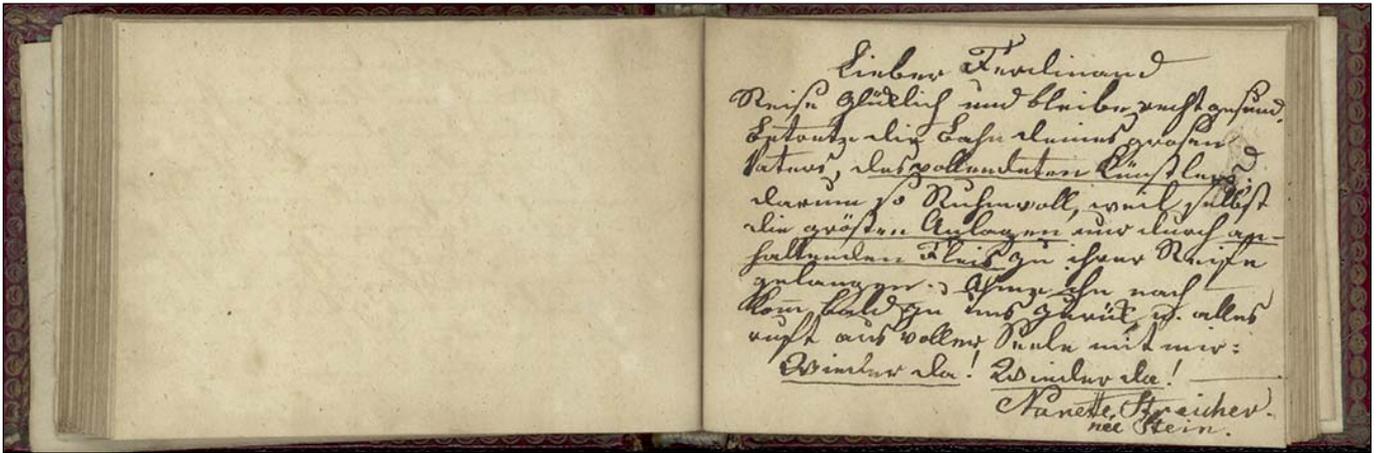
Orte der Politik und politische Orte der Kultur

Die Salons von Fanny von Arnstein, Josephine von Wertheimstein, Berta Zuckerkandl und vielen anderen, wurden zu kultivierten Orten der Politik und gleichzeitig zu politi-

schen Orten der Kultur. Sie bieten Einblicke in das Leben der Saloniären in all seiner Widersprüchlichkeit, denn vor allem die Gastgeberinnen des 19. Jahrhunderts vollführten einen Drahtseilakt: Ihr Wirken war geprägt von gesellschaftlichen Konventionen, die ihre öffentliche Rolle als Frauen maßgeblich beschränkten. Gleichzeitig erfuhren sie aber auch große Anerkennung für ihre Leistungen als Förderinnen des künstlerischen und politischen Diskurses.

Kultur

© Jüdisches Museum Wien



Poesiealbum von Ferdinand Eskeles, Eintrag Nanette Streicher

Ermöglicht wurde ihnen diese damals wie heute gewürdigte Tätigkeit durch die vorhandenen Netzwerke und die bestehende Infrastruktur ihrer Ehen und Häuser. Möbelstücke sowie rare Fotografien und Interieur-Ansichten machen die Salons als Räume privater Öffentlichkeit und „Bühnen“ für die bekanntesten Künstler, Literaten und Architekten ihrer Zeit, wie etwa Hugo von Hofmannsthal, Franz von Lenbach, Emil Orlik, Adolf Loos, Josef Hoffmann und Arnold Schönberg erfahrbar.

Ein Highlight der Ausstellung stellt die Präsentation eines der letzten erhaltenen Wiener Salons des 19. Jahrhunderts dar: Das Interieur des Salons aus der Villa Wertheimstein wird für die Dauer der Ausstellung zu Gast in der Dorotheergasse sein.

Die Ausstellung ist als großbürgerliche Wohnung, als Reise durch die Salons von Fanny von Arnstein und ihrer Biografin Hilde Spiel, bis hin zu einer gegenwärtigen Spurensuche nach der vermeintlich verlorenen Salonkultur von Wien konzipiert und stellt auch die Reformsalons von Berta Zuckerkandl und Eugenie Schwarzwald vor. Sie macht die Leistungen der Salonièren für die Wiener Kultur-, Wirtschafts- und Politikszene begreiflich. Und sie zeigt schließlich, welche Bedeutung die Wiener Salonkultur für die vertriebenen Wiener JüdInnen im Exil erlangte und daß es nicht zufällig die aus dem englischen Exil heimkehrende Hilde Spiel war, die diese Kultur in den Nachkriegsjahren noch einmal in Wien „salonfähig“ machte.

»Pionierin« Fanny von Arnstein

Fanny von Arnstein hatte den Weg aus ihrer Heimatstadt Berlin nach Wien angetreten, um hier als junges Mädchen verheiratet zu werden. Anstatt sich in ihr Schicksal zu fügen und in ihrer Rolle als Ehefrau und Mutter aufzugehen, wurde sie zur Vorreiterin prä-



Der Salon von Fanny von Arnstein – eine Institution, die zum zentralen Treffpunkt von Intellektuellen, Künstlern und Gelehrten wurde.



Familie Todesco-Lieben in Hinterbrühl (Ausschnitt)



© bel etage, Wolfgang Bauer, Wien

Bibliothekszimmer Berta Zuckerkandls in der Wiener Oppolzergasse 6, gestaltet von Josef Hoffmann

gender Wiener Frauenpersönlichkeiten. Aus der Weltstadt Berlin brachte die – wie alle Salonieren nach ihr – hochgebildete, von den Ideen der Aufklärung geprägte Fanny von Arnstein nicht nur internationales Flair in die zu jener Zeit provinzielle kaiserliche Residenzstadt.

Sie schuf mit ihrem Salon vielmehr eine Institution, die zum zentralen Treffpunkt von Intellektuellen, Künstlern und Gelehrten wurde, die vor allem Anhänger eines politischen Liberalismus waren.

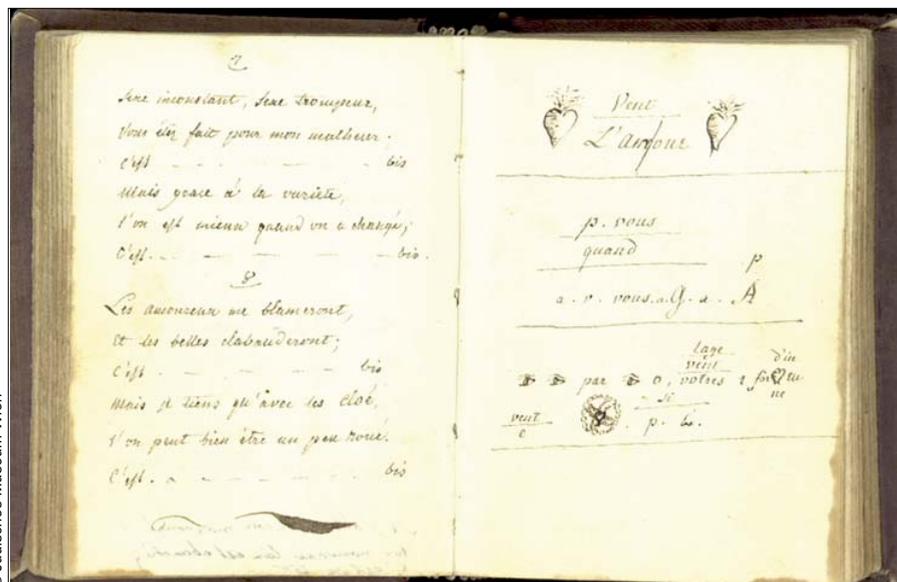
»Der Salon befand sich immer dort, wo sie sich aufhielt...«

Die Ära des Salons endete mit einer weiteren herausragenden Persönlichkeit: Berta Zuckerkandl. Die Journalistin und Schriftstellerin prägte über Jahrzehnte mit ihrem an wechselnden Orten stattfindenden Salon, zuletzt im Palais Lieben-Auspitz an der Ringstraße, das geistige Leben in Wien. Hier erlebte die Moderne ihre Hochblüte. Im Salon Zuckerkandl wurde die Gründung der

Wiener Secession sowie der Wiener Werkstätte beschlossen. Der sogenannte „Anschluß“ an Nazi-Deutschland setzte auch der Salonkultur ein Ende. Manche Salonieren, wie Ber-

ta Zuckerkandl, führten im Exil diese Kultur fort, immer verbunden mit einer Sehnsucht nach Wien.

<http://www.jmw.at>



© Jüdisches Museum Wien

Das Poesiealbum von Fanny von Arnstein

Feuer

Eine Sonderausstellung im Tiroler Volkskunstmuseum widmet sich von 18. Mai bis 4. November der Kulturgeschichte des Feuers.



Michael Ignaz Mildorfer (1690-1747), *Brand der neuen Hofburg zu Innsbruck (Ruhelust)*, 1728

Eine Sonderausstellung im Tiroler Volkskunstmuseum widmet sich der Kulturgeschichte des Feuers. Im Mittelpunkt der Schau steht die Frage nach Wahrnehmung, Wirkungsweisen und Rezeption: Wie wurde Feuer in unterschiedlichen Zeiten und in unterschiedlichen Zusammenhängen aufgefaßt? Wie aufwändig war das Feuermachen und wie hat man versucht das Feuer zu kontrollieren? Anhand zahlreicher, bislang selten ausgestellter Objekte, aus den Sammlungen der Tiroler Landesmuseen sowie einiger Leihgaben werden kulturwissenschaftliche und religiöse Dimensionen von Feuer beleuchtet.

Feuer ist Segen und Fluch zugleich. Wir schätzen seine Wärme und Gemütlichkeit und nützen es auf vielfältige Art. Feuer kann aber auch bedrohlich sein, wenn es Häuser und Existenzen vernichtet. Vor allem ist das Feuer Grundlage der menschlichen Existenz: Durch seine Nutzung unterscheidet sich der Mensch von allen anderen Lebewesen.

„Die Fähigkeit, Feuer zu kontrollieren begleitet uns in ihren Auswirkungen bis heute. Es ist daher folgerichtig, wenn wir im Volkskunstmuseum die Reihe der fachübergreifenden Ausstellungen mit dem Thema Feuer fortsetzen. Es betrifft und betraf Menschen und es hat Auswirkungen auf unser Tun –

und solche Zusammenhänge zu dokumentieren, zu erläutern, das ist die Aufgabe moderner Museen“, betont Wolfgang Meighörner, Direktor der Tiroler Landesmuseen.

Feuer im Museum

Feuer zeigt die Grenzen des Musealen auf. Kein Museum hat Feuer in seinem Bestand, nur Objekte, die damit zu tun haben, wie historische Feuerzeuge, Herde, Öfen, Abbildungen, Allegorien usw. „Für die Sonderausstellung galt es daher, frische Fragen an die alten Objekte zu stellen und bislang kaum beachtete Zusammenhänge aufzuzeigen“, so Karl C. Berger, Leiter des Tiroler Volks-



© Johannes Plattner

Lasterbild Höllenstrafen, Navis, 2. Hälfte 18. Jh.

kunstmuseum und Kurator der Ausstellung. „Feuer hat ganz unterschiedliche, manchmal gegensätzliche Bedeutungen. Die Darstellung des Feuers kann Liebe und Verehrung zum Ausdruck bringen, Bilder vom Fegefeuer und der Hölle jedoch können Furcht und Angst hervorrufen. Diese Gegensätze werden in der Ausstellung thematisiert“, erläutert Anna Engl, MA, Kuratorin der Ausstellung.

Themenbereiche der Ausstellung

Acht Themenbereiche fügen sich in der Sonderausstellung im zweiten Obergeschoß des Museums in Form eines Rundgangs aneinander. Der erste, einführende Themenkomplex, stellt Licht und Feuer in Beziehung zum Göttlichen: Zahlreiche Legenden weisen auf eine mythische Herkunft des Feuers hin.

Das Feuer im Christentum

Die göttliche Dimension des Feuers kommt insbesondere in der jüdisch-christlichen Tradition zum Ausdruck: Das Ewige Licht ist ein Hinweis auf den brennenden Dornbusch und soll die Präsenz Gottes im

Kirchenraum anzeigen. In der Osternacht zieht der Priester mit der Osterkerze, die zuvor am geweihten Osterfeuer entzündet wurde, in die Kirche ein. Auch dieser Ritus steht in Zusammenhang mit dem Alten Testament: Demnach wies Gott seinem Volk in Form einer Feuersäule den Weg aus Ägypten. Ausserdem verweist er auf Jesus als das „Licht der Welt“.

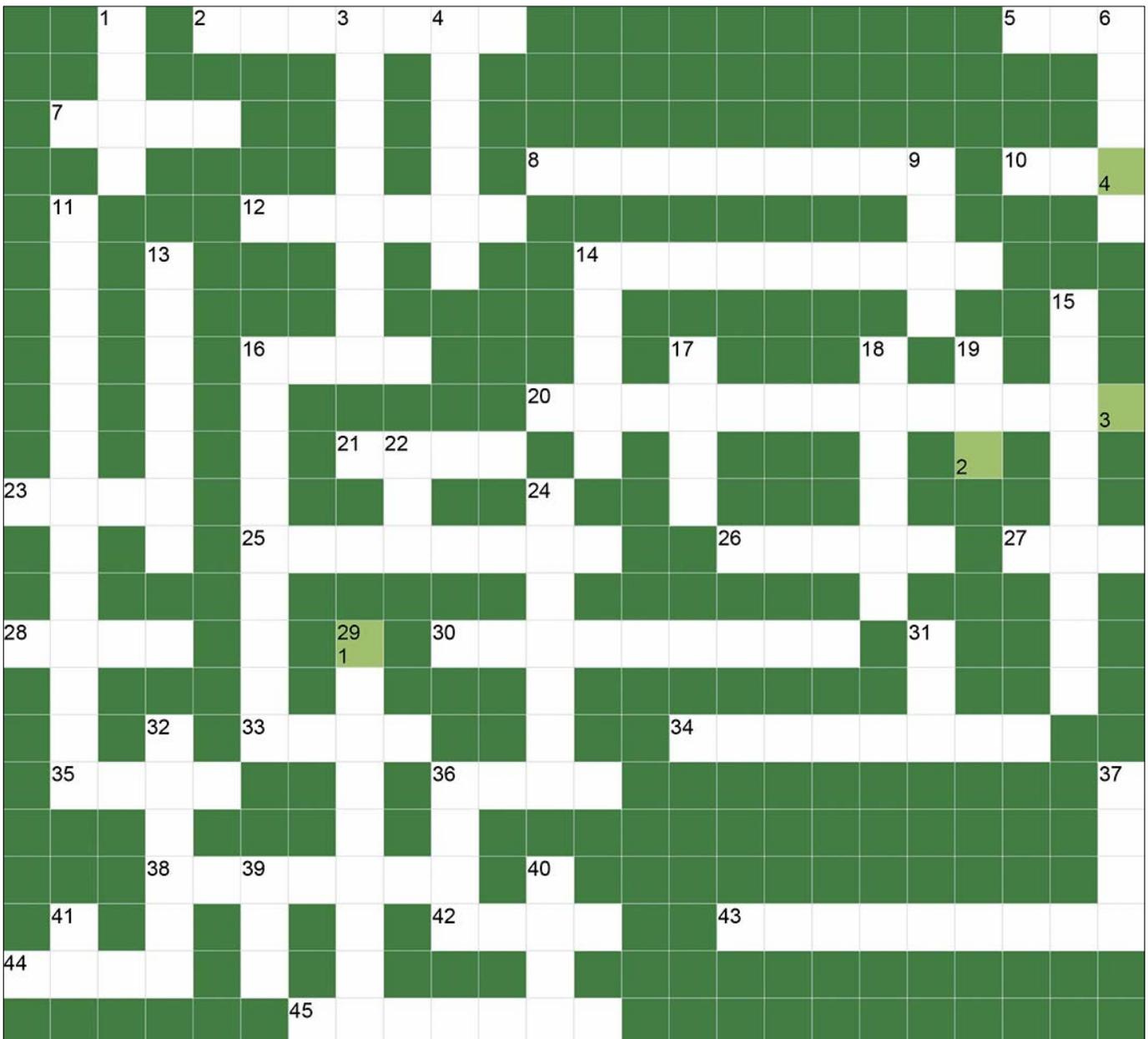
Strafe und Läuterung

Mahnbilder schürten lange Zeit die Angst vor dem strafenden Feuer im Jenseits. Fegefeuer und Hölle wurden als furchteinflößende Orte verstanden, wie eine in der Ausstellung gezeigte Darstellung der „Höllensqualen“ eindrucksvoll veranschaulicht. Das Tafelbild zeigt einen Menschen im Feuer, gepeinigt vom „Wurm des Gewissens“. Solche



Retabelbild, Arme Seelen im Fegefeuer (Ausschnitt), Mitte 18. Jahrhundert, Öl auf Holz

ÖJ-Rätsel



1	2	3	4
---	---	---	---

 Mit welchem Monat beginnt Österreichs EU-Ratspräsidentschaft?

Waagrecht

2 sinnloses Gerede / 5 Musiknote / 7 österr. Pass/Tirol / 8 Oper v. G. Verdi 1851/ 10 in d. Nähe/ 12 dt. Stadt am Rhein/Rheinland-Pfalz / 14 Universität (2 Worte) / 16 Almhirt / 20 Sperlingsvogel / 21 kroat. Insel in d. Adria/Dalmatien/ 23 Gärstoff / 25 weibl. Vorname / 26 Pferde / 27 russ. Stadt / 28 weibl. Vorname / 30 Gefüge aus Stein u. Mörtel / 33 oxydiertes Eisen/ 34 Fürsorger / 35 fremdartiger Ausländer / 36 Eiweiß / 38 Verdienst / 42 männl. Vorname / 43 ugs.: Cleverness / 44 Bruder v. Abel / 45 Ausbilder

Senkrecht

1 ital. Stadt / 3 öffentl. Beachtung / 4 engl. weibl. Vorname / 6 Figur in „Halka“ / 9 engl. Stadt / 11 Operette v. Lehar / 13 unterstreichen / 14 Tisch des Herrn / 15 Flugkapitän / 16 merkwürdig / 17 niederl. Maler †1666 / 18 mittelital. Stadt in Umbrien / 19 frz. Münze, 5 Centime, Kleinmünze / 22 Kleinbus / 24 lat. weibl. Vorname / 29 Eicher / 31 ungebraucht / 32 Singart / 36 armseliges kl. Haus oder Bauernhaus / 37 gesteigerte Wut / 39 asiatische Bevölkerungsgruppe / 40 Angelutensil / 41 häufiger Flußname

Die Auflösung dieses Rätsels finden Sie auf der Seite
http://www.oe-journal.at/Aktuelles/2018/0518/W5/Raetsel_175.htm